

LITERATURBERICHT

Die Ära Kohl Ein Literaturbericht. Zweiter Teil B: Monographisches zu einzelnen Politikfeldern

Von Hans-Otto Kleinmann

In historischer Betrachtung ist Helmut Kohl – als letzter Kanzler der „alten“ Bundesrepublik (1982–1990) und als erster Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschlands (1990–1998) – der Vollender der „Bonner“ Republik und der Beförderer, der Wegbereiter der „Berliner“ Republik. In der Ära Kohl erfüllte sich die Lebensidee der westdeutschen Staatsgründung, wie sie in der Präambel des Grundgesetzes formuliert steht, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ und „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. In Kohls Regierungszeit formte sich aber auch die neue deutsche Staatsräson mit ihren Notwendigkeiten, nach außen entsprechend dem gewachsenen politischen Gewicht und Handlungsspielraum Deutschlands eine größere Verantwortung als „Mitführungsmacht“ in der Völkergemeinschaft zu übernehmen, und im Innern den Einheitsprozess zu gestalten, den „Aufbau Ost“ durch Angleichung der Lebensverhältnisse von West- und Ostdeutschen zu leisten.

Diese Zweiteilung der 16-jährigen Kohl-Regierung durch die Zäsur von 1989/90 stellt die Geschichtswissenschaft vor nicht geringe Probleme, zumal wenn es um die monographische Erforschung längerfristiger Prozesse geht, die über das Ereignis der deutschen Einheit hinausreichen, also weder 1990 beginnen noch dort enden. In der historischen Retrospektive erscheint die deutsche Einigung heute als Teilvorgang eines umfassenden Epochenwandels, der sich politisch in der neuen multipolaren Weltstaatenordnung nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und dem Ende der Ost-West-Systemauseinandersetzung, zivilisatorisch in der Globalisierungsdynamik und in der Internet-Revolution manifestiert. Die Ära Kohl – mit der deutschen Einheit in ihrer Mitte – fällt gewissermaßen mit der Kernzeit dieses komplexen geschichtlichen Umbruchs in den letzten Jahrzehnten des zweiten Millenniums zusammen. Die Geschichtsschreibung kommt also nicht umhin, ihre Themenstellung und Methodik auf diesen großen Zäsurkontext hin zu orientieren. Die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten, nach dem Verhältnis von Ereignis und Struktur wie auch – nicht zuletzt – nach dem Zusammenwirken von Persönlichkeit und allgemeiner Notwendigkeit stellt sich hierbei dem Historiker mit einer Unmittelbarkeit und Schärfe wie nur bei wenigen anderen geschichtlichen „Sternstunden“. Es sei, so meint Rödder in seiner „Geschichte

der Bundesrepublik Deutschland“ richtig¹, ein „historiographisches Problem“, „diese Zäsur zur gleichzeitigen machtvollen Kontinuität in Beziehung zu setzen“. Das gilt entsprechend für die Strukturvoraussetzungen politischer Ereignisse und Entscheidungen dieser Zeit. Es sei an die Metapher Tocquevilles² von den „unterirdischen Strömen“ erinnert, die „dasselbe Wasser an neue Ufer“ tragen. Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik ist gerade für die Geschichte der Ära Kohl von besonderer Relevanz, weil durch deren unhistorische „Zweiteilung“ in eine „Halbzeit“ prosperierender Entwicklung und eine andere der Stagnation gewissermaßen ein fatales Vexierbild entsteht, in dem Helmut Kohl zunächst als Günstling der Fortuna die Palme des Erfolgs erringt, dann aber durch politische Fehlgriffe und persönliche Fehlritte in Misskredit gerät, um schließlich am Pranger zu stehen.

Für die Buchbranche sind Jubiläen bekannter Persönlichkeiten immer marktrelevant. So ist denn auch zum 80. Geburtstag des „Einheitskanzlers“ in diesem Jahr³ wieder ein ganzer Stoß neuer Literatur über ihn erschienen, die allerdings mehr als Produktvariierung denn als innovativ im Sinne historischer Forschung zu bewerten ist. Ein sympathisches und sachkundiges historisch-biographisches Porträt haben *Heribert Schwan* und *Rolf Steininger* herausgebracht.⁴ Der pensionierte WDR-Journalist, Leiter der Programmgruppe Kultur Feature, ist Kohl bei der Verfertigung der ersten beiden Bände der „Erinnerungen“ zur Seite gestanden und hat daher nähere Einblicke in noch unzugängliche Korrespondenzen und Aufzeichnungen gewonnen, während der Innsbrucker Zeithistoriker seine vorzüglichen Kenntnisse der Archive in London und Washington einbringen konnte. Die Feststellung ihres Vorworts, dass wohl keiner anderen Kohl-Biographie „ein solch umfangreiches Datenmaterial“ zugrunde liege wie dieser Darstellung, kann unbedenklich unterstrichen werden. Die Autoren liefern einen faktenreichen „Auszug“ aus der Lebensgeschichte Kohls, mit dem Schwerpunkt auf der Wiedervereinigungspolitik, einen „Kohl-Ploetz“ gewissermaßen, der mit vielen zitierten Zeugnissen und Meinungsäu-

-
- 1 Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, 19 A), S. 122. – Siehe auch *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil*, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 355f.
 - 2 Alexis de TOCQUEVILLE, *L'Ancien Régime et la Révolution*, 2. Aufl., Paris 1856, Vorwort.
 - 3 Von den Themenheften oder Sondernummern, in denen aus diesem Anlass Kohl und sein Lebenswerk gewürdigt worden sind, vgl. besonders: Die Politische Meinung 55 (2010) 485 („Deutsche Einheit und europäische Integration. Helmut Kohl zum 80. Geburtstag“), stern edition Nr. 1/2010 („Helmut Kohl. Der Kanzler der Einheit wird 80. Ein Leben für die Politik“); ferner von Tageszeitungen die FR und „Die Welt“ vom 3. April 2010.
 - 4 Heribert SCHWAN/Rolf STEININGER, *Helmut Kohl. Virtuose der Macht*, Mannheim 2010. – Von beiden Autoren wurden auch für eine ARD-Fernsehdocumentation zum 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik Interviews mit deutschen und ausländischen Hauptakteuren dieser Zeit geführt. Diese Zeitzeugengespräche liegen auch in einem Begleitbuch zusammengefasst vor. DIES., *Die Bonner Republik 1949–1998*, Berlin 2009 (Darin: Die Ära Kohl 1982–1998, S. 243–432).

berungen aus schriftlichen und mündlichen Quellen angereichert ist. Die Darstellung hält sich mit Wertungen zurück, lässt dafür aber die Stimmen Dritter mit Kritik oder Anerkennung zu Wort kommen, was ihr ein großes Maß an Authentizität verleiht. Die fünfte und letzte Regierungsperiode Kohls erscheint mit knapp zehn Seiten vergleichsweise stiefmütterlich behandelt, was jedoch durch ein brillant gezeichnetes Charakterbild des Politikers Kohl und seines „Systems“ ausgeglichen wird.

Auch die ehemaligen „Spiegel“-Redakteure *Hans-Joachim Noack* und *Wolfram Bickerich* haben in ihrer Kohl-Biographie⁵ von jeder verzerrenden, negativen Darstellung abgesehen. Als gewiefte Journalisten wissen sie zu gut, dass Polemik und Medisance nur bei Tagesaktualität sinnvoll sind, das kritische Urteil aber die Sache der Historiker ist. Sie erzählen die Lebensgeschichte des Einheitskanzlers verblüffend verständnisvoll, ja würdig nach, nicht tiefschürfend zwar, aber im manieristischen Magazinstil gut lesbar geschrieben. „Die“ Biographie, wie die Titelei kündigt, ist es gewiss nicht, aber ein fair und farbig gezeichnetes Lebensbild Kohls zwischen „Pfälzer Krischer“ und „Elder Statesman“.

Nette Einblicke in die Zusammenarbeit in der engeren Kanzlerumgebung vermittelt das Büchlein von *Stephan Eisel*,⁶ der als Redenschreiber und stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros bis 1991 fast ein Jahrzehnt lang unmittelbar mit Helmut Kohl zu tun hatte und seine persönlichen Erfahrungen in lockerem Erzählton mitteilt, reichlich garniert mit Zitaten aus eigenen Vermerken an den Kanzler, aus dessen Reden und diversen Materialsammlungen. Nach einem alten Sprichwort soll es in der Kammerdienerperspektive keine großen Männer geben. Wer dafür in diesem Buch eine Bestätigung sucht, wird enttäuscht werden. Diese „Nahaufnahme“ ist mit einem Weichzeichner-Filter gemacht; sie empfiehlt sich deshalb als Gegenlektüre zu allen ungünstigen Kohlporträts.

Aus erlebter Nähe berichtet auch der „Bild“-Korrespondent und Kolumnist *Mainhardt Graf von Nayhauss*, der mit Kohl seit dessen Ministerpräsidententagen immer wieder zusammengekommen ist.⁷ Seine Reportageskizzen verbinden Momente der privaten und politischen Biographie mit persönlichen Beobachtungen, atmosphärische Schilderungen mit Streiflichtern auf enge Mitarbeiter und Vertraute des Kanzlers. „Mit Kohl allein im Pfälzer Wald“ heißt es da über ein Interview oder „Carbonara“ über Kohls unentbehrlichen Medienberater Eduard Ackermann, „Undank ist der Welt Lohn“ über Kohl und Weizsäcker oder „Treue-Tränen-Hass“ über Kohl und seinen „Kronprinz“ Schäuble. Dazu gibt es auf jeder Seite Fotobilder, von denen viele den Autor

5 Hans-Joachim NOACK/Wolfram BICKERICH, *Helmut Kohl. Die Biografie*, Berlin 2010.

6 Stephan EISEL, *Helmut Kohl. Nahaufnahme*, Bonn 2010.

7 Mainhardt GRAF VON NAYHAUSS, *Helmut Kohl. Meine Jahre mit dem Kanzler der Einheit*, Köln 2010.

als „Adabei“ zeigen, der einleitend darüber staunt, was er alles mit Kohl erleben durfte. Der Abstand zur Hofberichterstattung ist nicht groß. Ein Buch für Kohl-Fans.

Nur kurz braucht die multimediale „Zeitreise“ zu den Deutschen der Jahre 1972 bis 2005 erwähnt zu werden, zu der als Autoren der Publizist Rolf *Hosfeld* und der Filmchronist Hermann *Pölking* einladen.⁸ Es handelt sich hierbei um das Anschlussprodukt zu den bereits 2006 und 2007 erschienenen Bänden über Deutschland in den Perioden 1815 bis 1918, 1918 bis 1945 und 1945 bis 1972. Man trifft also auch in der neuen Publikation die reizvolle Kombination von Text, Bild und Ton an, die dieses Projekt des Piper-Verlages kennzeichnet. Der Textband, sozusagen die Hauptstimme, enthält eine im Sachbuchstil geschriebene Darstellung der wichtigsten Begebenheiten aus Innen- und Außenpolitik, in die – ganzseitig und kursiv gedruckt – Kurzporträts prominenter Personen und Kommentare zu Schlagzeilenereignissen eingestreut sind. Die auf DVD zusammengestellten Filmsequenzen präsentieren sich freilich als ungeordnetes Panoptikum aus Filmen offizieller und privater Herkunft, aus Nachrichtensendungen, Trailern, Schulungs- und Dokumentarmaterialien, die mal vom Originalton begleitet, mal mit neuem Begleittext versehen sind, ohne dass man etwas über Funktion, Schnitt und Entstehung des Materials erfährt. Das Ganze ist eine einzige wilde Springerei von Sujet zu Sujet – eine Reise stellt man sich anders vor. Mit Geschichtsschreibung hat das nur wenig zu tun, trotz der beigegebenen gefilmten Interviews mit den Historikern Konrad H. Jarausch, Peter Graf Kielmannsegg und Christoph Stözl. Man kann angesichts der gänzlichen Beliebigkeit der Fakten- und Bildauswahl in diesem Fall von Scheren- und Kleistergeschichte sprechen. Der Informationswert ist gering, der Unterhaltungsschmuck ähnelt dem von Dia-Abenden seligen Gedenkens. Im Wesentlichen wird der „Weißt-du-noch“-Affekt angesprochen. Was allerdings bemerkenswert ist und für die Geschichtswissenschaft noch ein besonderes Methoden- und Darstellungsproblem bildet, ist die bewusst gesamtdeutsche Perspektive, in der sich die Bundes- wie die DDR-Deutschen jeweils in ihrem Alltagsleben und ihrer spezifischen Erfahrungswelt „paritätisch“ wiederfinden können. Das möchte wohl auch die Zäsursetzung im Jahr 1972 signalisieren, in dem der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag geschlossen wurde und die Willy-Brandt-Wahl in der Bundesrepublik mit dem Aufstieg Erich Honeckers zum SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden (nach dem Sturz Walter Ulbrichts 1971) korrespondierte. Zur „Ära Kohl“ erfährt man das Gängige in den Kapiteln „Konservative Wende“, „Koalition der Vernunft“, „Der Untergang des ostdeutschen Staates“, „Die neue Rolle Deutschlands“ und „Die Berliner Republik“ (bis zur CDU-Spendenaffäre).

8 Rolf HOSFELD/Hermann PÖLKING, *Die Deutschen 1972 bis heute. Auf dem Weg zu Einheit und Freiheit*, München 2007.

An einer „visuellen Zeitgeschichte“ der 1980er und 1990er Jahre hat sich der Heidelberger Zeithistoriker *Edgar Wolfrum* versucht.⁹ Die Bände der Reihe „Geschichte der Bundesrepublik in Fotografien“ (Band 4 und 5) – sie liefern gleichsam die Bebilderung zu seinem vielgelobten Buch „Die geglückte Demokratie“¹⁰ – stellen Pressefotos, nicht Texte in den Mittelpunkt. Die knappen Zwischentexte enthalten gleichwohl prägnante Querschnittschilderungen der beiden Dekaden unter den Stichworten Helmut Kohls Kanzlerschaft, Außenpolitik und Epochenwende, Strukturwandel der Ökonomie, alles ist möglich (Neue Deutsche Welle, Aids, Boris & Steffi u. a.), wiedervereinigtes Land, kein friedliches Zeitalter, Ende der Deutschland-AG, ‚Zonenkinder‘ und ‚Generation Golf‘. Zusätzliche Informationen geben die relativ umfangreichen Bildlegenden an die Hand. Allerdings stellen sich die Probleme, die der Historiker sowieso schon mit seiner Faktenauswahl hat, im Falle von Fotografien potenziert. Denn aus dem immensen Fotomaterial kann immer nur ganz willkürlich, in einem „*affaire di gusto*“, ausgesucht und zusammengestellt werden. Über die jeweilige Aufnahmesituation, ob offiziell genehmigt, spontan oder gestellt, erfährt der Betrachter nichts. Eine historische Quellenkritik müsste danach fragen. Diese „Erkennungszeichen einer Ära“ sind also allenfalls kaleidoskopische Überreste. Im Grunde können Momentaufnahmen, die die Zeit einfrieren, und dekontextualisierte Bildausschnitte eben keine „Geschichte“ vermitteln, geschweige denn Geschichtsschreibung ersetzen.

Noch sind monographische Arbeiten zur Geschichte der verschiedenen Politikfelder und Gesellschaftsbereiche der Ära Kohl dünn gesät, was zum Teil wohl damit erklärt werden kann, dass die Geschichtswissenschaft erst den Ablauf der archivischen 30-Jahre-Frist abwarten will, bis ihr das amtliche Aktengut zugänglich wird. Aber es gibt auch Ausnahmen: So liegen für die Geschichte der deutschen Einheit¹¹ wie auch für die Sozialpolitik¹² der Ära Kohl

9 Edgar WOLFRUM, *Die 80er Jahre. Globalisierung und Postmoderne*, Darmstadt 2007; DERS., *Die 90er Jahre. Wiedervereinigung und Weltkrisen*, Darmstadt 2008.

10 DERS., *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart* 2006. – Siehe dazu: *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil* (wie Anm. 1), S. 358.

11 *Geschichte der deutschen Einheit*, 4 Bde., Stuttgart. Bd. 1: Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989* (1998). Bd. 2: Dieter GROSSER, *Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln* (1998). Bd. 3: Wolfgang JÄGER, *Die Überwindung der Teilung. Der innerdeutsche Prozeß der Vereinigung 1989/90*, in Zusammenarbeit mit Michael WALTER (1998). Bd. 4: Werner WEIDENFELD, *Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90*, mit Peter M. WAGNER und Elke BRUCK (1998). – Siehe auch *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil. A: Monographisches zur deutschen Einheit*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 15 (2008), S. 485–490. – Ebenda sind auch die wichtigsten Titel zur deutschen Einigungsgeschichte als dem Zentralkapitel der Ära Kohl vorgestellt worden.

12 Siehe unten S. 340.

bereits bedeutende Gesamtdarstellungen von der Hand namhafter Autoren vor, weil für diese von der Regierungsseite angeregten und geförderten Projekte in Zusammenarbeit mit Bundesarchiv und Parteiarchiven einschlägiges Quellenmaterial – zumindest teilweise – zur Verfügung gestellt wurde. Die Forschung sieht sich also im Blick auf die Ära Kohl bei einigen Themenstellungen bereits Synthesen gegenüber, bevor überhaupt grundlegende Einzelanalysen angefertigt worden sind, was einigermaßen paradox anmutet. Es handelt sich hierbei sozusagen um eine historiographische Reaktion auf die Zäsur der deutschen Einheit: Mit ihr bekamen die Historiker von den Zeitläufen selbst einen einzigartig markanten Höhepunkt serviert, auf den sie hin – dramaturgisch effektiv – ihre Darstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Außenpolitik, hinauslaufen lassen konnten.

In der historiographischen Literatur zur Ära Kohl findet man also einerseits solche großen Überblicke, die seine Regierungszeit bis 1989/90 in die Geschichte der „alten Bundesrepublik“ integrieren, andererseits erste, auf die Gesamtära bezogene monographische Studien, die sich aber fast durchwegs in empirischen Aufarbeitungen und deskriptiven Rekapitulationen erschöpfen, hingegen perspektivische oder gar diskursive Ansätze vermissen lassen. Generell ist die derzeitige Literaturlage zur Geschichte der Ära Kohl noch immer von der Optik der Publizistik und Medienwelt dieser Jahre geprägt. Eine Gesamtgeschichte der Ära Kohl stellt sich also der Geschichtswissenschaft als eine anspruchsvolle Aufgabe. Einen gewissen Ersatz bieten inzwischen die zahlreichen, qualitativ sehr unterschiedlichen Kohl-Biographien¹³ und seine „Erinnerungen“. Aber auch für die Geschichte dieser Jahre gilt freilich: Erst wenn die Zeit die „Schwelle der Zerkleinerung“ (Georg Simmel) überschreitet, wenn die publizistischen Kolorierungen und massenmedialen Feuerwerke von damals ihre Kraft verlieren, schlägt die Stunde der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisarbeit, um das Bild der Ära Kohl zu „objektivieren“. Bereits vorliegende Darstellungen, über die im Folgenden berichtet wird, sind vom historischen Standpunkt aus gesehen – bis auf wenige, bemerkenswerte Ausnahmen – nicht mehr als Vorarbeiten oder Prospektierungen.¹⁴

13 Siehe zu den Biographien und den „Erinnerungen“ *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Erster Teil* (wie Anm. 1), S. 365f. und S. 396–403. – Zu neueren biographischen Werke siehe oben S. 2f., im Übrigen sei auf den Nachtrag im nächsten Band der Historisch-Politischen Mitteilungen verwiesen, der über Neuerscheinungen und andere relevante, noch nicht berücksichtigte Titel berichtet wird.

14 Eine zeitgeschichtliche Zwischenbilanz für die wichtigsten Politikfelder der Regierung Kohl liegt jetzt mit dem Sammelband „*Die Ära Kohl im Gespräch*“ vor, der die Beiträge der gleichnamigen Tagungsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammenfasst (hg. von Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN/Hanns Jürgen KÜSTERS, Köln 2010).

Außenpolitik

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Kohl, insbesondere die Bereiche Europapolitik, deutsch-französischer Bilateralismus sowie NATO, hat bislang am häufigsten und intensivsten die Aufmerksamkeit der Forschung gefunden. Das erklärt sich zum einen sicherlich aus den außenpolitischen Epochenereignissen zu Anfang der 1990er Jahre – Erledigung der „deutschen Frage“, Vertiefung der EU, Rollenveränderung und Öffnung der NATO nach Osten –, die das Interesse von Wissenschaft und Publikum gleichermaßen auf sich ziehen; zum anderen hängt dieser Vorrang der außenpolitischen Thematik aber auch mit der Wissenschaftsorganisation selbst zusammen, in der die Fachdisziplin Internationale Politik fest eingeführt und entsprechend fruchtbar ist. Es kommt hinzu, dass sich die Zäsur von 1990/92 wie auch die Kontinuität über sie hinweg allgemeiner und eindeutiger darstellt als in der deutschen Innenpolitik, bei der die Problematik extrem unterschiedlicher Erfahrungen von Ende und Neuanfang in der ehemaligen DDR und in der Bundesrepublik besteht.

Für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik waren das grundlegend Neue das Ende des Ost-West-Konflikts und der europäischen Teilung, der Zerfall der Sowjetmacht, die Auflösung des Warschauer Pakts, der Wechsel vom „doppelten“ Frontstaatendasein zur stabilisierenden Existenz in der europäischen Mitte; aber diese Veränderungen der Rahmenbedingungen vollzogen sich zugleich in einem Kontinuitätszusammenhang¹⁵, den die Europapolitik, die strikte Westbindung, die deutsch-französische Achse sowie die machtpolitische Selbstbeschränkung, anders gesagt, das eingewurzelte Rollenkonzept der „Zivilmacht“ bilden. Wenn *Ulrich Lappenküper* schreibt¹⁶: „Mit der Wiedervereinigung 1990 begann für Deutschland und seine Außenpolitik eine neue Zeit“, so stimmt das – angesichts der „höchst bemerkenswerten Kontinuität“ (Hanns W. Maull) in den außenpolitischen Grundlinien – nur sehr bedingt. Der mittlerweile in Hamburg lehrende Historiker hat in der von Geschichtslehrern und Studierenden hochgeschätzten Oldenbourg-Reihe ein informatives Kompendium zur „Bonner“ Außenpolitik verfasst, das zusammen mit seiner ausführlichen Bibliographie und seiner sorgfältigen Skizzierung des Forschungsstandes, wie es der Verlagskonzeption entspricht, für das Studium der Außenpolitik der Ära Kohl ein solides „Starter-Paket“ bietet. Allerdings macht die periodische Begrenzung auf das Jahr 1990 und die „Bon-

15 Vgl. dazu: Hanns W. MAULL, *Die prekäre Kontinuität. Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck*, in: Manfred G. SCHMIDT/Reimut ZOHLNHÖFER (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden 2006, S. 421–446.

16 Ulrich LAPPENKÜPER, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990*, München 2008 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 83), S. 115.

ner“ Politik die Darstellung buchstäblich zu einer „halben Sache“. Bei Teilbereichen der Politik ist eine historische Periodisierung nämlich dann problematisch, wenn sie sich nicht oder nur wenig mit der gesamtstaatlichen Geschichte zur Deckung bringen lässt. Hierin liegt ein kleines konzeptionelles Manko des sonst historiographisch überzeugenden Buches. Die auswärtige Politik der Kohl/Genscher-Regierung bis zum Gewinn der deutschen Einheit charakterisiert der Autor mit den Leitbegriffen „Aktive Friedenspolitik“ und „Selbstbehauptung durch Selbstbeschränkung“ – Zitat aus der ersten Regierungserklärung Kohls und aus der von Helga Haftendorn erschienenen Überblicksdarstellung (s. u.) der deutschen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Betont wird die außenpolitische Kontinuität, in deren Zeichen auch die „Wende“ von 1982 erfolgte. Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und die konsequente Verfolgung der Genscher-Colombo-Initiative für eine erweiterte europäische Kooperation waren eigentlich Vorhaben, die von der schwachen letzten Schmidt-Regierung (1980–1982) nicht mehr verwirklicht werden konnten; gleiches gilt für die Einladung Honeckers zum Staatsbesuch in der Bundesrepublik. Die Rolle, die in diesen Zusammenhängen dem in beiden Regierungen verantwortlichen Ressortminister Hans-Dietrich Genscher für die Weiterverfolgung des außenpolitischen Kurses zufiel, wird auffällig hoch notiert, während Kohls Beitrag eher relativiert und in einem „diffusen“ Licht (S. 42 und S. 107) erscheint. Als zentrale Zielvorstellungen der „Bonner“ Politik werden die Stabilisierung der atlantischen Partnerschaft, die Entspannung im Verhältnis zum Osten, namentlich zur Sowjetunion, einschließlich einer Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen, der Fortschritt im europäischen Einigungswerk, unter anderem durch Belebung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, deutlich herausgestellt. Dabei bleiben die Differenzen und Diskussionen über außenpolitische Teilgebiete und Einzelfragen wie über SDI, Abrüstungs- und Entwicklungspolitik wie auch etwa die Beziehungen zu Polen nicht ausgespart. Am Beispiel der Südafrikapolitik fällt selbst der Blick auf die von Franz Josef Strauß betriebene „bayerische Nebenaußenpolitik“. Den Schluss- und Höhepunkt – im Überblickskapitel wie auch im nachfolgenden Forschungsbericht – bildet die Politik der „äußeren“ Wiedervereinigung, für die außer Zweifel gestellt wird, dass die deutschlandpolitische Führung bei Bundeskanzler Kohl lag und seine „Marschroute“ entscheidend für den Erfolg war.

Von einem ganz anderen Schlag ist die Darstellung der bundesrepublikanischen Außenpolitik durch den Bonner Politikwissenschaftler *Christian Hacke*.¹⁷ Sein Buch ist nicht in erster Linie an Fachleute, sondern an ein breites, interessiertes Publikum adressiert. Es handelt sich bei diesem Werk weniger

17 Christian HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*. 2. Aufl. der akt. Neuausg., Berlin 2004.

um eine klassische „Geschichte“ der Außenpolitik, sondern mehr um einen bilanzierenden Großessay, der voller Wertungen und Kommentare steckt, in der konkreten Sachinformation und der erzählerisch-konstruktiven Organisation eines Gesamtbildes jedoch Defizite aufweist. Auch Hacke gibt der „Zweiteilung“ der Kanzlerschaft Kohls durch die Wiedervereinigung eine maßgebende Bedeutung für die deutsche Außenpolitik. Folgt man seiner Argumentation, sei das neue Deutschland nach 1990 gleichsam unvorbereitet aus dem Schutzgehege, in dem die Bundesrepublik und die DDR während des Kalten Krieges Enthaltensamkeit nach außen üben mussten, in den Dschungel der Machtpolitik „ausgewildert“ worden und habe angesichts der neuen Herausforderungen aus „Angst vor der Macht“ versagt. Zitat: „Ängstlichkeit und schwächliche Arroganz, diese beiden Merkmale deutscher Außenpolitik, kamen gerade nach 1990 wieder zum Ausdruck“ (S. 390). Die erste Hälfte der Regierungszeit Kohls sieht der Autor zwar in grundsätzlicher Kontinuität zur Regierung Schmidt/Genscher, aber die unionsgeführte Koalition der „Wende“ habe seit 1982 entschlossener und klarer die Priorität der Westbindung praktiziert, sowohl durch Bekräftigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen als auch durch Ausbau des Sonderverhältnisses zu Frankreich. Konzeptionell habe hierzu gerade auch die sicherheitspolitische Stabilisierung durch Stationierung von Pershing-Raketen bei gleichzeitiger Unterstützung von Abrüstungsschritten gehört (Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses). Europapolitisch habe die Regierung Kohl/Genscher zwar ebenfalls an die Schmidt-Politik angeknüpft, aber durch eine energischere Verfolgung der Ziele Binnenmarkt und Politische Union die „Eurosklerose“ überwinden können. Auch in der Deutschlandpolitik habe Kohl die sozialdemokratisch-liberale Positionen der Entspannung übernommen, gleichzeitig jedoch die traditionellen Rechtsgrundsätze der Bundesrepublik seit Adenauer wieder mehr geltend gemacht und das „demokratische Werteprofil der Bundesrepublik in einen bewussten Gegensatz zur DDR“ gestellt (S. 302). Das habe in Kombination mit einer dynamischen Interpretation der Ostverträge und mit starken finanzpolitischen Anreizen (Milliardenkredite) zu einem deutschlandpolitischen Wandel geführt, der in der operativen Bilanz beachtliche Erfolge erbrachte. Die Reformpolitik Gorbatschows ermöglichte es dann, die deutsch-deutschen Beziehungen „in eine kooperative Symmetrie zur Entspannungspolitik der beiden Weltmächte“ zu rücken und der Deutschlandpolitik damit Handlungsspielräume zur Überwindung des Status quo zu eröffnen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts durch Gorbatschow in der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung vom Juli 1989 (Staatsbesuch Gorbatschows in der Bundesrepublik) erscheint in ihrer Bedeutung für die osteuropäischen Staaten und die DDR als „revolutionärer“ Akt. Als positive Zwischenbilanz vor dem Umbruchjahr formuliert Hacke: „Die Bundesrepublik unter Führung von Bundeskanzler Kohl hatte schon vor den revolutionären Veränderungen 1989 neue Maßstäbe für Aussöhnung und

Entspannung nach Osten gesetzt“ (S. 334). Dem Lob wird jedoch sogleich der Tadel angeheftet, die allgemeinen Grundmängel bundesrepublikanischer Außenpolitik seien weiter bestehen geblieben: Schwäche des außenpolitischen Willens (!), sicherheitspolitische „Trittbrettfahrer-Mentalität“, politischer Provinzialismus der Eliten, Unfähigkeit, das nationale Interesse für die Bundesrepublik zu definieren, sowie Vernachlässigung des Zusammenhangs von Machtpolitik und Verantwortung – alles bekanntlich Lieblingskriterien des Autors.

Die Wiedervereinigungspolitik Kohls und Genschers beschreibt Hacke als Höhepunkt der Staatskunst. Kohls 10-Punkte-Programm sei das Meisterstück gewesen, das mit der Doppelvision von deutscher Einheit und vereinigtem Europa die „revolutionäre diplomatische Leistung“ der Wiedervereinigung eingeleitet habe. Erreicht worden sei dieser Erfolg „durch eine eigentümliche Spannung von Machtverzicht und Machtgebrauch“. In den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen habe die westliche Diplomatie triumphiert. Doch dann – das ist eine zentrale These des Autors – sei der neugewonnene außenpolitische Status des vereinigten Deutschlands, „befreit von der Last der Teilung und vom alten Ost-West-Konflikt“, in der zweiten Hälfte der Ära Kohl für die Regierung zunehmend zum Problem geworden. Die große Stunde des Wiedereintritts Deutschlands in die Weltpolitik habe kleinbürgerliche, provinziell denkende Geister gefunden. Am Golfkrieg, am Jugoslawienkrieg, an der Somalia-Katastrophe wird zu zeigen versucht, wie widersprüchlich und ohne klare Interessendefinition, ja aufgrund kapitaler Fehleinschätzungen das neue Deutschland außenpolitisch handelte. Deutschland habe keine Verantwortung und vor allem nicht Führung übernehmen wollen. Obwohl die „Maxime“, Außenpolitik nur mit nichtmilitärischen Mitteln durchzusetzen, anachronistisch geworden sei, habe die Regierung den Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO aus Verfassungsgründen und politisch-historischen Rücksichten abgelehnt – ein „Hauptfehler“ der Kohl/Genscher-Regierung. An der Außenpolitik des vereinigten Deutschland in der zweiten Hälfte der Ära Kohl lässt Hacke kaum ein gutes Haar. Insbesondere auf Außenminister Klaus Kinkel (seit 1992) läßt sich die Kritik ab, dem mangelnde Konzeptionsfähigkeit, fehlende Professionalität, verantwortungslose Scheckbuchdiplomatie sowie große Abhängigkeit vom Bundeskanzler vorgeworfen werden. Als Aktiva der Regierung Kohl/Kinkel nennt Hacke immerhin die Reformfortschritte der europäischen Integration, den Abbau historischer Vorbehalte in Mittel- und Osteuropa gegenüber Deutschland, die diplomatische Umsichtigkeit bei der NATO-Osterweiterung und „als herausragende Leistung“ die Erweiterung des sicherheitspolitischen Engagements auf dem Balkan. Als außenpolitisches Hauptversäumnis gilt ihm die Vernachlässigung der nationalstaatlichen Kategorie „zugunsten einer undifferenzierten Gleichsetzung bzw. Identifizierung deutscher und europäischer Interessen“ (S. 430). Eine „Normalisierung deutscher Außenpolitik“ durch Ausbalancierung von nationalen Interessen und Gemeinschaftsinteressen sei ausgeblieben.

Hacke schreibt stets frisch von der Leber weg, mit einer kräftigen Bildsprache, die sich bisweilen überschlägt („Erst im eisigen Klima des Kalten Krieges ... zog in die Wohnstuben der Westdeutschen die angenehme Wärme von Demokratie ein“). Dass seine Darlegungen und Aussagen stets bedenkenswert sind, gerade auch da, wo sie, sei es durch Inhalt, sei es durch Formulierung, provozieren, ist nicht zu bestreiten. Man hat sein Buch in einigen Rezensionen als unwissenschaftlich kritisiert. Das ist übertrieben und unangemessen. Ein gestandener Wissenschaftler, der sein Metier so wie Hacke beherrscht, vermag sich auch ohne Methoden- und Theoriediskussionen im Stil akademischer Qualifizierungsarbeiten kompetent zu Wort melden. Allerdings sollte das andererseits auch nicht in bloßen Meinungsäußerungen geschehen, ohne dass nähere Begründungen mitgeliefert werden. Der Historiker wird auch allzu kühnen geschichtlichen Analogien kaum etwas abgewinnen können. Die Bundesrepublik beispielsweise mit dem „Vernunftcharakter des Rationalstaates Preußen“ auszustatten, ist nur schwer nachvollziehbar. Der fachlich versierte Leser wird sich zudem an dem nonchalanten Umgang mit dem Begriff der „Macht“ stoßen, der auf diese Weise gänzlich ausgehöhlt wird, so dass letztlich wenig damit anzufangen ist. Es täte dem Buch gut, wenn es im Sinne einer stringenter Strukturierung und durch Eliminierung kulturkritischer Allerweltpassagen einer gründlichen Revision unterzogen würde. Dann hätte es das Zeug, ein „Klassiker“ zu werden.

Zum Vergleich bietet sich das Buch des Erlanger Historikers *Gregor Schöllgen* an, der in einer dichten, teilweise aber auch stark verkürzenden Zusammenfassung die Geschichte der bundesrepublikanischen Außenpolitik anhand der Hauptereignisse, Grundentscheidungen und Rahmenbedingungen erzählt.¹⁸ Dabei werden sowohl die Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch die deutsch-deutschen Beziehungen einbezogen. Die Ära Kohl ist in den Kapiteln „Sicherung des Status quo 1975–1989“ und „Aufbruch in die Weltpolitik 1989–1999“ abgehandelt. Dabei ist eine Doppelthese zugrunde gelegt: Zum einen sei die Tradition einer Politik der gleichberechtigten Stellung Deutschlands, wie sie das Kaiserreich begründet habe, auch von Seiten der Bundesrepublik und ihren Kanzlern nach Maßgabe der weltpolitischen Konstellationen fortgeführt worden. Aus dieser Ablehnung eines Sonderstatus der Bundesrepublik erkläre sich beispielsweise die Weigerung von Kohl, nach Inkrafttreten des amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrages die deutschen „Pershing IA“ abzubauen. Auch bei der Wiedererlangung des Status eines „außenpolitisch vollständig“ souveränen Nationalstaates 1990 sei dem „Faktor der Gleichrangigkeit“ (etwa in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen) Rechnung getragen worden. Zum anderen habe Deutschland, wie seine internationale Rolle

18 Gregor SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 3. erw. und akt. Ausg., München 2004.

seit der Wiedervereinigung erweise, jeder Politik der Alleingänge zu Lasten der Nachbarn entsagt und sein Interesse von Engagements im Interesse der Völkergemeinschaft bestimmen lassen. Es werde sich allerdings, so der Verfasser, in Zukunft noch notwendiger erweisen, in der Gemeinsamkeit der Europäischen Union außen- und sicherheitspolitische Alternativen zu fragwürdigen Politikkonzepten und -aktionen der USA, insbesondere in der Dritten Welt, zu entwickeln. Die Darstellung der Außenpolitik in der Ära Kohl beginnt mit der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Der Bonner Regierungswechsel 1982/83 habe jedoch keine Änderung des außenpolitischen Kurses zur Folge gehabt, „weder in der KSZE, noch in der Ost-, noch in der Deutschlandpolitik“. Der Unterschied sei vielmehr in der Akzentuierung zu sehen. Die Regierung Kohl habe deutlicher als die Regierung Schmidt die Unvereinbarkeit der Systeme betont und in der Öffentlichkeit vermehrt die Änderung unhaltbarer Zustände angemahnt (Menschenrechte, Berichte zur Lage der Nation im geteilten Deutschland). Die Vereinigung Deutschlands und die Einigung Europas werden als „zwei Seiten derselben Medaille“ an Kohls Zugeständnissen auf dem Straßburger Europagipfel 1989 und an den Initiativen von Kohl und Mitterrand für eine europäische Union erläutert. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sei außenpolitisch zwar nicht durch einen Friedensvertrag besiegelt worden, aber der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 habe dessen Funktion übernommen, was auch die mit ihm im engen Zusammenhang stehenden Verträge mit der Sowjetunion (Nachbarschaftsvertrag) und Polen (Bestätigung der polnischen Westgrenze) vom 9. November 1990 und 14. November 1990 zum Ausdruck bringen würden. Mit der Einheit hätten die Deutschen nach 1871 und 1918 nicht nur die „dritte historische Chance“ erhalten, in einem Nationalstaat zu leben, sondern sie seien „gleichsam über Nacht wieder in die Rolle einer kontinentalen Großmacht mit weltpolitischem Gewicht“ gekommen (S. 201). Deutschland sei wieder zum stärksten Staat Europas (nach Russland) aufgestiegen. Was ausländische Beobachter frühzeitig realisiert hätten, sei indes von den Deutschen zunächst nicht wahrgenommen worden. Erst der Golfkrieg und der Jugoslawien-Konflikt mit der Forderung des Auslands nach dem Einsatz deutscher Soldaten hätten gezeigt, wie grundlegend sich die Lage Deutschlands geändert habe. Neben dem sozio-ökonomischen hat das vereinigte Deutschland also auch einen außenpolitischen Preis für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit zu zahlen.

Mit dem „Suchlicht“ (Einführung) auf der „Wiedergewinnung des Handlungsspielraums“ hat *Helga Haftendorn*, Altmeisterin der Wissenschaft Internationale Politik in Deutschland, ihre Darstellung der deutschen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts gegeben.¹⁹ Ihre Ausgangsfrage

19 Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000*, Stuttgart 2001.

ist, wie Deutschland von einem besiegten und doppelt gebundenen Staat, „eingebunden in eine verhängnisvolle deutsche Geschichte und in die strukturellen Abhängigkeiten des Ost-West-Konflikts“, seine Einheit wiedergewinnen und zu einem geachteten Mitglied der Völkergemeinschaft werden konnte? Diese Entwicklung wird in einer Kapitelfolge nachgezeichnet, die nicht streng chronologisch, sondern nach thematischen, gemäß den internationalen Herausforderungen der deutschen Politik gebildeten Schwerpunkten geordnet ist. So beginnt das Werk mit der Konstitutionsphase der Bundesrepublik und mit den Grundentscheidungen der Europapolitik und führt über die NATO-Integration, die Ost- und Entspannungspolitik, die Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft und den Abrüstungsprozess zwischen NATO-Doppelbeschluss und doppelter Null-Lösung zur Europäischen Union und zur deutschen Vereinigung. Abschließend fällt der Blick auf die neuen außenpolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Ein eigenes Kapitel ist der Außenpolitik der DDR „zwischen Anpassung und Autonomie“ gewidmet. Diese Betrachtungsweise hat zwar den Vorteil einer konzentrierten Sachunterrichtung für sich, aber dafür muss der Leser in Kauf nehmen, dass ihm geschichtliche Zusammenhänge immer nur sehr knapp und eher beiläufig klar gemacht werden. Wenn der Vertrag von Maastricht vor dem Mauerfall behandelt wird, ist irgendwie der dia- und synchrone Ordnungssinn des Historikers und wohl auch der des Normallesers gestört. Die Außenpolitik der Ära Kohl findet sich demzufolge nicht kompakt dargestellt, sondern auf verschiedene Kapitel verteilt, so dass Kohl zumindest während der ersten Phase seiner Kanzlerschaft als bloßer „Fortsetzer“ erscheint, der mit kleinen Tempoänderungen und Gewichtsverlagerungen sich in den Spuren seiner Vorläufer bewegt. Außenpolitisch hätten ihn zunächst die Weltwirtschaftsentwicklung und der 1982 einsetzende konjunkturelle Aufschwung begünstigt, aber in den 1990er Jahren sei er dann unter den dreifachen, durch einen zyklischen Konjunkturrückgang noch verstärkten Druck von Einheitsfolgen, EU-Vergemeinschaftung und Globalisierung geraten. „Nach der Wiedervereinigung entstand die paradoxe Situation, dass Deutschland zwar an wirtschaftlicher Potenz gewonnen hatte, aber zum einen durch die weiterhin erforderlichen finanziellen Transfers in die neuen Bundesländer und zum anderen durch das hohe Maß an internationaler Verflechtung ... diese nur sehr begrenzt nutzen konnte“ (S. 263).

Die Sicherheits- und Entspannungspolitik der Regierung Schmidt/Genscher sei von der Koalition aus CDU, CSU und FDP in „ihren Grundzügen“ fortgesetzt worden, aber heftige Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung über die doppelte Null-Lösung für Mittelstreckenraketen und Waffen kürzerer Reichweite hätten zu Spannungen mit den westlichen Bündnispartnern, vor allem den USA geführt. Bei den INF-Verhandlungen habe die Bundesrepublik daher nicht annähernd so gestaltend mitwirken können wie beim NATO-Dop-

pelbeschluss. In der Europapolitik habe die „pro-europäische konservative Koalition“ durch ihre Initiativen den Prozess der europäischen Einigung wiederbeleben können. Besonders von den Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand seien wesentliche Impulse für die weitere Integration ausgegangen. Die Überwindung des jahrelangen Stillstands der EG gehe jedoch weniger auf den Beitrag der beteiligten Politiker zurück als auf ökonomische Gründe, die zu raschen Reformen genötigt hätten. Die deutsche Einheit habe dann einen erneuten Schub für die Integration bedeutet, denn die kleineren europäischen Staaten, aber auch besonders Frankreich hätten das vereinigte Deutschland aus Sorge vor seiner Übermacht durch Einbindung in den europäischen Kontext „domestizieren“ wollen. Bei der Verwirklichung der Politischen Union sei die Bundesregierung die treibende Kraft gewesen, weil sie zur Verwirklichung deutscher Interessen in der Außen- und Sicherheitspolitik den europäischen Rahmen gebraucht habe.

So umsichtig in seinem Handlungs- und Entwicklungsverlauf nachgezeichnet wie der Weg zur Europäischen Union ist auch der Wiedervereinigungsprozess zwischen Maueröffnung und Tag der Deutschen Einheit. Der „Glücksfall der Geschichte“ sei es gewesen, dass in der Sowjetunion und in den USA mit Gorbatschow und Bush Staatsmänner regiert hätten, die eine deutsche Vereinigung mit der Interessenlage ihres Landes in Einklang bringen konnten. Deutscherseits habe sich „die von den verschiedenen Bundesregierungen praktizierte Strategie des Multilateralismus“ bewährt (S. 385). Zu den neuen Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zählt die Autorin die Neudefinition der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt sowie die Umwandlung des Atlantischen Bündnisses in ein kollektives Sicherheitssystem mit „partnerschaftlicher Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen“ zum ehemaligen Gegner. Dabei habe es deutschem Interesse entsprochen, die mittelosteuropäischen Reformstaaten in die westlichen Strukturen einzubeziehen, um sie zu stabilisieren und zugleich Deutschland aus der Randlage zu befreien, in die es im Kalten Krieg geraten sei. Die Herausforderung des Jugoslawien-Konflikts habe die Bundesregierung insofern erfolgreich bestanden, als es ihr gelungen sei, durch Einschaltung der EU-Gremien und der G-8 (vor allem Russland) nicht nur einen „substantiellen Beitrag zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu leisten“, sondern sich auch als „weltpolitischer Akteur“ neben den USA zu profilieren. Im „Fazit“ kommt Haftendorn zu dem Schluss, Deutschland versuche in seiner neuen internationalen Rolle die außenpolitische Balance zwischen der Wahrnehmung „seiner Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa“ und der Rücksichtnahme „auf Partner, welche die ‚europäische Zentralmacht‘ als zu dominant empfinden“ (S. 445).

In Rezensionen ist Haftendorns Werk als „Handbuch“ und als „Panorama“ deutscher Außenpolitik gelobt worden. Mehr noch bietet sich der Vergleich mit

einem „Ergebnisprotokoll“ an, so nüchtern, so akkurat, so „selbstausslöschend“ hat die Autorin geschrieben, ohne jede Diskussion und ohne möglichen Interpretationen, unterschiedlichen Perspektiven oder offenen Fragen Raum zu geben. Auch ist aus der einleitend angekündigten Fokussierung auf die handelnden Politiker nichts geworden, erscheinen diese doch stets nur mit bloßer Namensnennung, wesenslos und beliebig austauschbar gegen institutionelle Akteure wie Bundesrepublik, Bundeskanzler, Bundesregierung, Bonn u. a.

Die unter dem Eindruck der aktuellen Politik in der Ära Kohl entstandenen großen Zusammenfassungen sind von einer spezifisch historischen Erkenntnis noch weit entfernt und werden in dem Maße rasch veralten, in dem aufgrund der Erschließung neuen Quellenmaterials und des „Folgewissens“ der Historiker neue Konkretisierungen und Korrekturen durch monographische Einzelbearbeitungen vorgenommen werden. Erste wichtige Beiträge und Ergebnisse sowohl von politikwissenschaftlicher wie auch von historischer Seite liegen indes bereits vor; auch die Diskussion innerhalb der Forschung ist, wenn auch nicht auf breiter Front, so doch in Teilbereichen, unverkennbar eröffnet. Das gilt an erster Stelle für das Forschungsgebiet der in der Einheit kulminierenden Deutschlandpolitik, sodann auch für die Erforschung der bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik in den Regierungsjahren Kohls, namentlich für das deutsch-französische Verhältnis, vor allem jedoch für die Europapolitik, die sich ja längst zu einem autonomen Fach der Internationalen Politik entwickelt hat. Es kommt hinzu, dass das Jahrhundertereignis der deutschen Wiedervereinigung auch das Interesse der internationalen Wissenschaft für die Ära Kohl außerordentlich intensiviert hat. Generell trifft allerdings auf fast alle diese Beiträge zu, dass sie sich vorrangig auf die empirische Beschreibung von Ereignisabläufen und -zusammenhängen konzentrieren und eine handlungsorientierte Betrachtungsweise bevorzugen, es aber an deutendem Verstehen, genetischer Erklärung und Analyse von Wirkungs- und Bedeutungszusammenhängen weitgehend fehlen lassen.

Das „Ringens um die deutsche Einheit“ hat *Hanns Jürgen Küsters*, jetzt Leiter der Wissenschaftlichen Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung, klar und kompetent beschrieben. Sein zum 20. Jahrestag des Mauerfalls herausgekommenes Taschenbuch²⁰ ist die überarbeitete, aktualisierte Fassung seiner 1998 verfassten Einführung zur Sonderedition „Deutsche Einheit“.²¹ So komprimiert und aktenbasiert-präzise finden sich die politischen Umstände, Entscheidungen und Stadien des Wiedervereinigungsprozesses nirgendwo anders dar-

20 *Hanns Jürgen KÜSTERS, Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90*, Freiburg i. Br. 2009.

21 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von *Hanns Jürgen KÜSTERS* und *Daniel HOFMANN*, München 1998. – Siehe auch *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil* (wie Anm. 11), S. 490.

gelegt. Die Studie setzt interessanterweise nicht mit der friedlichen Revolution in der DDR ein, sondern mit dem Jahr 1987, als die zweite Regierung Kohl ihre Arbeit aufnahm. Die These, die der Autor anhand der Kanzleramtsakten verfolgt, ist von großer Plausibilität: Der Erfolg der deutschen Einheit erklärt sich demnach aus dem Zusammenhang von einmalig günstiger internationaler Konstellation, revolutionärer Bewegung in der DDR und strategisch geschickter Bonner Politik, die den historischen Moment erkannte und die Gelegenheit entschlossen nutzte. Die Wiedervereinigung war kein politisches Glückslos, kein geschichtlicher Zufall, sondern das Ergreifen einer Möglichkeit, die von der Regierung Kohl zwar nicht bewusst herbeigeführt, aber als sie sich bot, mit Urteilsfähigkeit und Verhandlungsgeschick unter günstigen Bedingungen wahrgenommen wurde. Bedarf es aber wirklich der durchgängigen Verwendung des historischen Präsens, um diesem Geschehen Dynamik zu verleihen und die Aktualität dieser Thematik zu verdeutlichen?

Mit dem Küsters-Buch und mit den von Karl-Rudolf Korte und Werner Weidenfeld verfassten gewichtigen Bänden der „Geschichte der deutschen Einheit“ (1998) haben ältere Arbeiten als überholt zu gelten. Die Münchner politikwissenschaftliche Dissertation des Thailänders *Bunpot Gummerdsiri* hatte noch im Zugwind des Einheitserlebnisses versucht,²² den zwischen der Bonner Deutschland- und Ostpolitik bestehenden Zusammenhang vor dem Hintergrund des revolutionären Geschehens in der DDR wie auch im internationalen Kontext zu betrachten. Mit ihrem dezidiert „neorealistischen“ Ansatz aber, für den praktisch nur Presseerzeugnisse zur Auswertung verfügbar waren, blieb die Untersuchung in reiner Deskription stecken. Was die Arbeit gleichwohl interessant macht, ist die zeitnahe Perspektive.

Beachtung verdient die Münchner Dissertation von *Ting-Fu Hung* über die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher.²³ Ihr besonderer historiographischer Reiz besteht darin, dass sie, im Mai 1989 abgeschlossen und also ganz unberührt von den Umbruchereignissen des Jahresendes, mit „neorealistischem Ansatz“ auf die Politik der Jahre 1984 und 1985 zurückblickt. Die historische Perspektive ist hier nicht vom unverhofft-glücklichen Endpunkt, der deutschen Einheit, bestimmt; vielmehr ist die Geschichte der Deutschlandpolitik für den Beobachter wie für die handelnden Politiker noch als völlig offen dargestellt. Mit der „Wende“ von 1982, so zeigt die Studie, habe die Deutschlandpolitik zwei wesentliche Akzentverschiebungen erfahren: Die Regierung Kohl/Genscher habe zum einen den Willen des deutschen

22 Bunpot GUMNERDSIRI, *Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1989 bis zur Begegnung Kohl/Gorbatschow in Moskau 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Revolution in der DDR*, Diss. phil. masch., München 1992.

23 Ting-Fu HUNG, *Die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher in den Jahren 1984/85 unter Berücksichtigung der Diskussion um die Offenheit der Deutschen Frage*, München 1989.

Volkes zur nationalen Einheit wieder stärker bekräftigt und zum anderen die Lösungsvorstellungen zur deutschen Frage eindeutiger auf die Werte Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie bezogen. Die Offenhaltung der deutschen Frage sei für die Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Ost wie West als strategische Aufgabe verstanden worden. In der Argumentation der CDU/CSU/FDP-Koalition werden im Vergleich zur sozial-liberalen Regierung zudem kräftigere moralische und ethische Akzente ausgemacht. Ab Frühjahr 1984 kam eine „dynamische Interaktion“ zwischen Bonn und Ost-Berlin zustande (Asylantenfrage, Kreditgeschäfte), die aber in ihrer Abhängigkeit von der politischen Ost-West-Großwetterlage (Revanchismus-Kampagne der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik, Rüstungsproblematik) nachhaltig behindert worden sei. Den Fortschritten im Bereich der humanitären Erleichterungen, etwa bei den grenzüberschreitenden Begegnungsmöglichkeiten, standen denn auch Misserfolge wie beispielsweise in den Fragen Mindestumtausch und Einbeziehung West-Berlins in die innerdeutschen Kreditvereinbarungen gegenüber. Die Neigung der Regierung Kohl, mit finanziellen Mitteln die DDR zu Gegenleistungen und Konzessionen zu bewegen, habe deutschlandpolitische Fehleinschätzungen zur Folge gehabt.

Als Vorzug dieser Untersuchung ist zu vermerken: Die deutsch-deutschen Beziehungen 1984/85 werden nicht nur im Zusammenhang mit der Ostpolitik bzw. Westpolitik beider deutscher Staaten betrachtet, sondern auch in das weltpolitische Dreiecksverhältnis zwischen USA, Sowjetunion und Europa eingeordnet. Diese „Weitwinkelperspektive“ gilt ebenso für die Darlegung der Bonner Polenpolitik und der Berlinfrage im Untersuchungszeitraum. Wer der Regierung Kohl und besonders dem Bundeskanzler selbst vorwirft, nicht schon früher zu einer operativen Deutschlandpolitik übergegangen zu sein, dem sei das Kapitel über die Haltung der Westmächte 1984/85 zur Lektüre empfohlen. Es habe in diesen Jahren in der Frage der deutschen Teilung zwar einen verbalen Beistand des Westens für Bonn gegeben, aber tatsächlich seien die Westmächte weit davon entfernt gewesen, die Teilung Deutschlands und Europas in Frage zu stellen. Für ihre Außenpolitik sei das Gleichgewichtskonzept des Status quo maßgebend gewesen.

Die Perestroika-Politik Gorbatschows seit 1985, der Fortgang der europäischen Integration in den 1980er Jahren und die Umwälzungen in der DDR wie in Mittel- und Osteuropa änderten diese Konstellation grundlegend. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde nun möglich; das vereinigte Deutschland konnte die volle staatliche Souveränität erlangen. Das ist „die überragende Thematik“ (Klaus Stern) des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Über die Entstehung und Bedeutung des „Souveränitätsvertrages“, wie er auch genannt wird, han-

delt die Göttinger juristische Dissertation von *Christoph-Matthias Brand*.²⁴ Ihre einleitenden Kapitel enthalten Ausführungen zur Souveränitätsbegrifflichkeit sowie zur Rechtslage nach 1945 und zur Fortdauer der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten in den deutschen Teilstaaten und Berlin („Überlagerung der Souveränität Deutschlands“). Ihr Hauptteil besteht aus einer chronologischen „Tatbestandaufnahme“ der Entstehung des Zwei-plus-Vier-Vertrages, die wie eine Zusammenstellung aus dem „Archiv der Gegenwart“ erscheint und historiographisch unbefriedigend ist. Die Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages wird nicht nur darin gesehen, dass er „für die Aufhebung der nach 1945 entstandenen besonderen Rechtslage Deutschlands den notwendigen völkerrechtlichen Rahmen“ schaffen sollte, sondern auch in seinem „mittelbaren Ziel“ einer Überwindung der Spaltung Europas, in seiner „Maßgeblichkeit“ für die europäische Friedensordnung (S. 247). Für den Souveränitätsbegriff bestätigte der Vertrag damit auch einen qualitativen Wandel, indem er an vielen Stellen deutlich mache, „daß die Wiedergewinnung der Souveränität für Deutschland auf der Basis eines relativierten und auf Integration eingestellten Souveränitätsbegriffs zustande gekommen ist“ (S. 267).

In seiner Darstellung der Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland nach 1945 hat *Hanns Jürgen Küsters* auch sehr eingehend den Zwei-plus-Vier-Mechanismus von 1990 behandelt.²⁵ Sein rund 1.000 Seiten umfassendes Opus magnum verbindet mit einer Weitwinkeloptik die Deutschlandkonferenzen der alliierten Hauptsiegermächte der 1940er und 1950er Jahre mit dem „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, der, am 12. September 1990 in Moskau von den Vier und den zwei deutschen Kontrahenten unterzeichnet, unter Verzicht auf einen förmlichen Friedensschluss dem wiedervereinigten Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten zusicherte. Die fundierte Studie gelangt zu dem Befund, dass sich die bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu lösenden Grundfragen gegenüber den 1950er Jahren nicht geändert hatten (Auflösung der alliierten Vorbehaltsrechte, Verzicht Deutschlands auf Teile seines ehemaligen Territoriums, Freiheit der Bündniswahl, Stärke gesamtdeutscher Streitkräfte) und dass auch das von den vier Mächten angewandte Instrumentarium dem nahezu gleich war, das schon in den 1950er Jahren diskutiert worden sei. Dadurch aber, dass die zentralen Fragen aus den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen absichtlich herausgehalten worden seien, habe eine „klassische Konfrontation der ehemaligen Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten“

24 Christoph-Matthias BRAND, *Souveränität für Deutschland. Grundlagen, Entstehungsgeschichte und Bedeutung des Zwei-plus-Vier-Vertrages vom 12. September 1990* (Bibliothek Wissenschaft und Politik 50), Köln 1993.

25 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990* (Dokumente zur Deutschlandpolitik, Studien 9), München 2000.

(S. 827) vermieden werden können. Aus den verschiedenen Konzepten einer Friedenskonferenz – große internationale Friedensvertragskonferenz, Vier-Mächte-Konferenz, deutsch-deutsche Einigungsverhandlungen vor Verhandlungen des vereinigten Deutschlands mit den Vier Mächten – schälte sich der Zwei-plus-Vier-Mechanismus heraus. Er sollte eine tragfähige Position für die äußere Sicherheit Deutschlands wie auch vor Deutschland schaffen und zugleich strategisch die Sowjetunion einbinden, um deren Störpotenzial auszuschalten. Am Ende stand ein „Integrationsfrieden“, den der Verfasser in dem Sinn versteht, dass der Sieger den Besiegten nicht unterwirft, sondern ihm im Rahmen eines internationalen Verbundsystems ermöglicht, „in die internationale Staatengemeinschaft in fester politischer, wirtschaftlicher und militärischer Bindung an eine Staatengruppierung“ unter Wahrung seiner legitimen Rechte als Staat zurückzukehren.

Die Phasen des Verhandlungsgangs, die strategischen Überlegungen dabei, die taktischen Schritte und bilateralen Absprachen sowie deren gegenseitiges Aufeinandereinwirken sind von Küsters minutiös beschrieben worden. Zweierlei wird dabei deutlich: zum einen, wie ungewiss und potentiell von Zufälligkeiten bedroht der Verhandlungsprozess vor sich ging. Diese Erfolgsgeschichte ist auch ein Kompliment an die Staatskunst der beteiligten Politiker und Diplomaten, die – und das ist der entscheidende Unterschied zu den 1950er Jahren – eine für alle annehmbare Lösung „wollten“; zum anderen, dass diese Lösung ihre Wurzelfäden in den Erfahrungen der Vergangenheit hatte, in Versailles, in Rapallo, in Potsdam wie in den Westbindungsverträgen und den alliierten Deutschland-Konferenzen der Nachkriegszeit. Fast alles war schon erdacht, doch erst die Gunst der Umstände, der Zufall von Politikerpersönlichkeiten, die Vertrauen zueinander fassten, ließen das Unwahrscheinliche Wirklichkeit werden. Beides hat Küsters überzeugend belegt herausgearbeitet.

Die Frage Kontinuität und/oder Wandel betrifft im Besonderen die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der veränderten Sicherheitslandschaft nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Ost-West-Gegensatzes. Die Formel von Karl-Rudolf Korte, die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik sei der „aktive Nachvollzug der internationalen Lage“, geht in dem Maße immer weniger auf, in dem dieses Umfeld zunehmend an Kontur und System verliert. Nach wie vor ist für die Bundesrepublik aber die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA eine feste Größe ihrer „Staatsräson“, ablesbar an den periodischen Grundsatzdebatten, die in der deutschen Politik und Öffentlichkeit über die allfällige Anpassung an strategische Neuorientierungen der Amerikaner in und außerhalb der NATO aufwallen wie über die Abkehr von der NATO-Strategie der massiven Vergeltung, über die Raketenrüstung, das SDI-Programm oder die Ausdehnung der NATO-Verantwortlichkeiten über die europäisch-atlantische „area“ hinaus.

Eine ausgezeichnete Einzeluntersuchung zur Auseinandersetzung der Kohl/Genscher-Regierung mit den „Star Wars“-Plänen der Reagan-Administration hat *Theodor Benien*, heute Sprecher der EADS Airbus, Hamburg, mit seiner Frankfurter politikwissenschaftlichen Dissertation vorgelegt.²⁶ Seine Fallstudie, die dem entscheidungstheoretischen Ansatz von Graham T. Allison²⁷ folgt, gilt dem „politisch-operativen Entscheidungsprozeß“ in der Frage der SDI-Kooperation und den innen- und außenpolitischen Einflussfaktoren, die sich auf den Entscheidungsspielraum der Bundesregierung auswirkten. Der Weg von einer zunächst verhaltenen Ablehnung zur bedingten Unterstützung der SDI-Pläne durch das Gewirr bündnispolitischer, militärischer, rüstungskontrollpolitischer, wirtschafts- und technologiepolitischer sowie parteipolitischer Interessen- und Konfliktlagen ist präzise und vorbildlich strukturiert nachgezeichnet. So werden auch die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über die Rahmenbedingungen für die SDI-Kooperation Mitte der 1980er Jahre und die Kompromissbestimmungen der SDI-Rahmenvereinbarungen von 1985 und 1986 verständlich. Als wichtigste Ergebnisse der Studie sind festzuhalten: Die Entscheidung – der Beschluss des Bundeskabinetts vom 18. Dezember 1985, dass die Bundesregierung keine staatliche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm, sondern Vereinbarungen zur Verbesserung der privatrechtlichen Position deutscher Forschungsinstitute und Unternehmen anstrebe, die sich als SDI-Auftragnehmer beteiligen wollten – wurde „auf einer umfassenden Informationsgrundlage“ vorbereitet. Die operative Durchführung wurde dagegen durch eine Reihe gravierender Interessendifferenzen und unterschiedlicher Prioritätensetzungen belastet. Der Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Bundesregierung sei durch innen- und außenpolitische Zwänge und Einflüsse derart eingeengt worden, dass ihr letztlich nur die konditionierte Partizipation geblieben sei. Der praktische Nutzen der SDI-Abkommen sei nur gering gewesen. Ihren Wert habe man in erster Linie in ihrer politisch-symbolischen Bedeutung zu suchen; denn „sie symbolisieren einen oberflächlichen Interessenausgleich, mit dem eine drei Jahre dauernde deutsch-amerikanische SDI-Debatte beendet wurde“ (S. 240).

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik bietet für das Studium des Verhältnisses von Kontinuität und Wandel im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsäsur ein besonders fruchtbares Untersuchungsfeld. Die – namentlich im Ausland vielfach reflektierte – Frage ist, ob und wie sich die deutsche Sicherheitspolitik nach Erlangung der nationalen Einheit durch

26 Theodor BENIEN, *Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher (1983–1986). Eine Fallstudie über Einflußfaktoren sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung unter den Bedingungen strategischer Abhängigkeit*, München 1991.

27 Graham T. ALLISON, *Essence of Decision. Explaining the Cuban missile crisis*, Boston 1971.

die grundlegend veränderten internationalen Rahmenbedingungen modifiziert hat. Gibt es bei ihr Anzeichen für ein Streben „zu neuen Ufern“, wie der einprägsame Titel der Münsteraner Habilitationsschrift von *Franz-Josef Meiers* lautet?²⁸ Seine Untersuchung konzentriert sich auf vier zentrale Problemfelder der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach der „Zeitenwende“ um 1990: auf die Anpassung des atlantischen Bündnisses an die neuen Anforderungen in Europa und in der Welt, auf den Aufbau einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstruktur, auf die Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und auf die Reform der Bundeswehr.

Aus seiner „empirischen Bestandsaufnahme“ ergibt sich, dass die Bundesregierung sowohl beim Neuen Strategischen Konzept der NATO von 1991 durch entschiedene Befürwortung der politischen Komponente des Bündnisses als auch bei der Öffnung nach Mittel- und Osteuropa eine „gestaltende Rolle“ einnahm. Insbesondere sei für sie dabei die „Europäisierung“ der NATO durch die Entwicklung eines europäischen Sicherheitspfeilers ein zentrales Anliegen (SACEUR-Abkommen 1993) gewesen (S. 217). Dabei habe es sich für die deutsche Politik als schwierig erwiesen, „den atlantischen und europäischen Bezugskreis der Außen- und Sicherheitspolitik zur Deckung zu bringen“ (S. 246). Verstärkte Bemühungen um Ausgestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Europa (GASP) gingen vor allem von der deutsch-französischen Achse in der Maastricht-Phase der EU aus. Beim Übergang zur „Amsterdam-Phase“ seien aber Interessen- und Auffassungsunterschiede offenkundig geworden, insbesondere in Hinblick auf die Reichweite der europäischen Sicherheitsstruktur und die Rolle der USA in Europa. Die Folge sei gewesen, dass in dem Maße, in dem es um die militärisch-operativen Aspekte der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegangen sei, Deutschland seinen Platz in der Führungsspitze an Großbritannien verloren habe, während es sich mehr und mehr für die Stärkung der zivilen Dimension der GESVP engagierte. Das Handlungsmuster in der Frage der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen wird so beschrieben, dass Deutschland immer dann eine „Mitführungsrolle“ übernommen habe, „wenn sie sich auf die nicht-militärischen Aspekte von Kriegsprävention und Konfliktbewältigung beschränkte“ (S. 314). Bei der militärischen Konfliktbewältigung habe Deutschland hingegen „eine zurückhaltende, reaktive Rolle“ eingenommen („Führungsvermeidungsreflex“). Das Urteil von 1994 des Bundesverfassungsgerichts habe der Bundesregierung dann erlaubt, durch konditionierte Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Missionen deutsche Streitkräfte „behutsam an das funktional und geografisch erweiterte

28 Franz-Josef MEIERS, *Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990–2000*, Paderborn 2006.

Aufgabenspektrum heranzuführen“ (S. 315). Eine Zäsur sei die Beteiligung an der NATO-geführten Luftoperation KFOR 1999 gewesen, die erstmals ohne UN-Mandat erfolgte. Die Bundeswehr habe sich mit dem erweiterten Aufgabenspektrum ganz neuen Herausforderungen gegenüber gesehen, „für die in ihrer Struktur und Ausrüstung keine Vorsorge getroffen war“ (S. 317). Mit den Reformen der 1990er Jahre (Personalstrukturmodell 340.000; Festhalten an der Wehrpflicht) sei die Bundeswehr in Umfang, Struktur und Ausrüstung jedoch „weitgehend auf die operativen Erfordernisse der Bedrohungslage des Ost-West-Konflikts ausgerichtet“ geblieben (S. 348). Mit dieser Studie liegt die bislang umfassendste Darstellung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit der Wiedervereinigung vor.

In einer engeren monographischen Themenstellung hat sich *Marco Overhaus* in seiner Trierer politikwissenschaftlichen Dissertation über die deutsche NATO-Politik nach Ende des Kalten Krieges auseinandergesetzt.²⁹ Ihn hat interessiert, welchen „Gestaltungswillen“ die deutsche NATO-Politik bei der äußeren Transformation der Allianz nach 1990 entwickelt hat und welcher Stellenwert dabei „Sicherheits- und Einflussinteressen im Rahmen der institutionellen Kooperation“ zugekommen ist. Die Untersuchung geht dabei von der Grundannahme aus, dass Staaten und ihre Regierungen internationale Institutionen nutzen, um ihre spezifischen Ziele zu erreichen (S. 62). Das vor allem von Robert O. Keohane in die Forschung eingeführte Konzept des „funktionalen Institutionalismus“ bildet die theoretische Grundlage, auf der die deutsche Politik in den Fragen der NATO-Osterweiterung und des deutschen Engagements beim militärischen Krisenmanagement in Jugoslawien empirisch analysiert wird. Im Ergebnis wird für Deutschlands NATO-Politik „ein relativ konstantes Handlungsmuster“ ausgemacht. Die Bundesregierungen hätten in der Regel einen beträchtlichen Gestaltungswillen gezeigt, wenn es um politische Fragen der europäischen und internationalen Ordnung gegangen sei wie bei der Öffnung der euro-atlantischen Institutionen nach Mittelosteuropa oder bei der Formalisierung des Dialogs mit Rußland. Dagegen sei der Gestaltungswille „im Bereich militärischer Krisen- und Planungsentscheidungen auf einem zumeist niedrigen Niveau der passiven Anpassung“ verblieben oder habe sich sogar ins Negative gewandt, wenn es um den Einsatz militärischer Mittel gegangen sei wie beim Krisenmanagement in Bosnien. Gleichwohl hätten sich in den 1990er Jahren mit dem Wandel im internationalen Umfeld „die quantitativen und qualitativen Merkmale der deutschen Sicherheitspolitik grundlegend verändert“ (S. 344). Die deutsche Sicherheitspolitik habe, nach dem ihr zugrundeliegenden „Funktionsverständnis“ beurteilt, „der NATO als Instrument des effektiven militärischen Handelns zur Sicherheitswahrung ...

29 Marco OVERHAUS, *Die deutsche NATO-Politik vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus*, Baden-Baden 2009.

keinen hohen Stellenwert“ eingeräumt; Vorrang habe die kooperative Sicherheit als „Strategie der politischen Einflussnahme auf andere Staaten durch gegenseitige Konsultationen und institutionelle Zusammenarbeit“ gehabt.

Die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehrreform nach der Einheit hat *Tom Dyson*, Dozent an der Universität von Surrey, Guilford, in einer Monographie zu seinem Thema gemacht.³⁰ Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist der paradoxe Befund, dass die deutsche Regierung nach der Einheit zwar die gewachsene internationale Verantwortung des Landes in der Außen- und Sicherheitspolitik erkannt und betont habe, zumal im Hinblick auf UN-, EU- und NATO-geführte friedenserhaltende bzw. friedensstiftende Militäroperationen, aber weder der Bundeskanzler noch der Verteidigungsminister daraus die entsprechenden Konsequenzen mit einer Neudefinition der Militärdoktrin und mit der Entwicklung der Bundeswehr zur Berufarmee gezogen hätten. Während in Großbritannien und Frankreich weitreichende Militärreformen vorgenommen worden seien, habe es Deutschland sicherheitspolitisch bei einer „conservative adaptation“ belassen. Im Unterschied zu Studien, die dieses Paradox mit der deutschen „strategic culture“, einem spezifischen Verhalten in Fragen der nationalen Sicherheit also, erklären, stellt der Autor seine Untersuchung auf die „materials factors“ der innen- und finanzpolitischen Zwänge ab (einschließlich der wahlstrategischen Rücksichtnahmen und der Schwierigkeiten mit der Schließung von Bundeswehrstandorten). Die Golfkrise 1990/1991 konfrontierte das vereinigte Deutschland mit der ganz neuen Frage eines Bundeswehreinsatzes „out of area“, die zugleich ein Test auf seine Bündnisloyalität und seine Verpflichtung gegenüber den USA und Israel war. Bundeskanzler Kohl habe auf diese Herausforderung mit der Doppelstrategie reagiert, dass er innenpolitisch kein Risiko durch einen Ausstieg aus dem zwischenparteilichen Konsens hinsichtlich der Bundeswehr eingegangen sei, sich aber außenpolitisch zur Mitfinanzierung einer UN-sanktionierten Intervention bereitgefunden habe. Es sei ihm dabei vor allem darum gegangen, eine Grunddebatte über die Rolle und Struktur der Bundeswehr vor der „Einheitswahl“ im Dezember 1990 zu vermeiden. Dieser schwierige politische Balanceakt habe sich bei den Interventionen in Bosnien und Kambodscha, später in Ruanda und Somalia fortgesetzt, zusätzlich erschwert durch die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Interessen von Partnern in der EU, im besonderen Frankreich, und den USA austarieren zu müssen. In dieser Situation habe Kohl mit Volker Rühe einen neuen Verteidigungsminister berufen, der – politischer agierend als sein Vorgänger Gerhard Stoltenberg – es verstanden habe, die Vertreter der oppositionellen SPD im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages auf die „out of area“-Linie der Bundesregierung zu bringen. Auf Rühes „political man-

30 Thomas DYSON, *The Politics of German Defence and Security Policy. Leadership and Military Reform in the Post-Cold War Era*, Oxford 2007.

agement“ ist die Darstellung der Bundeswehrreformen während der Kanzlerschaft Kohls konzentriert. Sein Ressorthandeln, so meint der Autor, illustrierte geradezu „the arts of ministerial policy leadership“. Die Ersetzung des Generalinspektors Klaus Naumann durch Hartmut Bagger und die Besetzung von Schlüsselstellen des Verteidigungsministeriums durch andere konservative „gate-keepers“ zeigten, dass Rühle die Reformentwicklung der Bundeswehr jederzeit und in der Sache unter politischer Kontrolle halten wollte. Trotz ihrer relativ schwachen Materialgrundlage (Interviews, politikwissenschaftliche Literatur, Presse) kann diese Studie aufgrund ihres fruchtbaren Ansatzes und ihres hohen Reflexionsniveaus als eine Bereicherung des Forschungsstandes gewertet werden.

Ob und wie sich die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung geändert habe oder neu positionieren werde, ist in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur zur Ära Kohl – direkt oder indirekt – eine regelmäßig behandelte Frage, zumal im Ausland, wo Befürchtungen aufkamen, das vereinigte Deutschland als europäische Zentralmacht könnte wieder zu einer hegemonialen Rolle im Sinne einer Renationalisierung drängen. So haben *Katja Weber* und *Paul A. Kowert*, beide Assistenzprofessoren in den USA (Georgia und Florida), in ihrer Studie „Cultures of Order“ die internationalen Ordnungsvorstellungen in den Debatten um West-, Ost- und Deutschlandpolitik von Adenauer bis Schröder analysiert.³¹ Die Verfasser gelangen unter anderem zu dem Ergebnis, dass unter der Kanzlerschaft Kohls der Vorrang institutioneller Einbindung der Bundesrepublik (Europa, NATO) vor der Verfolgung nationaler Positionen für die deutsche Außenpolitik weiterhin bestimmend gewesen sei, und das auch dann, als sich nach der Wiedervereinigung der Gestaltungsspielraum Deutschlands vergrößert habe.

Am unmittelbarsten lassen sich außenpolitische Kurskorrekturen und Akzentverschiebungen durch die Analyse bilateraler Beziehungen beobachten. Nimmt man das deutsch-französische Verhältnis als empfindlichsten außenpolitischen Gradmesser, lässt sich feststellen, dass die Regierung Kohl auch nach der Wiedervereinigung ihrer Rolle als verlässlicher Partner weiterhin verhaftet blieb und von der seit Adenauer gepflegten „Freundschaft“ zu Frankreich nicht im geringsten abwich. Zum deutsch-französischen Verhältnis in der Ära Kohl liegt inzwischen schon eine Reihe wichtiger Arbeiten vor. Das ist insofern nicht erstaunlich, als die enge Kooperation zwischen Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand als Herzstück und Triebkraft („Motor“) des europäischen Integrationsprozesses gilt. Die Würzburger Politikwissenschaftlerin *Müller-Brandeck-Bocquet* hat einen konzentrierten, das bisherige Schrifttum auswertenden Überblick über die französische Europapolitik von

31 Katja WEBER/Paul A. KOWERT, *Cultures of Order. Leadership, Language, and Social Reconstruction in Germany and Japan*, New York 2007.

1946 bis heute verfasst.³² Der Schwerpunkt liegt auf der Politik, die sich auf „die Einigung und Integration Europas im Rahmen von EGKS, EWG/EG und seit 1993 der Europäischen Union (EU)“ bezieht. Es wird danach gefragt, welchen Beitrag Frankreich zum Aufbau des europäischen Einigungswerkes geleistet habe und welche Auswirkungen der Zeitenwende von 1989/1990 auf die französische Integrationspolitik festzustellen seien. Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf der Europapolitik der Präsidenten Mitterrand und Chirac. Die Ausgangssituation sieht die Autorin dadurch gekennzeichnet, dass es trotz der wegweisenden Pläne zur Schaffung eines Europäischen Währungssystems unter Schmidt/Giscard (ab Frühjahr 1978) zu keiner wirklichen Vertiefung der Integration gekommen sei. Die EG verharrte in einer als „Eurosklерose“ bezeichneten Lethargie, „aus der erst das Tandem Mitterrand/Kohl sie befreite.“ Erst als Mitterrand mit Kohl einen adäquaten Partner auf dem Weg zum Ausbau der europäischen Integration bekommen habe, sei Frankreich zu einem „sehr aktiven und verlässlichen EG- bzw. EU-Mitglied“ geworden, das im Zusammenwirken mit der Bundesrepublik Deutschland dem europäischen Einigungsprozess immer wieder neue Impulse gegeben habe. Beide Staatsmänner avancierten zum „couple franco-allemand“ schlechthin. Sie übernahmen durch die Verstärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in umstrittenen Sachbereichen eine Vorreiterrolle für Europa. Als besonderes Beispiel wird die gemeinsame Verteidigungspolitik genannt, deren Institutionalisierung ab Oktober 1982 betrieben worden sei (Ausschuss für Sicherheits- und Verteidigungsfragen, Aufstellung der deutsch-französischen Brigade). „Mit diesen Schritten wurde eine neue Ära der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eröffnet, die alsbald zum Euro-Korps und weiteren multinationalen Verbänden führte“ (S. 70).

Französischerseits wurde die Europapolitik noch einmal deutlich verstärkt, nachdem Mitterrand die Gewissheit gewonnen hatte, dass die Wiedervereinigung nicht zu verhindern sei. Da habe er mit dem „Europäer“ Kohl die europäischen Dinge so weit wie möglich regeln wollen, um nachteilige Auswirkungen der deutschen Einheit für Frankreich abzuwenden. Ihm kam dabei entgegen, dass auch Kohl der Überzeugung war, dass die Wiedervereinigung, das heißt,

32 Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik*. Wiesbaden 2004. – Nach einer Osnabrücker Examensarbeit – ausnahmsweise sei ein solcher Hinweis erlaubt – ist die Hauptleistung der deutsch-französischen Zusammenarbeit während der Ära Kohl/Mitterrand darin zu sehen, das Sonderverhältnis zwischen Bonn/Berlin und Paris auch in dem einschneidend veränderten politischen Kontext nach Ende der Teilung Deutschlands und Europas als europäischen Integrationsmotor durchzugsstark erhalten zu haben. Vgl. Laurence MONTARET, *Die deutsch-französische Achse und ihre Auswirkungen auf den Prozeß der europäischen Integration unter besonderer Berücksichtigung der Ära Mitterrand/Kohl*, Abschlussarbeit im Studiengang Europäische Studien des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück, 1998.

der dadurch bedingte deutsche Machtzuwachs durch eine Vertiefung der europäischen Integration ausbalanciert werden müsse (Regierungserklärung vom 8. November 1989). Das Verhältnis Kohl/Chirac sei anfänglich wegen der außerordentlichen Freundschaft und Nähe, die der Bundeskanzler zu Mitterrand gepflegt habe, „eher distanziert“ gewesen. Den deutsch-französischen Beziehungen der Jahre von 1995 bis 1998 habe daher die „innere Dynamik“ gefehlt. Im Zusammenhang mit dem Amsterdamer Vertrag (2. Oktober 1997) habe Kohl die französischen Vorstellungen über einen substantiellen Ausbau der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) zwar weitgehend unterstützt, aber zugleich habe sich gezeigt, dass Chiracs Intergouvernementalismus mit den auf Vertiefung der Integration gerichteten europapolitischen Konzeptionen seines deutschen Partners wenig kompatibel gewesen sei.

Die 25 deutsch-französischen Gipfeltreffen in der Ära Kohl/Mitterrand hat *Christoph Lind* näher untersucht und ihre Bedeutung als Gradmesser des Bilateralismus zwischen beiden Ländern herausgearbeitet.³³ Die Treffen bildeten jeweils den Höhepunkt der auf allen Ebenen verlaufenden engen Zusammenarbeit über den Rhein hinweg. Obwohl die Einordnung der deutsch-französischen Politik in die internationale Gipfelgeschichte etwas mager ausgefallen ist, erweist sich die Studie als ungemein hilfreiches Nachschlagewerk zu den einzelnen Konferenzen, die der Reihe nach von Nr. 40 (Oktober 1982) bis Nr. 64 (November 1994) jeweils auf sechs bis zehn Seiten zusammengefasst mit ihren Problemen und Ergebnissen im politischen Kontext betrachtet und in ihrer Funktion für die beiderseitige Konfliktbewältigung analysiert werden. Die Gipfel boten nicht nur die Gewähr für einen kontinuierlichen Dialog und Interessenausgleich, sondern besaßen auch eine politische Kontrollfunktion im Hinblick auf die Gefahr, dass sich einer der beiden Partner auf einen Sonderweg begeben würde. Die Kontinuität der Treffen trug nach der Wiedervereinigung auch wesentlich dazu bei, die französischen Sorgen vor einem deutschen Vormachtstreben in Europa zu zerstreuen. In den 1990er Jahren sei die Zusammenarbeit in der gewohnt engen Form fortgesetzt worden, der „Gipfelprozess“ sei „von der Einheit unberührt“ geblieben. Besonders hebt der Autor die oft übersehene Kommunikations- und PR-Funktion der Zusammenkünfte hervor, deren mediale Wirkung dazu genutzt worden sei, um die Öffentlichkeit in beiden Ländern zu beeinflussen und die öffentliche Meinung für die gemeinsam beschlossene Politik zu gewinnen. Die Gipfel seien von beiden Staatsmännern als Führungsinstrument der bilateralen Beziehungen verstanden und gehandhabt worden, als „binationale Kabinettsitzungen“ gleichsam, was sich vor allem beim Werk der europäischen Integration bewährt habe. Das „couple

33 Christoph LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen der Ära Kohl-Mitterrand 1982–1994. Medienspektakel oder Führungsinstrument* (Nomos-Universitätschriften, Politik 78), Baden-Baden 1998.

franco-allemand“ sei kein Mythos, so lautet die Bilanz, die Ära Kohl–Mitterrand habe vielmehr in der Gipfelpolitik „neue Maßstäbe gesetzt, an denen sich ihre Nachfolger messen lassen müssen“ (S. 279).

Die Auswirkungen des Umbruchs von 1990 auf die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen im Prozess der europäischen Integration, in der außenpolitischen Kooperation und in der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungs- sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat *Wichard Woyke* untersucht.³⁴ Seine konspikthafte Studie verdeutlicht, wie sehr die französische Haltung auf all diesen Politikfeldern von dem Interesse bestimmt war, die ökonomisch-politisch vermeintlich stärker gewordene Bundesrepublik irreversibel in den europäischen Strukturen zu verankern und die Balance zwischen Deutschland und Frankreich in der Gemeinschaft aufrechtzuerhalten. Für Frankreich besaß so die Vertiefung der EG eindeutig Priorität vor einer Erweiterung. Die gemeinsame Initiative von Mitterrand und Kohl vom Dezember 1990 zur Verwirklichung der Europäischen Union ebnete den Weg zum Vertrag von Maastricht 1992, dessen „ambivalenter Charakter“ die unterschiedlichen europapolitischen Konzeptionen Frankreichs und Deutschlands erkennen ließ. Einerseits habe er im deutschen Sinne das supranationale Element in der Gemeinschaft gestärkt, andererseits sei in ihm die von Frankreich gewünschte Führungsrolle des Europäischen Rates und damit das intergouvernementale Prinzip gewahrt worden. Die Orientierung Frankreichs an intergouvernementalen Lösungsansätzen zur Weiterentwicklung der EU sei bis zum Amsterdamer Vertrag zu verfolgen.

Die außenpolitische Kooperation Frankreichs und Deutschlands hatte mit der Osterweiterung und mit dem Bosnienkonflikt zwei Bezugfelder, auf denen die Positionen beider Staaten deutlich unterschiedlich waren. Für Frankreich kam es in der Ostpolitik darauf an, eine Erweiterung der EU, die Deutschland womöglich einen exklusiven Einfluss in Mittel- und Osteuropa erlaubt hätte, durch eine Vertiefung auszugleichen. Der Versuch einer gemeinsamen französisch-deutschen Ostpolitik sei allerdings im Ergebnis bescheiden geblieben, wie sich auch an der Zusammenarbeit im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ mit Polen erkennen lasse. In der Bosnienfrage sei es Frankreich vor allem darum gegangen, durch eine aktive Balkanpolitik seinen Rang zu verteidigen. Die Vertrauenskrise, die zwischen Frankreich und Deutschland durch die frühe deutsche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens entstanden sei, habe dazu geführt, dass keine gemeinsame europäische Position zum Krieg auf dem Balkan gefunden werden konnte.

Auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik wie in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben die Differenzen zwischen Frankreich und Deutsch-

34 *Wichard WOYKE, Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*, 2. Aufl., Wiesbaden 2004.

land oft zunächst die Konvergenzen überwogen. Jedoch seien die fundamentalen Übereinstimmungen zwischen den beiden Rheinnachbarn stets so stark gewesen, dass die „immer wieder auftretenden unterschiedlichen Interessen“ ausgeglichen hätten werden können. Denn für beide Partner stelle sich – so heißt es am Schluss dieses als Einführung in die Problematik zu empfehlenden Buches, das auch eine Chronik der deutsch-französischen Beziehungen von 1989 bis 1999 und 23 ausgewählte Dokumente enthält – keine realistische Alternative zur europäischen Integrationspolitik. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland hätten die führenden politischen Akteure erkannt, dass die nationalen Interessen „nur gebündelt in und mit der Europäischen Union durchgesetzt werden können“ (S. 181).

Einen instruktiven militärgeschichtlichen Überblick über die Genese und den Stand der militärischen Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland gibt die Examensarbeit der Ecole Spéciale Militaire de Saint-Cyr von *Nicolas Filser*.³⁵ Er beleuchtet insbesondere die Dynamik der gemeinsamen Initiativen von Mitterrand und Kohl, die durch ihr – keineswegs immer störungsfreies – Zusammenwirken für die deutsch-französische Brigade und das Eurokorps nicht nur die bilateralen Beziehungen in Sicherheitsfragen enger gestalteten, sondern auch den Weg zu einer europäischen Verteidigungsidentität anbahnten. Neben der Aufgabenstellung der deutsch-französischen Einheiten werden auch die Schwierigkeiten in der militärischen Praxis benannt: die sprachlichen Defizite und das Aufeinandertreffen zweier grundverschiedener militärischer Modelle, was Statuten, Dienstvorschriften, Disziplin und Hierarchie, aber auch die Traditionen und soldatischen Tugenden betrifft. Eine ausführliche Chronologie zur Thematik sowie eine Auswahl zentraler Texte und Organigramme runden die ansprechende Arbeit ab.

Dem Spezialthema der deutsch-französischen Sicherheitspolitik ist auch ein gehaltvoller, von *Karl Kaiser* (Bonn) und *Pierre Lellouche* (Paris) herausgegebener Band³⁶ gewidmet, auf den hier gesondert hingewiesen werden soll. Er gehört in die Reihe von Sammelwerken, die in ihren Beiträgen das Forschungsterrain sondieren, die wissenschaftliche Diskussion kanalisieren und so monographischer Bearbeitung das Feld bereiten. Der zeitliche Schwerpunkt der Abhandlungen ist auf die Phase des Aufschwungs der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seit 1982 gelegt. Die Regierung Kohl habe zur Erreichung des Ziels einer dauerhaften deutsch-französischen Kooperation in Sicherheitsfragen ein pragmatisch-empirisches Vorgehen praktiziert (*Lothar*

35 Nicolas Filser, *La coopération militaire franco-allemande et le couple Mitterrand-Kohl (1982–1992)*, Coetquidan 1996.

36 *Deutsch-französische Sicherheitspolitik. Auf dem Wege zur Gemeinsamkeit*, hg. von Karl KAISER und Pierre LELLOUCHE, Bonn 1986 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn); franz. Parallelausgabe im Verlag des ifri, Paris.

Ruehl); die Wiederbelebung des bilateralen Dialogs sei ein Akt des politischen Willens und des politischen Realismus gewesen (*Isabelle Renouard*). Allerdings habe es auch nicht wenige „Zweideutigkeiten“ und Missverständnisse gegeben wie einerseits die „incertitudes allemandes“ (Stationierungsdebatte, deutsche Haltung zur Rüstungskontrolle, „deutsche Frage“) und andererseits der französische „Nuklearnationalismus“ oder die fortdauernde Reserve Frankreich gegenüber der NATO-Integration. Die öffentlichen Debatten in beiden Ländern über die Sicherheitspolitik sind ebenso aufschlussreich und anregend behandelt wie die wichtigsten Themen der gemeinsamen Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion. Auf geradezu spannende Weise fasst ein Kapitel die kontroversen Meinungen zum Problem der französischen Militärmacht und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zusammen (*Pierre Hassner, Uwe Nerlich, François de Rose, Markus Berger, Kurt Becker, François Gorand*). Deutsch-französische Doppelreferate beschäftigen sich mit der jeweiligen Reaktion auf die Initiative zur Strategischen Verteidigung SDI (*Pierre Lellouche und Karl Kaiser*) und mit der Zusammenarbeit im Weltraum (*Michel Guionnet und Werner Rouget*). Der Syntheseversuch zum Schluss bietet Empfehlungen für eine noch größere Konvergenz der „Sicherheitspolitiken“ durch Annäherung der Sicherheitsinteressen beider Seiten auf politischer und konzeptioneller Ebene an. Wenn inzwischen auch einige Probleme und Programmziele infolge des weltpolitischen Zeitenwechsels der 1990er Jahre obsolet geworden zu sein scheinen, bestehen die Interessenlagen und Grundeinstellungen deutsch-französischer Sicherheitsgemeinschaft gleichwohl fort, ja sie haben im Hinblick auf Verführungen zur „Renationalisierung“ der Sicherheitspolitik eher noch an Bedeutung gewonnen.

Das östliche Gegenstück politisch-nachbarschaftlicher Kooperation und Aussöhnung in Europa bildeten in der Ära Kohl die deutsch-polnischen Beziehungen, die bis Ende der 1980er Jahre ja noch von der Ost-West-Auseinandersetzung geprägt waren. Die Polenpolitik der Bundesrepublik von Adenauer bis Kohl hat *Dieter Bingen*, seit 1999 Direktor des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, in einer eindringlichen Studie beleuchtet,³⁷ die zwar mit dem „Fokus auf Intentionalität und Handeln der ‚Regierenden‘ in Bonn“ gerichtet ist und daher überwiegend nur deutsche Literatur- und Quellenbestände ausgewertet hat, aber diese Einseitigkeit mit einem sympathischen Verständnis für die Haltungen und Sichtweisen der polnischen Seite ausgleicht. Die Arbeit ergänzt und bestätigt mit ihren Ergebnissen das Gesamtbild der Außenpolitik in der Ära Kohl. Der Regierungswechsel 1982 von Schmidt/Genscher zu Kohl/Genscher – so wird die Ausgangssituation charakterisiert – habe keine grund-

37 Dieter BINGEN, *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991* (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, Köln 33), Baden-Baden 1998.

sätzliche Korrektur der Bonner Osteuropapolitik bedeutet, aber doch andere Akzentuierungen zur Folge gehabt. Dazu zählt der Verfasser die Betonung der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, die dezidierte Verpflichtung zur deutschen Einheit sowie die Verknüpfung der Deutschlandpolitik samt deren langfristigen Zielen mit der Ostpolitik. Ohne die Priorität der Beziehungen zur Sowjetunion zu relativieren, habe die neue Regierung Kohl/Genscher sich verstärkt darum bemüht, Polen von der Aufrichtigkeit ihrer Politik der Überwindung des Feindbildes zu überzeugen. Auch sei die symbolische Solidarisierung mit der oppositionellen Bewegung in Polen eindeutiger ausgefallen als bei der Regierung Schmidt. Seit 1985 habe die Perestroika-Politik Gorbatschows in der Sowjetunion auch einen Wandel in der Polenpolitik begünstigt, weil damit der polnischen Führung klar geworden sei, dass sie von ihrer defensiven Status-Quo-Orientierung früher oder später abkommen müsse. Zusätzlich habe die deutsch-deutsche Annäherungspolitik (Bonn-Besuch Honeckers 1987) für Druck auf die Polen gesorgt.

Das zähe Bemühen der Bonner Regierung um Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses, das durch ein besonderes Engagement des Bundespräsidenten von Weizsäcker unterstützt wurde, gipfelte dann im Besuch Bundeskanzler Kohls in Polen im November 1989, der zeitlich mit den Anfängen der ersten nichtkommunistischen Regierung in Warschau und mit der Berliner Maueröffnung zusammenfiel. Die Gemeinsame Erklärung Kohls und Mazowieckis sowie die zahlreichen Vereinbarungen, die während dieses Staatsbesuchs unterschrieben wurden, „spiegelten den Beginn einer Wende wieder, nach der die bundesdeutsche Politik intensiver Kooperation, die 40 Jahre mit den westlichen Nachbarn so erfolgreich betrieben wurde, auch im Verhältnis mit Polen die Grundlage für eine Partnerschaft in einem nicht mehr geteilten Europa schaffen sollte“ (S. 258). Ein faktisches Zusammenwirken von Außenminister Genscher, der erfolgreich auf der diplomatischen Ebene agierte, von Bundespräsident von Weizsäcker, der bei seinem Staatsbesuch im Mai 1990 beruhigend auf die Polen einwirkte, und von Bundeskanzler Kohl, der mit seinem Verhalten in der Grenzfrage die Vertriebenenverbände und die national-konservativen Kreise der Unionsparteien einbinden oder neutralisieren konnte, kam zustande.

Komprimiert und ausgewogen ist das Problem der Oder-Neiße-Grenze in seiner komplizierten Verflechtung mit dem Zwei-plus-Vier-Prozess behandelt. Es wird auch deutlich, wie sehr die Klärung der Rechte der deutschstämmigen Minderheit in Polen der Bundesregierung am Herzen lag. Die deutsch-polnischen Verträge, die trotz immer neuer Schwierigkeiten und Verzögerungen am 14. November 1990 (Bestätigung der bestehenden Grenze) und 17. Juni 1991 (gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit) zum Abschluss kamen, besiegelten das Ende der Nachkriegszeit im Verhältnis zwischen beiden Ländern und schufen das Fundament für eine bis dahin für un-

denkbar gehaltene Partnerschaft in einem sich neu integrierenden Europa. Der Verfasser verbirgt nicht, dass nicht nur eine Polen grundsätzlich wohlgesonnene Politik, sondern auch das „nationale Interesse“ Deutschlands zu diesem positiven Ergebnis führte. Die deutsche Polenpolitik habe damit „einen Grundstein zur Stabilisierung und Integration Ostmitteleuropas (ge)legt, um so den deutschen und europäischen Handlungsspielraum im herannahenden Zeitalter der Globalisierung der Außen- und Wirtschaftspolitik zu erhalten“ (S. 331).

Diese ersten Untersuchungen zur Außenpolitik der Ära Kohl wecken im Leser oft Assoziationen mit Expeditionen der frühen Entdeckungsgeschichte, die ungenügend ausgerüstet in schwer zugängliche Regionen vorstießen und scheiterten. Die Bochumer Dissertation von *Alexander Refflinghaus* versucht angesichts der „Bedeutung der deutsch-türkischen Beziehungen, vor allem für die Bundesrepublik Deutschland“ der Türkeipolitik der Regierung Kohl auf den Grund zu gehen.³⁸ Ihre Materialgrundlage beschränkt sich im Wesentlichen auf Presseartikel – reduziert auf FAZ und SZ – sowie auf Veröffentlichungen des Deutschen Bundestages (Stenographische Berichte), die nach den vier Wahlperioden der Kanzlerzeit Kohls auf die Themen Demokratie, Menschenrechte, Kurdenfrage und türkische Außenpolitik hin abgefragt werden. Die „Funde“ sind jeweils in chronologischer Aneinanderreihung und in indirekter Redeform referiert wiedergegeben. Die bilateralen Beziehungen werden in der Entwicklung von ihrer Renormalisierung mit dem Ende des Militärregimes bis zum Zerwürfnis wegen des EU-Beitritts geschildert. Einen Schwerpunkt bilden dabei das Kurdenproblem und die daraus erwachsenden Belastungen des gegenseitigen Verhältnisses. Die sieben in der Einleitung formulierten Hypothesen werden „durch die Ergebnisse der Untersuchung überwiegend bestätigt“. Danach beruhte das deutsche Interesse an guten Beziehungen zur Türkei sowohl auf der Gemeinsamkeit der NATO-Mitgliedschaft als auch auf der Existenz einer türkischen Minderheit in Deutschland. Unter beiden Aspekten ging die Grundtendenz der deutschen Politik deshalb dahin, die innere Konsolidierung der Türkei zu unterstützen und ihr bei der Annäherung an Europa zu helfen. In den Beziehungen zur EU sei die Bundesrepublik für die Türkei der wichtigste Partner geblieben, ungeachtet der Tatsache, dass sich die Regierung Kohl gegen die Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus ausgesprochen habe. Dabei stellte das Kurdenproblem eine Belastung dar, veränderte aber die Haltung Bonns gegenüber Ankara nicht grundsätzlich. Allerdings habe die Bundesregierung wegen der Menschenrechtssituation in der Türkei, die für alle Parteien und die deutsche Öffentlichkeit wichtig gewesen sei, auf diplomatischem Wege gelegentlich Druck auf Ankara ausgeübt. Von einer deutschen Schaukelpolitik gegenüber der Türkei

38 Alexander REFFLINGHAUS, *Deutsche Türkeipolitik in der Regierungszeit Helmut Kohls, 1982 bis 1998. Regierung, Bundestag, Presse*, Berlin 2002.

könne jedoch keine Rede sein. „Die deutsche Türkeipolitik war und ist vielmehr von Kontinuität geprägt“ (S. 314).

Eine Aufsatzsammlung, die Genschers politischen Weg von seinen frühen Bonner Stationen bis zum „Außenminister deutscher und europäischer Einheit“ (Kap. 3) beleuchtet, hat *Hans-Dieter Lucas* herausgegeben,³⁹ der ehemalige Leiter des Persönlichen Büros Genschers. Mitarbeiter sind neben namhaften Journalisten (u. a. *Robert Leicht*) und Angehörigen des Auswärtigen Dienstes überwiegend Professoren der Politikwissenschaft und der Geschichte (u. a. *Ernst-Otto Czempel*, *Christian Hacke*, *Wolfgang Mommsen*). Das Buch ist als Huldigung für Genscher konzipiert, der als „Architekt einer Zivilmacht Europa“ (*Wolfgang Wessels*), als „Lotse im europäischen Gezeitenwechsel“ (*Stephen F. Szabo*), als „Visionär der Außenpolitik in einer demokratischen Weltgesellschaft“ (*Wolfgang Mommsen*) und was der schmückenden Beinamen mehr sind, gefeiert wird. Ausgang ist die Feststellung, dass die Bonner Außenpolitik zumeist den jeweiligen Bundeskanzlern zugeschrieben werde und die Rolle der Außenminister vergleichsweise wenig Beachtung gefunden habe. Gegen diese „Kanzlerperspektive“, die sowohl die Position des Außenministers in Koalitionsregierungen, wenn der kleinere Koalitionspartner den Ressortchef stellt, als auch die sozusagen strukturelle „tagtägliche Einflussnahme“ des Außenministers und des Auswärtigen Amtes auf den Gang der deutschen Außenpolitik vernachlässigt, schreiben fast alle Autoren des Bandes an. Die „bis heute spürbaren konzeptionellen und modernisierenden Impulse“, die Genscher als Außenminister der deutschen Außen- und Europapolitik gegeben hat, werden herausgestellt. Der „Genscherismus“ wird, positiv als Politik des fairen Interessenausgleichs und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb eines Systems globaler Interdependenz definiert, zum Signum der Epoche erhoben. So wird konsequent die Politik der Bundesrepublik seit 1974, als Genscher das Außenressort übernahm, als Politik der Regierungen Schmidt/Genscher bzw. Kohl/Genscher beschrieben. Sogar die „Ära“ Kohl/Genscher wird eingeführt. Der Beitrag von *Richard Kiessler* (Chefredakteur der NRZ) über Außenpolitik als ‚Public Diplomacy‘ zeigt auf höchst interessante Weise den Stil Genschers, durch Worte Politik zu machen, sowie die ausgefuchste Öffentlichkeitsarbeit für ihn, mit der die Medien instrumentalisiert wurden.

Im Hinblick auf die außenpolitische Thematik sind auch noch einmal zwei im letzten Literaturbericht zur Ära Kohl vorgestellte Titel zu nennen: zum einen die Studie von *Stefan Fröhlich*,⁴⁰ der das Regierungshandeln in den acht-

39 Hans-Dieter LUCAS (Hg.), *Genscher, Deutschland und Europa* (Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn 50), Baden-Baden 2002.

40 Stefan FRÖHLICH, ‚Auf den Kanzler kommt es an‘. *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiederver-*

ziger Jahren anhand der Fallbeispiele Rüstungskontrollpolitik (NATO-Doppelbeschluss und die Folgen, Debatte um die Modernisierung der Kurzstreckenwaffen und das INF-Abkommen), Europapolitik (Einheitliche Europäische Akte, Wirtschafts- und Währungsunion) und Deutschlandpolitik (Zehn-Punkte-Programm, Zwei-plus-Vier-Verhandlungen) untersucht hat und zu dem Ergebnis gelangt, dass dabei eine „graduelle Gewichtsverlagerung in der Außenpolitik vom Auswärtigen Amt hin zu einer verstärkten Führungsrolle auch des Bundeskanzlers bzw. des Bundeskanzleramtes“ erfolgt sei, die durch die verstärkte Gipfeldiplomatie und den Koordinationsbedarf der verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen befördert wurde; zum anderen der 1995 erschienene Tagungsband der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft⁴¹ mit seinem internationalen Teil, dessen Beiträge die Aspekte des Umbruchs von 1989/90 für Europa beleuchten. Konkret geht es unter anderem um den Beitrag, den die EU zur Stabilisierung der Reformen in Mittel- und Osteuropa leisten könne (*Gerda Zellentin*), um die Rolle der EU im neuen Ost-West-Verhältnis (*Lothar Brock*) und um Europa als internationaler Akteur (*Hanns W. Maull*).

Europapolitik

Die Wissenschaft hat bei der Erforschung der Ära Kohl von allen Gegenstandsbereichen neben der Deutschlandpolitik das Politikfeld Europa am meisten und intensivsten bearbeitet. Dieses besondere Interesse erstaunt nicht, denn es entspricht sowohl der historischen Rolle Kohls als „Vater des neuen Europas“ – so würdigten ihn zum 80. Geburtstag die SZ⁴² und andere Stimmen –, als auch der Bedeutung Europas als Rahmen nationaler Politik. Bereits in den frühen 1990er Jahren hat die bei Werner Weidenfeld entstandene Dissertation von *Eckart Gaddum* einen hohen Maßstab für die Erforschung der Europapolitik der Regierung Kohl gesetzt.⁴³ Seine vorbildliche Studie, die sich auf die Zeitspanne von 1982 bis 1988 bezieht, grob gesehen also auf die Periode zwischen den ersten beiden europäischen Ratspräsidentenschaften, die Kohl als deutscher Regierungschef innehatte – eine dritte sollte er noch einmal 1994 ausüben – gelangt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die deutsche Europapo-

einigung, Paderborn 2001. – Siehe: *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil* (wie Anm. 11), S. 496f.

41 *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, hg. von Gerhard LEHMBRUCH (19. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW, August 1994), Opladen 1995. – Siehe: *Die Ära Kohl. Ein Literaturbericht. Zweiter Teil* (wie Anm. 11), S. 474.

42 Heribert PRANTL, *80 Jahre Helmut Kohl*, in: „Süddeutsche Zeitung Magazin“ vom 12.3.2010, S. 32–37.

43 Eckart GADDUM, *Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren. Interessen, Konflikte und Entscheidungen der Regierung Kohl* (Studien zur Politik 22), Paderborn 1994.

litik in diesen achtziger Jahren führend dazu beigetragen habe, „die Perspektiven eines vollendeten Binnenmarktes und einer Währungsunion zu eröffnen. Sie hat damit die Tagesordnung der EG in den neunziger Jahren entscheidend vorbereitet“ (S. 370).

Gaddum geht das hochkomplexe Thema klugerweise mittels Fallstudien an. Komplexität verlangt nach Reduktion. Als Beispielfälle werden die Integration des Agrarsektors, die institutionelle Reform der EG durch die Einheitliche Europäische Akte und die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion untersucht, und zwar anhand von Leitfragen nach den jeweiligen Interessenlagen, Konfliktmustern und Entscheidungsprozessen. Das Resultat besteht in der Erkenntnis, dass es in der deutschen Europapolitik zwischen 1982 und 1988 weder bei den konkreten Interessen noch beim Einfluss des innerstaatlichen und gemeinschaftspolitischen Umfelds konstant gültige Muster bzw. Konstellationen gab und dass bei der Entscheidungsfindung das Bundeskanzleramt (Kohl) und das Auswärtige Amt (Genscher) als „zentraler Problemlösungsfilter“ fungierten, als „Schleuse zwischen sektoral orientierten Interessen und in der Gemeinschaft durchsetzbaren Positionen“ (S. 366). Das „integrationspolitische Primat“ der Akteure Kohl/Genscher habe sich gegenüber den Ressorts und der Bundesbank als „durchsetzungsstärkstes Interesse deutscher Europapolitik“ erwiesen. Die deutsche Europapolitik nach dem Regierungswechsel von 1982 habe sich nicht in der Reihenfolge von innenpolitischem Interessenclearing zum Agieren auf Gemeinschaftsebene vollzogen, sondern mit einem überwiegend taktischen Vorgehen im umgekehrten Ablauf oder in Parallelität beider Entscheidungsprozesse.

Die deutsche Agrarpolitik sei in den 1980er Jahren von zwei gegenläufigen Interessenströmungen geprägt gewesen: von den integrations-skeptischen und reformunwilligen Kräften, die traditionell auf eine einkommensorientierte Hochpreispolitik bei möglichst unbegrenzter Abnahmegarantie fixiert waren, und von den gemeinschaftsorientierten Kräften, die sich um vitale deutsche Interessen wie außenpolitische Handlungsfähigkeit, sicherheitspolitische Berechenbarkeit und haushaltspolitische Konsolidierung für eine Wiederbelebung des Integrationsprozesses stark machten. Mit der Regierung Kohl sei die „bewegende Kraft“ von den nationalen Agrar- wieder auf die Integrationsinteressen verlagert worden. Die agrarpolitische Konsensfindung ging aus dem Kreis der Agrarexperten auf den Rat der Staats- und Regierungschefs über. Die erste Akzentsetzung für dieses gewandelte gemeinschaftsorientierte Handeln sei schon auf dem Stuttgarter Ratstgipfel 1983 erfolgt. Dabei habe die Bundesregierung auch ihre finanziellen Möglichkeiten verhandlungstaktisch eingesetzt.

Ein auffällig neues Element der deutschen Europapolitik der Regierung Kohl sei auch „die intensive Wahrnehmung bilateraler Gespräche auf europäischer Ebene“ gewesen, wie sie vor allem der Bundeskanzler zu Verhandlungs-

durchbrüchen genutzt habe. In der „Unterordnung agrarsektoraler Interessen unter das Primat des Krisenmanagements“ und in der „Etablierung der Paketlösungsstrategie“ durch ein Wechselspiel von Konzession und Interessenwahrung, anders gesagt in der „pragmatischen Integration dessen, was europapolitisch erreichbar“ gewesen sei, wird die wesentliche Leistung der Kohl-Regierung im Fall des Agrarsektors gesehen.

Auch beim Zustandekommen der Einheitlichen Europäischen Akte hat die deutsche Seite – „das Gespann Kohl/Genscher“ – entscheidend mitgewirkt, ebenfalls an den vorausgegangenen Rahmenbeschlüssen. Dabei sei die deutsche Position von dem langfristigen politischen Einigungsziel und einem auf Realisierbarkeit zielenden Pragmatismus geprägt gewesen. So erklärt es sich, dass die deutsche Europapolitik keinem festgelegten Programm folgte, sondern sich „als eine Fülle nicht notwendigerweise im Zusammenhang zu betrachtender und zu behandelnder Ziele“ (S. 277) darstellte.

Nach dem Regierungswechsel von 1982 habe sich eine „stabile Achse Kanzleramt-Auswärtiges Amt“ formiert, was sich insbesondere zugunsten institutioneller Reformen in der Europapolitik auswirkte. „Europäische Integration wurde zu einem primären Thema deutscher Außenpolitik erklärt“. Seit 1984, nach einer Schwächephase, wurde die deutsch-französische Zusammenarbeit durch die Achse Kohl-Mitterrand zum tragenden Element der europäischen Reformentscheidungen, die allerdings nicht nach einem verbindlichen Reformfahrplan zustande kamen, sondern sich eher der geschickten Nutzung von Verhandlungsspielräumen durch die deutsche Seite verdankten. Die Währungsunion wird für die Bundesrepublik zu Beginn der 1980er Jahre als ungeliebtes Kind der europäischen Einigungspolitik charakterisiert, weil sie ein ganzes Bündel brisanter innen- und gemeinschaftspolitischer Konfliktpotentiale enthalten habe. Darunter zählt der Verfasser den unentschiedenen Methodenstreit zwischen Monetaristen und Ökonomen, die möglichen Belastungen der deutsch-französischen Beziehungen, die Frage der DM-Stabilität sowie die Spannungen, die sich aus der „bipolaren währungspolitischen Orientierung“ der Bundesrepublik zum Dollar und zum EWS ergaben. Der von der Kohl-Regierung zunächst verfolgte ökonomistische Kurs, der auf eine Integration im Währungssektor durch die Kräfte des Marktes setzte, war allerdings europapolitisch nicht kompromissfähig. Das marktorientierte Konzept war „ein Konzept der Experten, nicht der Europapolitiker“ (S. 355). Die Studie macht deutlich, dass die Überwindung dieser Grundschwierigkeiten in den 1980er Jahren schließlich durch die Verlagerung des Entscheidungszentrums vom Zentralbankrat und dem in der Währungspolitik federführenden Finanzministerium zur Bundesregierung, „von den Experten weg und zu den Außenpolitikern im Kanzleramt...“, gelang.

Die Münsteraner Dissertation von *Henrik Meyer* hat die Europapolitik der Ära Kohl „unter dem spezifischen Aspekt des Zusammenwirkens von poli-

tischem Umfeld und europapolitischen Leitbildern“ (S. 21) untersucht.⁴⁴ In einem recht gekünstelten Ansatz werden, ausgehend von den staatlichen Oberzielen der Bundesrepublik Deutschland und den europapolitischen Leitbildern der Akteure und der Öffentlichkeit, die „Richtung und Entschlossenheit“ der europäischen Integrationspolitik der Regierung Kohl mit Hilfe des Begriffs des Umfeldes als der „Summe von sich wandelnden politischen Strukturen, Beziehungen und Konstellationen, welche den politischen Rahmen für die Entscheidungsfindung ... bilden“, zu erklären versucht. Das sieht konkret so aus, dass die 16 Jahre Regierungszeit Kohls in neun Untersuchungsabschnitte zerlegt werden und der Verlauf der europäischen Integration in den einzelnen Phasen ganz schematisch nach den Entwicklungen und Kräften des EG-System-Umfeldes abgefragt wird, wobei jeweils eine Sortierung nach innen-, außen- und europapolitischen Bestimmungsfaktoren erfolgt. Für die Innenpolitik sind dies das Regierungslager, die dominierenden innenpolitischen Themen, die europapolitische Übereinstimmung der Regierungsparteien und das öffentliche Meinungsbild, für die Außenpolitik unter anderem die regionale Bedeutung des Landes, die sicherheitspolitische Lage, die bilateralen Beziehungen sowie die weltwirtschaftliche Entwicklung und für die Europapolitik vor allem das Integrationsstadium, die Agenda der Gemeinschaft bzw. Union, der Kurs der anderen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission wie auch die Auswirkungen des Ratsvorsitzes.

Wie bei nicht wenigen politikwissenschaftlichen Arbeiten verhält sich das Untersuchungsergebnis auch hier umgekehrt proportional zum Aufwand der Fragestellung. Es werden imponierende theoretische Kulissen aufgebaut, vor denen dann aber nur ein mäßiges Stück zur Aufführung kommt. Die Ergebnisse, die zusammenfassend festgehalten werden, laufen auf Gemeinplätze hinaus, die von jedem historisch-politischen Zusammenhang absehen und infolge konzessiver Aussagen zudem häufig ins Banale abgleiten. In den 1980er Jahren hätten danach die europapolitischen Leitbilder „keinen nach außen sichtbaren Schwankungen“ unterlegen, die etwa durch Veränderungen des politischen Umfeldes veranlasst worden wären. Die „Oberziele“ Sicherheit und Wirtschaftswachstum hätten weitergehende Integrationsschritte unabweislich gemacht. Nach der EG-Reform durch die Einheitliche Europäische Akte (Mai 1986) sei allerdings bei der Bundesregierung eine deutliche Verlangsamung der Einigungsbemühungen in Richtung europäischer Währungsunion festzustellen. „Helmut Kohl wollte bei einem derart schwerwiegenden Integrations-schritt, den er grundsätzlich unterstützte, zunächst Vorsicht walten lassen“ (S. 224). Insgesamt habe das außenpolitische Umfeld aufgrund der relativen

44 Henrik MEYER, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Die Auswirkungen des politischen Umfeldes auf die Integrationsbereitschaft der Bundesregierung* (Schriftenreihe Politikwissenschaft 5), Berlin 2004.

Stabilität des Ost-West-Gegensatzes und des Zusammenspiels von Bonn und Paris stimulierend auf die deutsche Europapolitik eingewirkt. Innenpolitisch habe es weder im Regierungslager noch im parlamentarischen Raum ernsthafte europaskeptische Stimmen gegeben, und auch die Zustimmung der Bevölkerung sei „recht hoch“ gewesen. In den 1990er Jahren, nach dem Zustandekommen des Vertrags von Maastricht seien Umfeldbedingte Modifikationen der Integrationspolitik Kohls zu verzeichnen. Durch die deutsche Einheit hätten nationale Anliegen einen anderen Stellenwert bekommen als in den Jahrzehnten zuvor. Ferner sei in der Bevölkerung wegen der Währungsunion und die Sorge um die DM eine skeptische Grundstimmung aufgekommen. Die Arbeit lässt keinen Zweifel daran, dass Kohls Engagement für die Weiterentwicklung der EU, den Leitbildern wie den Aktivitäten nach, unverändert blieb. Sein besonderes Bemühen um die Währungsunion wird darauf zurückgeführt, dass zum einen mit ihrer Verwirklichung alle Befürchtungen zerstreut werden sollten, „ein wiedervereinigtes Deutschland könnte in Europa die Führung an sich reißen“, zum anderen Kohl die Währungsunion als „historische Mission“ begriffen habe, mit der er „in die Geschichtsbücher eingehen wollte“ (S. 372).

Die Europapolitik ist für die Geschichts- und Politikwissenschaft nicht zuletzt deshalb ein ungewöhnlich komplexer und damit auch unvergleichlich faszinierender Untersuchungsgegenstand, weil dieses Europa in seiner Nachkriegsentwicklung von mehr als einem halben Jahrhundert über den Rahmen des nationalen Interesses der Mitgliedstaaten hinausgewachsen ist und nun als selbständige Größe mit eigenen Notwendigkeiten und Ansprüchen, mit einer „Gemeinschaftsräson“ mit im Spiel ist. Auf exemplarische Weise hat das die Studie von *Hans Stark*, seit 1991 Leiter des Comité d'études des relations franco-allemandes (Cefra) im Pariser Institut français des relations internationales (ifri), über die deutsche Europapolitik der Ära Kohl in ihrer Problemstellung berücksichtigt.⁴⁵ Ohne explizite theoretische Etikettierung, bei der oft nur viel Wissenschaft draufsteht, während dann wenig drin ist, besticht sie durch zuverlässige Materialverarbeitung, Analyseprägnanz und verstehende Interpretation. Die Zentralperspektive ist dabei die französische, das heißt, dass mit der Darstellung der deutschen Politik zugleich auch die französische und im weiteren Sinn die westeuropäische verdeutlicht wird.

Die Arbeit versucht eine Ortsbestimmung der Europapolitik der Regierung Kohl vor und nach der Wiedervereinigung: Im ersten Teil wird die europäische Integrationspolitik Kohls „du déclin au renouveau“ (1982–1991) geschildert, im zweiten Teil die deutsche Europapolitik „entre vocation supranationale et repli intergouvernemental“ (1992–1998). Dem Verfasser geht es dabei vor allem um die Frage, ob das Ende der bipolaren Ära mit der deutschen Einheit

45 Hans STARK, *Helmut Kohl, l'Allemagne et l'Europe. La politique d'intégration européenne de la République fédérale 1982–1998*, Paris 2004.

und dem Zusammenrücken von West- und Osteuropa die deutsche Politik im Prozess der „construction européenne“ verändert habe. Welches Gewicht komme den Elementen der Kontinuität und denen des Wandels in Kohls Europapolitik zu? Entgegen allen Prognosen und Analysen der neorealistischen Schulen strenger und gemäßigter Observanz vermag Stark überzeugend nachzuweisen, dass sich das wiedervereinigte Deutschland unter der Kanzlerschaft Kohls vom Ziel der Europäischen Union nicht fortbewegte und die Integrationskonzepte der 1980er Jahre für seine Regierung weiter maßgebend geblieben sind. Die deutsche Politik sei ohne „rupture“ auf der Gemeinschaftsline geblieben. Das Interesse der anderen Gemeinschaftsmitglieder, allen voran Frankreichs, die größer gewordene, das europäische Gleichgewicht gefährdende Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch fester im Integrationswerk zu verankern, habe mit der Politik Kohls korrespondiert, durch Stärkung des „caractère européen“ Deutschlands traditionelle deutsche Belange wie Subsidiarität, Regionalismus und Stabilität in die Integration einzubringen. Selbst da, wo Deutschland wie bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sein monetäres Modell durchgesetzt habe, sei dies nicht als Rückkehr zur klassischen Machtpolitik zu deuten, sondern mit einem Verzicht auf monetäre Souveränität und mit dem Opfer der DM verknüpft gewesen. Kohl habe auch nicht versucht, den Europäischen Rat zu stärken und für Deutschland mehr Stimmen als die anderen großen Mitgliedstaaten auszuhandeln. Ebenso wenig sei der deutsche Einfluss durch die erweiterten Befugnisse des Europäischen Parlaments und die größere Rolle der Kommission wesentlich gesteigert worden. Die Europapolitik der Regierung Kohl sei auf der Linie der Kontinuität geblieben; selbst im Währungsbereich, in dem die deutsche Haltung – häufig als „Diktat“ der Bundesbank denunziert – ihren Grund nicht etwa in veränderten Machtverhältnissen nach der wiedererlangten Einheit hatte, sondern wie schon in den 1980er Jahren der „alten“ Bundesrepublik“ in der Kraft der deutschen Wirtschaft.

Institutionell sei für die föderale Organisation der Europäische Union auch nicht das Modell des deutschen Bundesstaates maßgebend geworden, sondern Deutschland habe sich umgekehrt den Vorstellungen einer EU „de nature gouvernementale“ angeschlossen. Zu Recht warnt der Verfasser aber vor einer schematischen Unterscheidung zwischen einer supranationalen Gemeinschaftspolitik der „alten“ Bundesrepublik und einer dezidiert pro-gouvernementalen des vereinigten Deutschlands. Die deutsche Zurückhaltung in den Fragen der institutionellen Vertiefung der EU und der Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen bei den Regierungskonferenzen zwischen dem Turiner Gipfel 1996 und dem Vertrag von Amsterdam 1997 sei keineswegs auf ein nachlassendes Europa-Engagement oder sogar auf ein europapolitisches „Revirement“ des vereinigten Deutschlands zurückzuführen, sondern habe als Konsequenz einer notwendig gewordenen Interessen- und Positions-

abstimmung zwischen Paris (Chirac!) und Bonn zu gelten. Die Schlussfolgerungen dieser aufschlussreichen Arbeit gehen dahin, dass weder neorealistiche noch transnationalistische Erklärungsansätze ausreichen, um die Politik der „construction européenne“ der Regierung Kohl nach Motiven, Strukturen und Entwicklungen zu verstehen. Die deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl zeige zwischen 1982 und 1998 eine große Kontinuität, denn sie habe auf Grundsätzen und dauerhaften Faktoren, auf einem institutionellen Gerüst, auf einer Vielzahl interdependenter Verknüpfungen und auf einem unterstützenden Handeln privater Akteure (*acteurs privés*) beruht. Wer über die Europapolitik in der Ära Kohl arbeitet, ist gut beraten, sich mit dieser Studie als Einstieg zu beschäftigen; sie informiert zugleich kompetent über die deutsch-französischen Beziehungen dieser Zeit, ordnet Detailaspekte wie beispielsweise das Schäuble/Lamers-Papier von 1994 in ihren größeren europapolitischen Zusammenhang ein und diskutiert die wichtigsten wissenschaftlichen Thesen zur deutschen Rolle in Europa nach der Wiedervereinigung.

Auf die Europapolitik der Regierung Kohl im Prozess der Osterweiterung geht die Studie von *Stephen Collins* ein.⁴⁶ So vielversprechend ihre Fragestellung ist, so enttäuschend ist sie aufgrund ihrer „scholastischen“ Herangehensweise. Denn jeder Arbeitsschritt wird umständlich beschrieben. Der Leser erfährt von Kapitel zu Kapitel, was der Autor zu tun gedenkt, was er gerade tut und was er getan hat. Das mag zwar akademischen Graduierungskriterien genügen, nicht aber den Maßstäben internationaler Forschung. Durch zahlreiche Wiederholungen wird der Untersuchungsgegenstand derart in die Länge gezogen, dass das Endresultat recht dünn ausfällt. Theoretical framework ist allemal wichtiger als empirischer Befund. Es geht konkret um die Untersuchung der innen- und außenpolitischen Einflüsse auf das Entscheidungshandeln der Bundesregierung (*policy-making*) in den EU-Beitrittsverhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Staaten. Im Mittelpunkt steht dabei die Ausübung der Richtlinienkompetenz (*agenda management*) durch Bundeskanzler Kohl in diesem Prozess. Die Ausgangshypothese, dass eine Kluft zwischen der Erweiterungsrhetorik des Bundeskanzlers und seiner Fähigkeit zur institutionellen Steuerung des europäischen Integrationsprozesses bestünde, wird falsifiziert. Tatsächlich habe die Bundesregierung die Politik der Erweiterung sowohl administrativ wie auch parlamentarisch und selbst im internationalen Rahmen der EU „managen“ können und Kohl sei so bei wichtigen Gipfelmeetings ein erfolgreicher Anwalt der beitriftswilligen Länder Osteuropas gewesen.

Ein Abriss der „Europapolitik unter Helmut Kohl“ findet sich, von *Ulrike Keßler* verfasst, in dem von *Gisela Müller-Brandeck-Bocquet* herausgege-

46 Stephen COLLINS, *German policy-making and eastern enlargement of the EU during the Kohl era: managing the agenda?*, Manchester 2002.

benen knappen Kompendium der bundesrepublikanischen Europapolitik.⁴⁷ Der Überblick von der europapolitischen „Relance“ 1982/83 bis zum Vertrag von Amsterdam 1997 und zur Osterweiterung gelangt zu dem Ergebnis, dass die Europapolitik Kohls, gemessen an seiner anfänglichen Zielsetzung und Europarhetorik, ein ambivalentes Bild abgebe. Es fallen Worte wie „glanzlos“ und „suboptimal“. Seine Politik sei von Pragmatismus und Orientierung am Konsensfähigen bestimmt gewesen. Für die letzten Jahre seiner Regierung lasse sich sogar eine Europapolitik mit „angezogener Handbremse“ feststellen, so als ob sich auch bei ihm eine „gewisse Ernüchterung im Hinblick auf die Realisierbarkeit seiner Ziele“ eingestellt hätte (S. 167). Auf die Integrationspolitik der deutsch-französischen Achse hätten als bremsende Kräfte die Bundesländer, die Bauernlobby und die skeptische öffentliche Meinung eingewirkt. Das Urteil der Geschichte ergeht im Lichte jeweiliger Gegenwart. Unter dem Eindruck der akuten europäischen Krise zögert man daher, diesen Beitrag mit seiner leisen Kritik an der Europapolitik der Ära Kohl als belanglos abzutun.

Die Rolle Kohls als „Baumeister Europas“ hat *Hanns Jürgen Küsters*⁴⁸ in einem Festschriftbeitrag von den unterschiedlichsten Problemstellungen her „hinterfragt“ (Periodisierung, Grundüberzeugungen und Zielvorstellungen, internationale Rahmenbedingungen, Integrationsstrategie und Entscheidungsprozesse). Als Ergebnis diagnostiziert er in der Forschung ein noch wenig gefestigtes Urteil über die europapolitische Leistung Kohls („... die Konturen bleiben verschwommen“), hebt aber zugleich als sicher hervor, dass „diese gewichtige Figur“ sechzehn Jahre lang in der Geschichte Europas „eine nicht zu unterschätzende, vorantreibende Kraft auf dem Weg zur europäischen Einigung“ gewesen sei. Historikern, die sich an die Erforschung der Europapolitik in der Ära Kohl machen, sei empfohlen, es mit diesem Aufsatz als Begleiter zu tun.

Die deutsche KSZE-Politik im Zeitraum des 2. und 3. Folgetreffens (Wien 1986 bis Helsinki 1992) hat *Ralf Roloff* in seiner Dissertation (Trier) umsichtig

47 Ulrike KEBLER, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Europäische Integration als „kategorischer Imperativ“?*, in: *Deutsche Europapolitik von Adenauer bis Merkel*, hg. von Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET u. a., 2. akt. und erw. Aufl., Opladen 2010, S. 119–171. – Für die erste Hälfte der Ära Kohl ist dazu als „Korreferat“ zu lesen: Melanie PIEPENSCHNEIDER, *Die Europapolitik Helmut Kohls 1982–1989*, in: *Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien. Darstellungen und Dokumente zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge*, hg. von Günter RINSCHKE, Köln 1997, S. 77–88.

48 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Helmut Kohl. Architekt der europäischen Einigung? Betrachtungen zur Erforschung seiner Europapolitik*, in: Mareike KÖNIG/Matthias SCHULZ (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Festschrift für Wolf D. Gruner zum 60. Geburtstag*, Wiesbaden 2004, S. 221–237.

beleuchtet.⁴⁹ Verfolgt wird die Entwicklung der KSZE vom internationalen „Regime“ (Stephen David Krasner) eines Modus Vivendi im bipolaren System des Ost-West-Gegensatzes bis zur Institutionalisierung als Instrument kooperativer Sicherheit und gesamteuropäischer Stabilitätspolitik. Dabei ist die Schlüsselfrage, wie leistungsfähig unter tendenziell instabilen Bedingungen eine multilateral ausgerichtete Außenpolitik sein könne, die auf Interdependenz, Verrechtlichung, friedlicher Streitbeilegung und Kooperation beruht. Es ist gelungen, herauszuarbeiten, wie die Bundesrepublik auf den Prozess und die Institutionalisierung der KSZE zur Verfolgung ihrer Interessen einwirkte. Die Bonner KSZE-Politik stellte sich zunächst bis zum Ende des Ost-West-Konflikts als Versuch dar, die beiden außenpolitischen Handlungsmaximen der Bundesrepublik, die Westbindung und die Osteinbindung, „gleichgewichtig in einem multilateralen Rahmen wirksam werden zu lassen“ (S. 110). Das Ergebnis des Wiener Folgetreffens sei für die Bundesrepublik „janusköpfig“ gewesen. Die Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte und menschlichen Kontakte hätten zwar Mittel zur Aufweichung der Blockstrukturen an die Hand gegeben, aber dafür sei der multilaterale Abstimmungsprozess schwieriger geworden, „weil die aufweichende Blockdisziplin der Verhandlungsgruppen die Differenzen mit den eigenen Verbündeten deutlicher hervortreten ließ“ (S. 216). Die KSZE habe auch unter den sich seit Herbst 1989 rasant verändernden Rahmenbedingungen einen hohen Stellenwert in der außenpolitischen Konzeption der Bundesrepublik behalten, allerdings mit einer entsprechend modifizierten Zielrichtung. Das Instrument des Wandels sei zusätzlich als Baustein in der Politik zur deutschen Einheit verstanden worden. Die Einbettung der deutschen Einheit in den KSZE-Prozess leistete der Gipfel von Paris (19.–21. November 1990), der in zentralen Aspekten auch die Institutionalisierung der KSZE vorantrieb. Die multilaterale Einbindung der deutschen Einheit in eine europäische Ordnung als Teil der Strategie des „selfcontainment“ sei so „für alle Beteiligten verträglich vollzogen“ worden (S. 319). Danach habe Deutschland die KSZE zum Auf- und Ausbau gesamteuropäischer Stabilitätsstrukturen mit Institutionen für ein Krisenmanagement nutzen wollen, jedoch habe sich die Umsetzung dieses Konzepts als schwierig erwiesen, was insbesondere im Konfliktfall Jugoslawien manifest geworden sei. Die Stärkung der KSZE, wie sie auf deutsche Initiative erfolgt sei, sei mit schwerwiegenden Mängeln verbunden gewesen. Zudem sei sie durch die Aufnahme der Sowjetunion bzw. deren Nachfolgestaaten schwerfälliger geworden. So ergibt sich für die KSZE-Politik der Bundesrepublik am Ende „ein schillerndes Vexierbild aus Kontinuitäten, Brüchen und schleichenden Veränderungen“ (S. 432). Der

49 Ralf RÖLOFF, *Auf dem Weg zur Neuordnung Europas. Die Regierungen Kohl/Genscher und die KSZE-Politik der Bundesrepublik Deutschland von 1986 bis 1992*, Vierow bei Greifswald 1995.

Beitrag der KSZE zur Aufweichung der Strukturen des Kalten Krieges sei groß gewesen. Die Anpassungsleistung an die Verhältnisse nach dem Umbruch von 1990 sei aber eher „zwiespältig zu beurteilen“. Das Dilemma der deutschen KSZE-Konzeption sei gewesen, dass die Institution – Parallele Völkerbund! – zu schwach zur Konfliktlösung gewesen sei, weil sie einzig den guten Willen der Beteiligten als Voraussetzung zugrunde gelegt habe. Die KSZE-Politik der Bundesrepublik bis 1992 aber als „Aufstieg und Fall des Genscherismus“ (S. 458) zu bezeichnen, erscheint allzu pointiert.

Eine Sammlung von Beiträgen „profilierter Autoren“, die am Zustandekommen der europäischen Währungsunion und an den Vorverhandlungen zum Vertrag von Maastricht in verantwortlichen Positionen im Bundesfinanzministerium, in der Deutschen Bundesbank, der EG-Kommission bzw. als Finanzexperten im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament mitgewirkt haben (u. a. *Peter Bofinger, Ingo Friedrich, Paul Kirchhof, Horst Köhler, Hilmar Kopper, Karl Otto Pöhl, Helmut Schlesinger, Hans Tietmeyer, Norbert Wieczorek*), hat *Theo Waigel* herausgegeben,⁵⁰ Thema ist die Begründung des Vertrages von Maastricht als Weichenstellung für die Weiterentwicklung Europas zur „offenen“ Gemeinschaft und zur Politischen Union. In den Blick kommt hier statt der Ebene der politischen Entscheidung die Ebene der Gestaltung und Beratung. Wer sich über die finanz- und wirtschaftspolitischen Rezepte und Zutaten beim Voranbringen der europäischen Währungsunion informieren will, ist mit diesem Buch gut bedient. Die „europäische Vision“, die Waigel in seinem einleitenden Aufsatz und zum Abschluss („Ein junger Deutscher fragt nach seiner Zukunft in Europa“) beisteuert, schmeckt etwas stark nach politischem Zuckerguss. Aber das ist wohl eben auch die Botschaft des Buches: Waigel steht für die Idee der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Wie entscheidend für die Fortschritte der europäischen Integration die deutsch-französische Gemeinsamkeit, das Tandem Kohl–Mitterrand, gewesen war, geht aus mehreren Beiträgen klar hervor.

Kulturpolitik

In der „Zeit“ vom 24. September 1998 – kurz vor der Bundestagswahl, die das Ende der Ära Kohl brachte – bilanzierte *Christoph Stölzl*, erster Generaldirektor des 1987 neugegründeten Deutschen Historischen Museums in Berlin, die Kohl-Jahre anhand der Haushaltszahlen für das vom Bund geförderte Kulturleben als „sehr gute Zeit“. Dagegen hatte der von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum ersten Kulturstaatsminister der Bundesrepublik berufene Journalist und Verleger *Michael Naumann* nach seinem Amtsantritt 1998 den Ein-

50 Theo WAIGEL (Hg.): *Unsere Zukunft heißt Europa. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion*, Düsseldorf 1996.

druck einer „kulturpolitischen Sahelzone“, die von der Kohl-Regierung hinterlassen worden sei. Warum solche extrem auseinander liegenden Wertungsperspektiven auf die Kulturpolitik der Ära Kohl möglich sind, lässt sich der instruktiven, aus einer Ludwigsburger Magisterarbeit hervorgegangenen Broschüre von *Klaus Stemmler* entnehmen.⁵¹ Sie liest sich zugleich als Einführung in die allgemeine Problematik einer Bundeskulturpolitik in kompetenzrechtlicher (Bund-Länder-Konflikt), konzeptioneller (Unbestimmtheit des Aufgabenbereichs) und struktureller (Organisation und Verfahren) Hinsicht. Der Verfasser unterscheidet den Kulturboom der 1980er Wohlstandsjahre vom öffentlichen Kulturbetrieb unter den Vorzeichen der wirtschaftlichen Krise und der finanziellen Belastungen in den 1990er Jahren. Dazwischen – von 1991 bis 1993 – habe nach der Wiedervereinigung die Übergangsfinanzierung für die neuen Länder und die Hauptstadt Kultur Berlins im Vordergrund der Kulturpolitik gestanden. Die Ära Kohl habe 1984 mit einer kulturpolitischen Positionsbestimmung begonnen, der konkret der kulturelle Ausbau Bonns (Kulturmeile) sowie Initiativen zur Stärkung des Geschichtsbewusstseins und neue Akzente im Förderungsbereich gefolgt seien. Bundeskanzler Kohl habe sich persönlich „die Förderung des Bewusstseins von Kultur, besonders von Geschichte“ angelegen sein lassen, konkretisiert in den repräsentativen Großprojekten der Kunst- und Ausstellungshalle und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn sowie des Deutschen Historischen Museums in Berlin. Kohl habe die Kulturpolitik als „staatspolitischen Bedeutungsträger“, als „symbolische Politik“ gesehen. Wie in Bonn habe sich der Kanzler auch in Berlin stark für historische Projekte engagiert wie für die Neue Wache und das Holocaust-Denkmal, wobei auch die schon in Bonn geführten Diskussionen unter neuen Vorzeichen fortgesetzt worden seien. Dabei hätten „informale Strukturen“ transparente Entscheidungsverfahren verhindert. Der Kanzler habe die Themen zur „Chefsache“ gemacht und sie dadurch der parlamentarischen Diskussion entzogen. Eine Richtlinienpolitik in der Bundeskulturpolitik mit klaren Zielsetzungen habe es nur in Ansätzen gegeben. Das „sogenannte Kohl-System“ habe auch in der Kulturpolitik funktioniert.

Nicht ernst zu nehmen, aber amüsant zu lesen, ist das Buch des Journalisten *Norbert Seitz* über die Beziehungen der Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder zu den Künsten.⁵² Das Kapitel über Kohl mit der Überschrift „Bauen fürs Geschichtsbuch“ strotzt von Klischees und Voreingenommenheiten: Kohl hätte in seiner „zählebigen Regentschaft kein öffentliches Geschichtsergebnis“

51 Klaus STEMLER, *Kulturpolitik in der Ära Kohl. Eine Kritik von Grundlagen und Diskussionen zur Wahrnehmung von Kompetenzen unter der Regierung Helmut Kohl 1982–1998*, Bonn 2000.

52 Norbert SEITZ, *Die Kanzler und die Künste. Die Geschichte einer schwierigen Beziehung*, Berlin 2005.

ausgelassen. Verwiesen sei hier auf die Rezension von *Jörg-Dieter Gauger* in dieser Zeitschrift⁵³. Bisweilen gewinnt man den Eindruck, als ob gewisse Schreiber unbedingt den ominösen „CDU-Staat“ benötigten, um sich als Intellektuelle zu profilieren.

Die Stärkung des Geschichtsbewusstseins und der Identifikation mit dem Gemeinwesen Bundesrepublik war ein explizites staatspolitisches Ziel der Kulturpolitik in der Ära Kohl und damit Teil der von Kohl zu Beginn seiner Kanzlerschaft angekündigten „geistig-moralischen Wende“, die – viel zitiert und ironisiert – je nachdem entweder als konservativer Restaurationsversuch oder als neoliberale Auslieferung des Kulturbetriebs an den Markt missgedeutet worden ist. Der Verdacht, dass mit der geschichtspolitischen Förderung eines neuen nationalen Identitätsbewusstseins ein offizielles Geschichtsbild etabliert werden sollte, lag auch dem „Historikerstreit“ Mitte der 1980er Jahre zugrunde, der um die „historisierende“ Einordnung des Nationalsozialismus in die deutsche Geschichte geführt wurde.

Da Geschichte in Deutschland auch immer und im Besonderen Umgang mit der NS-Vergangenheit heißt, ist die Ära Kohl auch in dieser Beziehung besonders kritisch untersucht worden. An den Beispielen der „Neuen Wache“, des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik hat *Sabine Moller* zeigen wollen,⁵⁴ dass mit den historischen Großprojekten der Regierung Kohl die zu erinnernde Geschichte vom geschichtlichen Kontext getrennt und damit auch qualitativ mit einer Tendenz zur Relativierung der NS-Zeit verändert worden wäre. Das historische Material werde bei seiner Präsentation „dekontextualisiert“, historische Realität durch eine moralisierende „Entkonkretisierung“ aus den gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen herausgelöst. Ein Verständnis der historischen Ereignisse als Realität sei damit unmöglich gemacht. Die Untersuchung wird in der Art und Weise eines Indizienprozesses geführt, der sich auf die Anklage stützt, in der Ära Kohl seien geschichtliche Ereignisse „entdifferenziert“ bzw. „entproblematisiert“, das heißt „ihrer individuellen und organisierten Akteure beraubt“ worden. Die Deutungsideologie, die dieser Diplomarbeit zugrunde liegt, ist dem Vorwort von *Joachim Perels* (Universität Hannover)⁵⁵ zu entnehmen: Die Regierung Kohl und die mit ihr kooperierenden (Warum nicht gleich kollaborierenden?) Historiker hätten das wirkliche Geschehen, statt es wie in rechtskonservativen Umdeutungen zu negieren oder anders zu bewerten, durch

53 Jörg-Dieter GAUGER, *Rezension: Norbert Seitz, Die Kanzler und die Künste*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 12 (2005), S. 285–287.

54 Sabine MOLLER, *Die Entkonkretisierung der NS-Herrschaft in der Ära Kohl. Die Neue Wache, das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1998.

55 Er hat einschlägig veröffentlicht: Joachim PERELS, *Entsorgung der NS-Herrschaft. Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Hannover 2004.

ihre sinnstiftenden Großprojekte und öffentlichkeitswirksam inszenierten „Versöhnungs“-Handlungen mit ehemaligen Kriegsgegnern „systematisch“ entkonkretisiert und in eine „leere Distanz“ gerückt.

Die Inanspruchnahme historischer Erinnerung für die Politik stellt zweifellos ein Problem dar, aber im wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskurs unter demokratischen Bedingungen ist seine Entdramatisierung nur eine Frage der Zeit. In seiner Dissertation von 2001 hat *Rupert Seuthe* die Erinnerungskultur der 1980er und 1990er Jahre am Beispiel der Gedenktage, Museums- und Denkmalprojekte noch einmal auf eine „geistig-moralische Wende“ hin untersucht.⁵⁶ Ihm geht es speziell darum, ob in der Ära Kohl „tatsächlich eine kohärente Geschichtspolitik ins Werk gesetzt und wirksam“ geworden sei, die darauf abgezielt habe, „das Verhältnis zur Vergangenheit (mindestens) im Sinne einer Bedeutungsabschwächung der NS-Zeit als dominierende historische Bezugsgröße und darüber das bundesrepublikanische Gegenwarts- und Selbstverständnis neu zu justieren“ (S. 18). Diese Frage meint er verneinen zu können. Es habe in der Ära Kohl keine gezielten geschichtspolitischen Versuche gegeben, um das Ausmaß der Erinnerung an den Nationalsozialismus zu reduzieren oder zu manipulieren. Das zeitgenössische Bild „vom verdrängungswilligen oder ‚Schlussstrich‘-affinen Kanzler“ sei eine Chimäre. Die deutsche Erinnerungskultur in den 1980er und 1990er Jahren habe sich „durch die zahllosen Aktivitäten eines zunehmend verzweigten Netzwerkes von Erinnerungsträgern im wesentlichen unterhalb der staatlichen Ebene und weitgehend unabhängig von staatlichen Ritualen und Initiativen“ (S. 319) stetig weiter ausdifferenziert und verdichtet, so dass eine planvolle politische Steuerung sehr unwahrscheinlich sei. Handfeste politische Interventionen könnten in der offenen, pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik allenfalls die öffentliche Debatte über die NS-Vergangenheit und den Umgang mit ihr beleben, nicht aber in bestimmte Richtung lenken oder gar hemmen. Das erscheint plausibel.

Eine vermittelnde These vertritt *Jan-Holger Kirsch* in seinem Bericht zu geschichtspolitischen Entwicklungen während der Ära Kohl.⁵⁷ In dieser Zeit habe die „Erinnerungskultur“ als Paradigma der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit die „Vergangenheitsbewältigung“ abgelöst und eine „Geschichtspolitik“ mit deutlichem Schwerpunkt auf der NS-Zeit sei „als eigenes, bewusst zu gestaltendes Handlungsfeld etabliert“ worden. Der „Anti-Institutionalist“ Kohl habe Institutionen der Geschichtskultur geschaffen, die seine

56 Rupert SEUTHE, *„Geistig-moralische Wende“? Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten*, Frankfurt/M. 2001.

57 Jan-Holger KIRSCH, *„Hier geht es um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation“*. *Helmut Kohl und die Genese des Holocaust-Gedenkens als bundesdeutscher Staatsräson*, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 43/44 (Dezember 2008), S. 40–48.

Amtszeit überdauern. Dabei wird vor allem in der Art des Entscheidungsverfahrens und weniger in den Inhalten eine „langfristig wirksame Belastung“ gesehen. Kohl habe „auch und gerade in der Geschichtspolitik“ zentrale Weichenstellungen persönlich vorgenommen.

Das wird beispielsweise auch immer von seinem mit US-Präsident Ronald Reagan unternommenen Bitburg-Besuch behauptet. Der ehemalige Bürgermeister von Bitburg hat über diesen umstrittenen Besuch auf dem Soldatenfriedhof Kolmeshöhe einen knappen, gleichwohl historisch interessanten, mit ausgewählten Texten und Photographien dokumentierten Bericht veröffentlicht.⁵⁸ Darin ist nicht nur manch „Fragwürdiges und Merkwürdiges“ des Geschehens von 1985, das er „hautnah miterlebte“, festgehalten, sondern auch prinzipiell wird die Notwendigkeit einer derartigen „weithin sichtbaren Geste der Aussöhnung“ in Frage gestellt. Spürbar wirkt hier die Verbitterung darüber nach, dass das rheinland-pfälzische Garnisonsstädtchen, in dem jahrzehntelang Amerikaner, Franzosen und Deutsche versöhnlich und freundschaftlich zusammenlebten, sich über Nacht gleichsam an den Pranger der Weltöffentlichkeit gestellt sah („Nazi-Nest“).

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Im Wahl- und Wechseljahr 1998 – zum 50. Geburtstag der DM – erschien die „Deutsche Wirtschaftsgeschichte“ von *Wolfram Weimer*; sie zeichnet nicht nur die Erfolgsentwicklung des „Modells Deutschland“ nach, sondern benennt auch die neuen Herausforderungen, denen es sich im Zeitalter der Globalisierung stellen muss.⁵⁹ Die Ära Kohl wäre danach auch eine Zeit der schleichenden Krise gewesen, die von einem fortbestehenden Übermaß an Staat, vom Mangel an Markt, von erschöpften Sozialsystemen und von mentalen Blockaden gegen Modernisierungen ausgegangen sei. Wie Adenauer hat Kohl nicht für sich in Anspruch genommen, ein Wirtschaftspolitiker zu sein, aber er war sich wie der erste Kanzler durchaus bewusst, dass seine Gesamtpolitik von den Ergebnissen der Wirtschaft abhängig war.

Der von Kohl-Kritikern im Abschwung seiner „Ära“ gern erhobene Vorwurf eines reformpolitischen Immobilismus („Reformstau“) bedarf einer differenzierten Überprüfung. Für die Wirtschaftspolitik der Kohl-Regierung hat das *Reimut Zohlhoyer* auf exemplarische Weise geleistet.⁶⁰ Seine theoretisch und empirisch gut unterlegte Darstellung geht von der – auf den ersten Blick sim-

58 Theo HALLET, *Umstrittene Versöhnung. Reagan und Kohl in Bitburg 1985*, Erfurt 2005.

59 Wolfram WEIMER, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro*, Hamburg 1998.

60 Reimut ZOHLNHÖFER, *Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998* (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit 22), Opladen 2001. – Vgl. auch DERS., *Parteien*,

pel erscheinenden – Doppelfrage aus, ob es in der Ära Kohl tatsächlich zu der beim Regierungsantritt angekündigten wirtschaftspolitischen „Wende“ gekommen ist und welche Politikmuster in den politischen und ökonomischen Phasen seiner Regierungszeit zu beobachten sind. Inwieweit fügt sich die Wirtschaftspolitik der 1980/90er Jahre in den Wandel der ökonomischen Leitvorstellungen von dem bis dahin dominierenden Keynesianismus zu mehr monetaristischen und angebotsorientierten Konzepten? Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der „Reformpfad, den die christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl in Deutschland zwischen 1982 und 1998 einschlug.“ Die Analyse von fünfzehn ausgewählten Schlüsselentscheidungen der Regierungen Kohl erfolgt aufgrund eines theoretischen Erklärungsmodells, das den Einfluss der Parteien und anderer Institutionen auf die Staatstätigkeit einbezieht. Dabei wird neben dem Parteienwettbewerb im engeren Sinn auch die jeweilige Konstellation der sogenannten „Vetospiele“ berücksichtigt, also individueller oder kollektiver „Akteure“, deren Zustimmung für eine Abweichung vom politischen Status quo notwendig ist (Parteil Flügel, Sozialgruppen, Wirtschafts- und andere Interessenorganisationen, Gerichte, Länder usw.).

Es habe – so lautet ein Ergebnis der Studie – in den beiden ersten Wahlperioden der Regierung Kohl, am wirtschaftspolitischen Output gemessen, tatsächlich in den Politikfeldern Haushaltskonsolidierung, Steuerpolitik, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie Entstaatlichung einen Politikwechsel gegeben, jedoch sei er „ausgesprochen moderat“ ausgefallen und von weit geringerer Reichweite gewesen als etwa die Thatcher-Reformen in Großbritannien. Tiefgreifende Veränderungen wie eine qualitative Haushaltskonsolidierung oder eine Durchsetzung des Marktprinzips auf dem Arbeitsmarkt seien ausgeblieben, weil einer entsprechenden wirtschaftspolitischen Willensbildung die starken Vetopositionen der Sozialausschüsse in der CDU und der unionsgeführten Landesregierungen entgegengestanden hätten. Auch die ablehnende Haltung der Wählerschaft habe der regierenden Koalition für weitergehende Reformen kaum Spielraum gelassen. Vergleichsweise hätten die Zwänge aus der europäischen Integration und dem Globalisierungsprozess noch eine geringe Bedeutung gehabt. So sei aus der marktwirtschaftlichen „Wende“ der 1980er Jahre nur eine „halbe“ Drehung geworden.

Die Wirtschaftspolitik der letzten beiden Wahlperioden der Ära Kohl wird als Entwicklung „zwischen Vereinigungskonsens und parteipolitischer Konfrontation“ beschrieben. Bei der Herstellung der deutschen Einheit habe die Bundesregierung als Kompass die Analogie zum Wirtschaftswunder der alten Bundesrepublik in den 1950er Jahren vor Augen gehabt. Durch eine Währungsreform und durch Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in Verbin-

Vetospiele und der Wettbewerb um Wählerstimmen. Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der Ära Kohl, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (2001), S. 655–682.

derung mit einem umfassenden Institutionentransfer dachte man, ein ähnliches Wirtschaftswunder in den ostdeutschen Ländern einzuleiten, ohne dabei freilich voll in Rechnung zu stellen, welche enorme Kosten für die soziale Sicherung und den Ausbau der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik die sofortige vollständige Weltmarktintegration der ehemaligen DDR verursachen würde. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre habe eine breite, vom Einheitserlebnis getragene Übereinstimmung die Reformen von Post und Bahn sowie die Kompromisse des Solidaritätspakts, der Standortsicherung und des Spar- und Wachstumsprogramms ermöglicht, wenn auch die meisten der damit zusammenhängenden Gesetze nur auf moderate Veränderungen hinausgelaufen seien. Doch dieses Kompromissmuster „lässt sich als geradezu beispielhafte Bestätigung des Vetospielertheorems betrachten“ (S. 365). In den Jahren 1996 bis 1998 sei die Haushaltskonsolidierung dann wegen des verstärkten Parteienwettbewerbs in der Koalition und den Bundesländern unzureichend gewesen, und bei den vorgenommenen Liberalisierungen in der Arbeitsmarkt- und der Entstaatlichungspolitik seien vor allem ein erhöhter Problemdruck und Vorgaben seitens der Europäischen Union ausschlaggebend gewesen. Die grundlegende Studie schließt mit der Empfehlung an die quantitativ orientierte Staatsfähigkeitsforschung, „Indikatoren zu entwickeln, die mehr als lediglich die Zahl der Vetospieler abbilden.“

Wirtschaftspolitik ist mit Sozialpolitik in wechselseitiger Abhängigkeit verbunden. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, die das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbindet (Müller-Armack), war allen Bundesregierungen gemeinsam, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen. Die Ära Kohl begann mit dem Versuch einer „Erneuerung“ der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne der Leitvorstellung Ludwig Erhards, dass eine Förderung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte und eine Konsolidierung der Staatsfinanzen auch sozialpolitisch zu Buch schlagen. Fast symbolisch mutet es von daher an, dass nach der Wiedervereinigung das enzyklopädische Großprojekt einer „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ in Angriff genommen wurde. Ein vergewissernder historischer Rückblick sollte noch einmal den erfolgreichen Auf- und Ausbau des deutschen Sozialstaats ins rechte Licht setzen, bevor ökonomische und sozialstaatliche Krisenerscheinungen das Musterbild der Sozialen Marktwirtschaft verschatteten. Die Ära Kohl wird in zwei der elf Bände dieses Handbuchs dargestellt.⁶¹ Das herausgebende Bundesministerium für Arbeit und Sozialord-

61 Manfred G. SCHMIDT (Hg.), *Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform 1982–1989* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 7), hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2005; Gerhard A. RITTER (Hg.), *Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung 1989–1994* (Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 11), hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Baden-Baden 2007.

nung verdient alle Anerkennung dafür, dass es – selten genug für eine Behörde! – die deutsche Einheit auch als „Sternstunde“ für die Geschichtsschreibung erkannte und dieses Großunternehmen initiierte (einschließlich Finanzierung!), das mit seiner dreifachen Perspektive auf die „alte“ Bundesrepublik, die DDR und das vereinigte Deutschland bis 1994 sicherlich noch viele Forschergenerationen als Basis- und Maßstabwerk begleiten dürfte. Der Heidelberger Politikwissenschaftler und Leibnizpreisträger *Manfred G. Schmidt* zeichnet als Herausgeber für Band 7, der der ersten Hälfte der Ära Kohl gewidmet ist, verantwortlich, der emeritierte Münchner Historiker *Gerhard A. Ritter* für Band 11, der den innerdeutschen Einigungsprozess und seine problematischen Auswirkungen auf den deutschen Sozialstaat darstellt. In den siebzehn, jeweils bis auf wenige Ausnahmen von den gleichen Autoren verfassten Spezialekapiteln werden nicht nur Kernthemen der Sozialpolitik in ihrer Entwicklung wie Arbeit, soziale Sicherung, Gesundheit, Familien-, Jugend- und Altenpolitik, sondern auch eher ordnungspolitische Gegenstandsbereiche wie Bildungs-, Wohnungs- und Vermögenspolitik behandelt.

Schmidt hebt in seinem Einleitungskapitel hervor, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen in den 1980er Jahren für eine Politik der finanziellen Konsolidierung und für institutionelle Reformen günstig waren, dass aber eine Neuordnung von Staat und Gesellschaft, die auch Werthaltungen und geistig-moralische Leitbilder einbeziehen sollte, auf die mehrheitliche Ablehnung der Bürger gestoßen sei. Die Regierung Kohl habe trotz ihres Handlungsspielraums bis 1990 im Ganzen eine eher moderate Einsparungs- und Reformpolitik betrieben. Dabei seien sowohl wahlpolitische Rücksichtnahmen (u. a. bei der Rentenpolitik, der Vertagung der Reform des Gesundheitswesens, der Einführung des Erziehungsgeldes) als auch die einflussreiche Rolle von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und den CDU-Sozialausschüssen, deren Vorsitzender er bis 1987 war, ausschlaggebend gewesen; Blüm habe sich „Raum für neue sozialstaatsfreundliche Weichenstellungen“ (S. 149/150) offen halten wollen. Die arbeitspolitischen Deregulierungen (Beschäftigungsförderungsgesetz, Neuordnung des § 16 Arbeitsförderungsgesetz), die ohnehin im Vergleich etwa zu den Liberalisierungsmaßnahmen in Großbritannien sehr bescheiden ausfielen, seien „im regierungsinternen Willensbildungsprozess“ als Preis zu werten, den der Arbeitnehmerflügel der Unionsparteien dem Wirtschafts- und Mittelstandsflügel sowie der FDP für eine vorsichtige Konsolidierung zu zahlen gehabt hätte.

In der Gesamtbetrachtung am Schluss des Bandes werden die unterschiedlichen Blickwinkel bei der Bewertung der Sozialpolitik der 1980er Jahre – von der Koalition und der Opposition, von Verbänden und von der Wissenschaft – in souveräner Stoffbeherrschung vergleichend nebeneinander gestellt. Im Zentrum der Bilanzierung steht dann die Frage: „Warum keine größere ‚Wende‘?“ Zum Teil, so lautet der Antwortversuch, hätten die verantwortlich Handelnden

nicht anders gekonnt, „weil Improvisation und Machbarkeitsgrenzen einem großen Kurswechsel entgegenstanden“ (S. 793), zum Teil hätten sie aber auch „nicht anders gewollt“. Uneinigkeit in der Koalition habe ebenso zu den Gründen gehört wie der „mäßige Einfluss der Länder“. Das Ausbleiben einer radikaleren „Wende“ nach 1982 habe auch mit dem „wirtschafts- und sozialpolitischen Pragmatismus“ von Bundeskanzler Kohl zusammengehungen. Anders als in der Deutschland- und Europapolitik habe er in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, bei einem grundsätzlichen Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, auf politische Führung verzichtet. Sein Pragmatismus habe ihn unter anderem dazu bewogen, auf Eingriffe in Subventionen für wichtige Wirtschaftssektoren wie die Landwirtschaft oder den Bergbau zu verzichten. In der Regierungspraxis der Koalition aus CDU, CSU und FDP sei ferner im Laufe der 1980er Jahre das wirtschaftsliberale Element gegenüber dem von Blüm vertretenen christlich-sozialen in den Hintergrund getreten. Blüm habe es als „Mission“ empfunden, die sozialstaatliche Balance durch Anpassung an die neuen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen zu wahren. Die Sozialpolitik der 1980er Jahre mache auch deutlich, wie stark die Staatstätigkeit in der Bundesrepublik an „übergroßer Fragmentierung der Problemdiagnose und der Problemlösung“ (S. 803) laboriere. „Die Fragmentierung erwächst aus der ausgeprägten vertikalen und horizontalen Zersplitterung der Staatsorganisation und des Regierungssystems in der Bundesrepublik Deutschland.“ Und schließlich habe es auch an der großen Mehrheit der mit dem Status quo der Sozialpolitik zufriedenen Wähler gelegen, dass die christlich-liberale Koalition den ihr zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum nicht für einen ordnungspolitischen Strategiewechsel („Wende“) genutzt habe, sondern nur zu einer vorsichtigen Konsolidierungs- und Reformpolitik bereit gewesen sei.

Die historiographische Aufgabe, welche Herausgeber und Autoren des elften Bandes mit der Darstellung der Sozialpolitik im Zeichen der deutschen Vereinigung zu bewältigen hatten, war von beispielloser Komplexität. Die Transformation der Wirtschafts- und Sozialverfassung der DDR, die gleichzeitige Europäisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie die verstärkte Globalisierung machten in großen Teilen eine Verschiebung der bis dahin gültigen „staatshistorischen“ Perspektive gewissermaßen ins Dreidimensionale erforderlich: Da war die „alte“ Bundesrepublik, in der die Kontinuität der wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen und Akteure erhalten blieb; da war die ehemalige DDR, die „neuen Bundesländer“, für die die Übernahme des bundesdeutschen Systems eine „extreme Diskontinuität“, einen völligen Bruch bedeutete, und dann gab es den „gemeinsamen Staat“, der infolge der Entwicklungen in Europa und in der Weltwirtschaft, aber auch aufgrund des demographischen Wandels und der Auswirkungen der technologischen Revolution für die Arbeitswelt mit „grundlegend neuen Problemen“ konfrontiert wurde. Die

„gesamte Entwicklung“ sei, so heißt es orientierend über die Rahmenbedingungen, auf eine Schwächung des Produktionsfaktors Arbeit zugunsten des Faktors Kapital und der Faktoren Management und Wissensdienstleistung hinausgelaufen. „Während das Kapital sich zunehmend der Beteiligung an den Kosten des Gemeinwesens durch das Ausweichen in andere Länder oder der Drohung damit entziehen konnte, wurde der Faktor Arbeit zum ‚Lastesel‘, „dem man insbesondere einen immer größeren Anteil an der Finanzierung der sozialen Sicherung auferlegte“ (S. 64). Es waren einzigartige Herausforderungen, vor die sich in diesem Bedingungsrahmen die Sozialpolitik gestellt sah. Das Schlüsselkapitel über die „sozialpolitischen Denk- und Handlungsfelder“ (S. 108–339) verdeutlicht, dass die Sozialunion durch Übernahme der westdeutschen Sozialordnung seitens der DDR praktisch ohne Alternative war, weil für eine gleichzeitige Reform des bundesdeutschen Sozialstaates oder gar für eine Verschmelzung der Sozialsysteme der beiden deutschen Staaten weder genügend Zeit noch die dafür erforderlichen Mehrheiten vorhanden waren. Der Aufbau der Institutionen und Träger des Sozialstaates in den neuen Ländern sei „insgesamt eine Meisterleistung der Verwaltung, aber auch der Organisation der weiteren sozialpolitischen Akteure“ (S. 282) gewesen.

Die hohen finanziellen Lasten der Einigung hätten „jedoch mittel- und langfristig die strukturellen Probleme des deutschen Sozialstaats (Überalterung der Bevölkerung, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Wandel der Arbeitswelt, härterer internationaler Wettbewerb) noch verschärft“ (S. 234). Von der Einigung zunächst in den Hintergrund gedrängt, seien sie in den frühen 1990er Jahren umso stärker hervorgebrochen. Die „schnelle und relativ reibungslose“ Transformation des westdeutschen Sozialstaates auf den Osten habe die politischen und sozialen Kosten der Einheit gesenkt, aber zugleich „hohe wirtschaftliche Kosten verursacht und die sozialen Sicherungssysteme besonders durch die massive Förderung der Frühverrentung und die aktive Arbeitsmarktpolitik zusätzlich belastet“ (S. 282). Die Staatsschulden stiegen von 1989 bis 1993 um mehr als das Doppelte, ebenso nahmen die Sozialleistungen, die Staatsquote und die Lohnnebenkosten stark zu. Es wird offenkundig, dass die ab Herbst 1992 unternommenen Versuche, diese Entwicklung wieder umzukehren, „letztlich ohne Erfolg“ geblieben sind. Die Probleme seien nicht gelöst, sondern immer wieder von einer auf eine andere Institution geschoben worden. Diese sozialpolitische Verschiebep Praxis habe nicht zuletzt ihren Grund darin gehabt, dass es wegen der Vielzahl der Akteure und ihrer Interessen, aber auch wegen der „institutionellen Segmentierung“ zu keiner politisch aktivierbaren Gesamtkonzeption der Sozialpolitik gekommen sei.

Besondere Probleme hätten sich auch aus der ungenügenden Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ergeben. So erklärt es sich wohl auch, dass vieles in der Sozialpolitik auf persönliche Überzeugungs- und Durchsetzungskraft ankam, wie das Beispiel von Bundesarbeitsminister Nor-

bert Blüm zeigt. Seine starke Stellung im Kabinett Kohl, als Spitzenmann des Arbeitnehmerflügels der CDU und Parteivorsitzender in NRW, mit Rückendeckung seitens des Bundeskanzlers und unterstützt durch die „Koalition der Sozialpolitiker“ aus Parlament und Verbänden, wirkte sich vor allem bei der Einführung der Pflegeversicherung 1991–1994 aus. Den einen galt er damit als Wegbereiter der weltweit einmaligen Sicherung in der Tradition der deutschen Sozialversicherung, den anderen als Verteidiger eines veralteten Konzepts des Sozialstaates. Die Einzelbeiträge dieses Bandes unterstreichen die Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik, deren Kontinuität angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen „bemerkenswert“ (S. 1110) erscheint. Aus ihnen lässt sich aber auch ablesen, wie schwierig es infolge gesonderter Entwicklungen in den sozialpolitischen Teilbereichen geworden ist, an der „Politik des mittleren Weges“ zwischen Wohlfahrtsstaat und marktorientiertem Kapitalismus, zwischen wirtschaftlicher Effizienz, Preisstabilität und starkem Sozialstaat festzuhalten, wie es die Bundesregierung nach der Wiedervereinigung getan hat und wie es in diesem Band gerade auch im Hinblick auf die Kosten dieser Politik souverän dargestellt worden ist. Gesamtdarstellungen dieser Art sind weniger als Beitrag zur laufenden Diskussion der Wissenschaft gedacht, sondern sollen als Schleusen- und Klärwerke für die Forschung dienen.

Eine Diagnose des deutschen Sozialstaats in der Ära Kohl hat auch *Jens Alber*, früher Konstanz, jetzt Berlin, im Anschluss an seine bekannte Monographie⁶² über die sozialstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik bis 1983 vorgenommen.⁶³ Er unterzieht verbreitete Deutungsversuche zur Sozialpolitik der Kohl-Regierungen einer vergleichenden Überprüfung anhand quantitativer Daten. Die am häufigsten kolportierte These der Reformunfähigkeit des deutschen Sozialstaats ist durch die Befunde nicht belegbar. Die Zahlen sprechen auch gegen die These, dass es in der Ära Kohl eine „konservative Transformation“ im Sinne eines gezielten Umbaus vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrts-gesellschaft gegeben habe. Ebenso werde die „Rekommodifizierungsthese“ nicht bestätigt, wonach unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs durch Kürzungen bei der Sozialhilfe und bei Zahlungen an Arbeitslose vor allem der Faktor Arbeit verbilligt und ein Arbeitszwang institutionalisiert werden sollte. Mit den Diagnosen einer Systemsicherungspolitik und Budgetierung werde

62 Jens ALBER, *Der Sozialstaat in der Bundesrepublik 1950–1983*, Frankfurt/M. 1989.

63 DERS., *Der deutsche Sozialstaat in der Ära Kohl. Diagnosen und Daten*, in: Stephan LEIBFRIED/Uwe WAGSCHAL (Hg.), *Der deutsche Sozialstaat. Bilanzen–Reformen–Perspektiven*, Frankfurt/M. 2000, S. 235–275. – Mit Beiträgen u. a. von Franz-Xaver KAUFMANN, Manfred G. SCHMIDT, Hans-Werner SINN, Werner TEGTMEIER, Hans F. ZACHER setzt dieser Band überhaupt eine Richtmarke zur Verortung des deutschen Sozialstaats am Ende des vorigen Jahrhunderts.

man vergleichsweise den realen Entwicklungen eher gerecht. Tatsächlich sei ein programmatischer Wechsel der Sozialpolitik zum Prinzip der einnahmeorientierten Ausgabenpolitik feststellbar. Vielmehr weise die Sozialpolitik in der Ära Kohl eine „durchaus ambivalente Entwicklung“ auf (S. 271), die auf die „komplexe Koalitionsdynamik“ innerhalb der Unionsparteien zwischen Arbeitnehmer- und Wirtschaftsflügel, „Frauenflügel“, liberalem Koalitionspartner und Landesfürsten zurückgeführt wird. Historisch-traditionell und strukturell seien christlich-demokratische Parteien „eine auf vielfältigen Interessenausgleich zwischen wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen bedachte komplexe politische Kraft“.

Es ist höchst lehrreich, den Arbeiten der Wissenschaft ein Journalistenprodukt entgegenzustellen. Der innenpolitische SZ-Redakteur und Publizist *Heribert Prantl* hat eine Streitschrift für die „Reaktivierung des Sozialstaats“ verfasst,⁶⁴ dessen Grundprinzipien wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit der Autor durch die zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche und die „Zerbröselung“ der Sozialen Marktwirtschaft aufgegeben sieht. „Das Kapital hat gesiegt ... Der Sozialstaat verwandelt sich in den Kapitalstaat“ (S. 17/18). Untermauert wird diese These in sieben Kapiteln, in denen – auf der Grundlage von amtlichen Materialien und Presseerzeugnissen mit pointierter Argumentation und Formulierung – die „Verbetriebswirtschaftlichung des Gemeinwesens“ und deren Folgen für die sozialstaatliche Gemeinschaftsaufgabe, die Gemeinwohlverantwortung des Reichtums, die Familien- und Kinderfeindlichkeit des Wirtschaftssystems, die durch Medien, Wirtschaftswissenschaft und wirtschaftsfinanzierte Kampagnen betriebene „Katastrophalisierung Deutschlands“, die Verdrängung des Gebots der sozialen Gerechtigkeit durch die „neue Religion der Ökonomie“ und die Flucht des Staates und der Gesetzgebung aus der sozialen Verantwortung sowie die Mutation der Gesellschaft zur Klassengesellschaft durch Ausschluss der nicht funktionierenden oder produzierenden Menschen beschrieben werden. Während der Regierung Kohl habe der Um- und Abbau des Sozialstaats durch eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche begonnen. Deutschland wurde von der Politik ab Mitte der 1990er Jahre „zum bloßen Standort kleingeredet“. Als neues Grundrecht habe sich das Recht auf ungestörte Investitionsausübung etabliert. In der Ära Kohl seien die Unternehmenssteuern von einem Anteil von 14,3 Prozent (1983) am Gesamtsteueraufkommen auf einen Anteil von 6,7 Prozent (1998) gesunken. Demgegenüber sei der Faktor Arbeit immer stärker belastet worden. Seit 1997 werde keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Der Gesetzgeber habe damals die Erhebung der Vermögenssteuer ausgesetzt, nachdem das Bundesverfassungsgericht eine Änderung der Gesetzgebung zur

64 Heribert PRANTL, *Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit*, München 2005.

Beseitigung der Ungleichheiten in der Behandlung von Geldvermögen und Grundeigentum für erforderlich erklärt habe. Die rasanteste Wertsteigerung deutschen Bodens sei durch den Beschluss des Deutschen Bundestages für den Berlin-Umzug (20. Juni 1991) erfolgt. Der Berliner Boden habe sich daraufhin um rund 100 Milliarden DM verteuert. Der Staat habe diesen „zugeflogenen Reichtum“ auch nicht einmal teilweise abgeschöpft. Als Kommentar zur „Duldsamkeit“, mit der in der Öffentlichkeit die Diskreditierung des Sozialprinzips hingenommen wird, werden die „bösen Worte“ zitiert, „mit denen Heiner Geißler den Zustand der CDU in der späten Ära Kohl beschrieben hat: konform, uniform, chloroform.“

Für eine Abkehr von den sozialpolitischen Konzepten der Ära Blüm hat sich verschiedentlich *Andreas Meusch*, seit 1998 Leiter der Landesvertretungen der Technischen Krankenkassen, davor der VdAK-Landesvertretung Baden-Württemberg, ausgesprochen. Er fordert eine „sozialpolitische Zeitenwende“ auf den Eckpfeilern Erwerbsarbeit und Gleichgewicht von Solidarität und Eigenverantwortung. Einige seiner zwischen 1993 und 1999 in der „Politischen Meinung“, im „Handbuch zur Deutschen Einheit“ und in Verbandszeitschriften erschienenen Beiträge hat er in einer kleinen Broschüre zusammengefasst.⁶⁵ Die Aufgabe der Zukunft, so ist die Botschaft, sei die „Beschränkung des Sozialstaates und die Konzentration auf seine wesentlichen Aufgaben, indem Systemsicherheit bei den großen Lebensrisiken mit verstärkter Selbstorganisation von Sicherheit verbunden wird“ (S. 151).

Politikstil, Kanzlerdemokratie, „System Kohl“

Parteilpolitische Machtfragen in der Union während der „Ära Kohl“ und nach der Wahlniederlage von 1998 hat *Gerd Langguth*⁶⁶ analysiert, der sich als ehemaliger Bundesvorsitzender des RCDS, als MdB (Wahlkreis Esslingen) sowie als Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, zuletzt als Geschäftsführender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht nur über lange Zeit besonderer Unterstützung durch Kohl erfreuen durfte, sondern auch in dessen Macht- und Regierungssystem guten Einblick hatte. Der Honorarprofessor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn, der seine praktischen Erfahrungen in der Politik mit „solider politikwissenschaftlicher Analyse“ (S. 27) zu verbinden beansprucht, nimmt bei seiner Kritik am „System Kohl“ wie an denen, die im engeren dazugehörten, kein Blatt vor den Mund. Die Architektur der Macht in der Ära Kohl sieht er auf drei Säulen begründet: auf der Partei als der Basis, auf der Fraktion als dem Netzwerk und

65 Andreas MEUSCH, *Und der Zukunft abgewandt. Sozialpolitik in der Ära Kohl*, Hamburg 2002.

66 Gerd LANGGUTH, *Das Innenleben der Macht. Krise und Zukunft der CDU*, München 2001.

auf dem Kanzleramt als der Zentrale der Macht. Kohls Erfolgsgeheimnis habe in der synergetischen Nutzung der drei Bereiche zur Machtsicherung gelegen. Vom Bundeskanzleramt aus habe Kohl „seine Fäden in die Partei und in die Fraktion hinein“ gesponnen. Zentrum im Zentrum der Macht seien die abendlichen Tafelrunden mit seiner engsten Umgebung gewesen. In diesem „Küchenkabinett“ sei es selten um Grundfragen der Politik gegangen, sondern es hätten Monologe und „Tratscherei“ des Kanzlers dominiert, der sich auf diesem Wege oft nutzbare Informationen aus dem persönlichen Bereich von Politikern geholt habe.

Kohls Politikstil sei nicht eben leicht zu beschreiben, weil Kohl in seinem biedereren Habitus und normalen Auftreten kein Charisma zu erkennen gegeben habe. Das Kernelement seines Führungsstils habe darin bestanden, dass er, statt selber klare inhaltliche Vorgaben zu machen, lieber abgewartet habe, in welche Richtung der Entscheidungsprozess gehen werde. Als Kennzeichen dieses Politikstils werden genannt: unbedingter Glaube an sich selbst (Kohl habe immer genau gewusst, was er wollte), die Art, wie ein guter „Hausvater“ zu reden und so die Brücke zum einfachen Menschen zu schlagen (Kohl habe durch Schwammigkeit seiner Formulierungen die unterschiedlichsten Gruppen bedienen können), die besondere Kommunikationstechnik (joviale Vertraulichkeit bei gleichzeitiger Wahrung der Distanz, burschikoser Charme, persönliche Ansprache, bewusstes Einsetzen seiner körperlichen Statur), eine personalistische Führung (Telefonate, informelle Gespräche, weniger Aktenstudium; Präsidieren und Moderieren als Führungersatz), Missachtung des Institutionellen (Geschäftsordnung, Ministerverantwortlichkeit) sowie Entpolitisierung der Parteigremien (demokratische Gremien seien für Kohl nur Mittel zum Zweck gewesen).

Derselbe Verfasser hat Kohl („Die Macht des Geschichtsdeuters“) auch zusammen mit dessen Amtsnachfolgern Gerhard Schröder („Die Macht des Aufsteigers“) und Angela Merkel („Die Macht der Sphinx“) als „Machtmenschen“ porträtiert.⁶⁷ Das seien – so die Definition – „ichbezogene Persönlichkeiten, die – unter weitgehender Hintanstellung privater und anderer Ziele – mit allen ihren Energien auf den Erwerb und Erhalt von Macht fixiert sind, die zum Zwecke des Machterhalts tatsächliche wie auch vorgetäuschte Ziele zu nutzen wissen und deutliche Lust an der öffentlichen Macht verspüren“ (S. 484). Aus den politischen Biographien der drei Kanzler werden in Verknüpfung mit eigenen Erfahrungen und unsystematisch Angelesenem nicht eben aufregende Erkenntnisse über den Machtmenschtypus gezogen, die dann im Schlusskapitel zu acht Thesen zusammengestellt werden. Zu guter Letzt wird – in nicht unwitziger Analogie zu Einsteins berühmter Formel – die Gleichung präsentiert: „Macht gleich Öffentliche Wirkung mal Personalbeeinflussung im Quadrat“.

67 DERS., *Kohl, Schröder Merkel – Machtmenschen*, München 2009.

Zum Einstein der Machttheorie ist Langguth damit freilich nicht geworden. Aus wissenschaftlicher Sicht sind seine Beobachtungen und Reflexionen trivial und flach; es fehlen machttheoretische Analysen und Interpretationen im Kontext des politischen Systems. So wird uns „Normalmensch“ nur wieder einmal bestätigt, was wir schon immer von den Mächtigen zu wissen meinten: „Macht macht süchtig“, und wer sie hat, „will sie so lange wie möglich festhalten“.

Inwieweit in der Regierungspraxis Adenauers und Kohls der Kanzler (als Person und Organ) oder die Parteien die bestimmenden Kräfte des gouvernementalen Willensbildungsprozesses gewesen sind und welche Gewichtsverteilung zwischen kanzlerdemokratischen und parteidemokratischen Elementen jeweils für die Entscheidung den Ausschlag gegeben hat, ist von *Evelyn Schmidtke*⁶⁸ untersucht worden. Ihre vergleichende Studie, die im Hauptteil (S. 92–279) den Regierungsstil der Kanzler exemplarisch an der Entwicklung des Bundeskanzleramtes sowie an den Koalitionsbildungen und Koalitionskonflikten darstellt, erbringt nicht nur eine für die weitere Forschung definitiv und empirisch-historisch brauchbare Klärung kanzlerdemokratischer und parteidemokratischer Regierung, sondern enthält auch eine Fülle interessanter Beobachtungen und Feststellungen zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland.

Ein von *Stephen Padgett* (University of Strathclyde, früher Essex) herausgegebener schmaler Aufsatzband⁶⁹ mit Beiträgen britischer und deutscher Politikwissenschaftler thematisiert höchst anregend die Entwicklung des Kanzleramtes in der Bundesrepublik im Verhältnis zu den Parametern Verfassung, Amtsausstattung, Parteien- und Verbandsdemokratie, Exekutive sowie Außenpolitik. Dabei erweist sich gerade am Beispiel Kohls die Schwierigkeit, zwischen persönlichem Regierungsstil und struktureller kanzlerdemokratischer Führung zu unterscheiden. Die Kanzlerregierung Kohls sei im Wesentlichen durch seinen Parteiführerstil geprägt gewesen („the apotheosis of party management“). Dazu habe eine Personalisierung des Regierungshandelns gehört, die sich nicht nur in einer personenbezogenen Arbeitsweise, sondern auch in informellen Umgehungen von Exekutive und Parteigremien bei der Entscheidungsfindung („Küchenkabinett“) äußerte. Unter Kohl habe die Entwicklung von der Kanzlerdemokratie der alten Bundesrepublik zur Koordinationsdemokratie des neuen Deutschland eingesetzt. Die Autoren geben aber zu, dass Kohls lange Regierungszeit, noch dazu mit der deutschen Einheit in der Mitte,

68 Evelyn SCHMIDTKE, *Der Bundeskanzler im Spannungsfeld zwischen Kanzlerdemokratie und Parteiendemokratie. Ein Vergleich der Regierungsstile Konrad Adenauers und Helmut Kohls*, Marburg 2001.

69 Stephen PADGETT (Hg.), *Adenauer to Kohl. The Development of the German Chancellorship*, London 1994.

es problematisch macht, durchgängig passende Deutungen zu finden. Im resümierenden Schlusskapitel (*Gordon Smith*) werden Kohl drei Kanzlerleben zuerkannt: Kanzler der Wendepolitik bis 1989, Kanzler der Einheit 1989/90 und Kanzler des vereinigten Deutschlands, der zwischen der Wiederanknüpfung („reversion“) an seine frühe Kanzlerschaft und den wirtschaftlichen sowie außenpolitischen Anforderungen des Übergangs zum „Post-Unification Germany“ schwankte. Seine zunehmende Führungsschwäche in den 1990er Jahren sei auch im Zusammenhang mit dem Niedergang der Volksparteien und der höheren Wahlfluktuation zu sehen.

Den innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess innerhalb der CDU unter dem Vorsitz Helmut Kohls hat die Berliner Privatdozentin für Politikwissenschaft *Ingrid Reichart-Dreyer* am Beispiel des Grundsatzprogramms der CDU von 1994 untersucht.⁷⁰ Fragestellung, Argumentation und Terminologie ihrer am Otto-Suhr-Institut der FU angenommenen Habilitationsschrift sind an Politischer Theorie, Politischer Soziologie, Sozialpsychologie und Verfassungslehre orientiert, was sich sprachlich in Wendungen wie „permanente Präferenzkreation“, „Kollektivgutproblem“, „Handlungsergebnisverantwortung“, „Koevolution“ u. ä. niederschlägt. Als Quellen wurde neben Publikationen der CDU und ihrer Gliederungen auch ungedrucktes Material von Politikern aus der Parteiarbeit ausgewertet. Die Untersuchung geht von vier Schlüsselfragen aus: Wer organisierte die Programmarbeit, wie beeinflusste die Art des Vorgehens das Ergebnis, wer setzte sich durch und inwieweit trug die Programmarbeit dazu bei, die Aufgaben einer politischen Partei zu erfüllen? Das Ergebnis ist, dass die CDU dabei ihre Chance verpasst habe, über das Parteiprogramm durch Annäherung an das Gemeinwohl gesellschaftlich integrierend zu wirken und die zur gesellschaftlichen Reform notwendige Offenheit und Lernfähigkeit herzustellen. Stattdessen habe die Parteiführung den programmatischen Arbeitsprozess machttaktisch kanalisiert. Der Vorsitzende und Bundeskanzler Kohl sei im Hinblick auf Zugang, Zeitrahmen und Reichweite der Programmarbeit Herr des Verfahrens geblieben. Aus dem Kanzleramt heraus hielt er über ein engmaschiges personalisiertes Netz in jeder Phase der Diskussion die Fäden in der Hand, griff aber praktisch nie aktiv in die Programmdebatte ein, sondern vermittelte eher den Eindruck des Moderators. Er verfügte als Parteivorsitzender zudem über die Organisation, entschied also über die finanziellen Mittel und die zeitlichen Vorgaben. Für Kohl habe dabei die Programmarbeit weniger der Außen- als der Innenwirkung gedient, als ein Instrument des politischen Machterhalts und als Kitt der Partei durch Mobilisierung über Themen. Werde die Partei wie von Kohl als „politische Heimat“ begriffen, erscheine „die Integration unterschiedlicher Interes-

70 Ingrid REICHART-DREYER, *Macht und Demokratie in der CDU, dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994*, Wiesbaden 2001.

sen, Biographien, Erfahrungen und Sichtweisen nicht mehr als Aufgabe“ (S. 108). Mit dieser Position habe sich Kohl deutlich von den Zielen der beiden Vorsitzenden der Programmkommission, Lothar de Maizière und Reinhard Göhner, unterschieden, die der Partei durch Schärfung des demokratischen Bewusstseins und durch Gemeinsamkeit auf der Suche nach Orientierung eine Vermittlungsaufgabe im Sinne des Gemeinwohls zuweisen wollten. Kohl habe demgegenüber vom Grundsatzprogramm erwartet, dass es über die Tagespolitik hinaus als Kompass der Gemeinschaft die Richtlinie einer Politik für die Zukunft deutlich mache (Rede, Hamburger Parteitag 1994). Gleichzeitig habe er jedoch suggeriert, dass es sich um die Fortschreibung des Ludwigshafener Programms handle, nicht um einen Neuanfang. Die Programmarbeit sei so auf Werbung reduziert worden; Orientierung und Profilsetzung seien demgegenüber zurückgetreten: „Auf diese Weise verkündeten die Regierenden in dem von Mitgliederwiderspruch bereinigten Wahlprogramm dem Wahlvolk, wie es zu denken habe“ (S. 235).

Unter dem Titel „Macht und Machtverlust“ hat der Historiker *Frank Bösch* (Gießen) die Fortsetzung seiner „Geschichte der CDU“⁷¹ in der Ära Kohl⁷² herausgebracht. Nach der Reformphase unter Kohls Führung in den 1970er Jahren, so meint er erkennen zu können, habe die Parteipolitik vor allem dem Krisenmanagement und der Absicherung von Kohls Machtposition gedient. Mit der Rückkehr an die Regierung 1982 sei jedoch wieder – ähnlich wie bei Adenauer – das Kanzleramt „zur Heimat der Partei“ (S. 122) geworden, und auch ein informeller Führungsstil habe sich dabei wieder durchgesetzt. Das Parteipräsidium sei zwar ein wichtiges Koordinationsgremium geblieben, aber im Vergleich zu den informellen Mitarbeiterzirkeln habe es nicht als Entscheidungszentrum funktioniert. Die Partei erhielt nach 1982 eine Doppelstruktur, die Elemente der Reformpartei und der Kanzlerpartei vereinte („organisierte Kanzlerpartei“), ablesbar an dem schwindenden Einfluss der Partei gegenüber der Regierungspolitik wie auch an den Veränderungen der Mitgliederbasis, Wählerbindung und Parteifinanzierung.

Aus der tiefen Krise, in der die CDU und Kohl Ende der 1980er Jahre gesteckt hätten, habe sie die deutsche Einheit gerettet. Nicht nur, dass Kohl im Wiedervereinigungsprozess ein bis zum „Starkult“ (S. 135) gehendes staatsmännisches Prestige gewonnen habe, ihm sei auch – im Zuge der Vereinigung mit der Ost-CDU – die Chance gegeben worden, die Partei zu seinen Gunsten umzugestalten (verringerte Bedeutung von Stellvertretern, Vorstand, Präsidium und Generalsekretär). Seine mit der Adenauer vergleichbare Parteiführung habe aus der CDU für einige Jahre wieder eine „Kanzlerpartei“ gemacht, bis

71 Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001.

72 DERS., *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002.

nach 1994 erneut Reformforderungen und Neuansätze in den Ländern das Gewicht der Partei vergrößert hätten.

In Kohls erster Regierungsphase (1982–1989) sei ein „gemäßigter Umbruch“ (S. 47) mit „mittleren Erfolgen“ in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gelungen. Doch langfristige Reformentwürfe („geistig-moralische Wende“) seien im Diskussions- und Durchsetzungsprozess verblasst, so dass die Bilanz im ganzen zwiespältig ausfalle: Die CDU erhielt ein „doppeltes Gesicht“ als Partei des Aufschwunges und als Partei der sozialen Kälte (S. 51).

„Mittlere Erfolge“ hätten auch die Außen- und Sicherheitspolitik geprägt, in der Kohl aber „als Architekt eines gemeinsamen Europa“ Profil gewonnen habe. Die Wiedervereinigung sei für die Union ein „denkbar großes Geschenk“ in einer Phase gewesen, in der sie durch eine „pragmatische Regierungsfixierung“ blockiert war. Mit dem Profil, das Kohl als „Kanzler der Einheit“ gewann, habe er die Partei in der Folge nach innen festigen können. Nach dem Schub, den die Wiedervereinigung für die Innen- und Außenpolitik wie für die Autorität des Bundeskanzlers bedeutete, blieben in der zweiten gesamtdeutschen Regierung Kohl die politischen Erfolge aus. Damit habe sich auch wiederum das Profil der CDU verschoben, die 1998 „ähnlich perspektivenlos und unkreativ“ wirkte wie kurz vor der Einheit (S. 62–65). Kohl habe den Fehler begangen, nicht rechtzeitig die Macht abzugeben, obwohl er die Fälle Peter Altmeier und Konrad Adenauer vor Augen hatte. In seiner Nachfolgefrage (insbesondere in Bezug auf Schäuble) habe er ein „selbstherrliches Machtgebaren“ gezeigt und den Eindruck gemacht, als betrachte er „seine Ämter als einen persönlichen Erbhof“ (S. 146f.). Man merkt dem Buch an vielen Widersprüchen und Unsicherheiten im Urteil an, dass es hastig und vielfach durch Montage aus bereits erschienenen anderen Beiträgen des Autors niedergeschrieben worden ist.

Als Kanzler und Parteivorsitzender hat Kohl in seinen 16 Regierungsjahren mehr als 60 Wahlkämpfe bestritten – zu Bundestags- (5) und Landtagswahlen (49 bzw. mit der CSU 53), zu drei Europawahlen und zur Volkskammerwahl in der DDR 1990. Volker Hetterich weist in seiner bei Max Kaase entstandenen Dissertation⁷³ über die Wahlkämpfe in der Bundesrepublik darauf hin, dass Wahlkampfplanung und Wahlkampfführung im Vergleich zu Wählerverhalten und Wahlrends als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung in Deutschland kaum Interesse gefunden haben. Seine Längsschnittanalyse ist der gelungene Versuch, die bundesrepublikanischen Wahlkämpfe im Kontext

73 Volker HETTERICH, *Von Adenauer bis Schröder – der Kampf um Stimmen. Eine Längsschnittanalyse der Wahlkampagnen von CDU und SPD bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998*, Opladen 2000. – Für den Bundestagswahlkampf 1998 vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Hans Matthias KEPPLINGER/Wolfgang DONSBACH (Hg.), *Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*, 2. Aufl., Freiburg 2000.

ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen zu untersuchen und das Parteihandeln dabei auch aus der Perspektive der Akteure zu erklären. Für den Wahlkämpfer Kohl wird unter anderem herausgestellt, dass er die Anlage seiner Wahlkämpfe stets selbst bis in Detail verfolgt habe. Bis 1990 zumindest sei auch die Struktur seines Kampagnemanagements ebenso wie sein engster Beraterkreis von Kontinuität geprägt gewesen. Von 1983 an hätten Kohl und die CDU auf die Personalisierung gesetzt; die Wahlkämpfe seien als „Kanzlerkampagnen“ aufgezogen worden, insbesondere in den 1990er Wahlen im Fernsehen, das „in einer quantitativ wie qualitativ neuen Dimension zur Personalisierung des CDU-Wahlkampfes auf Kohl“ (S. 327) beigetragen habe. Dabei habe Kohl von den privaten Sendern profitiert, so dass hier die Vermutung eines Zusammenhangs mit der von ihm betriebenen Medienpolitik naheliege (S. 264). Beim Bundestagswahlkampf 1998 sei allerdings die hochgradige Personalisierung auf Kohl in dem Maße unglaubwürdig geworden, in dem sich die Diskussion über die weitere Dauer seiner Amtszeit, auch in der Union selbst, verstärkt habe. „Der CDU misslang es diesmal, eine konzeptionell wie handwerklich konsistente Kampagne zu führen ...“ (S. 407).

Zu den prominentesten Kritikern der Personalisierung auf Kohl in den Wahlkämpfen gehörte *Heiner Geißler*, der erfolgreiche Wahlkampfführer der CDU in den 1980er Jahren. Sein Buch „Gefährlicher Sieg“⁷⁴, in dem er die Partei daran erinnert, dass Politik auch Programmatik und Streit über Inhalte bedeute, ahmt den Stil eines Tagebuches nach, mit zeitlich unregelmäßigen Eintragungen, die am 8. September 1993 (Sitzung des CDU-Präsidiums) einsetzen und mit dem 23. November 1994 enden (Kohls Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl als Bundeskanzler). Verarbeitet werden Daten des persönlichen Lebens, eigene Reflexionen sowie Presseartikel, die zu kommentierenden Betrachtungen von Vorgängen in Politik und Gesellschaft zusammengesetzt werden. In seiner Regierungserklärung habe Kohl zwar die Anregung Geißlers, „die Menschen direkt anzusprechen“, aufgegriffen, aber dies mit der Botschaft verbunden, die Deutschen sollen fitter, rationeller, konkurrenzfähiger werden, ohne deutlich zu machen, warum und wozu sie die Anstrengungen auf sich nehmen sollten. Geißler versucht demgegenüber unter der Überschrift „Ticket ins Jahr 2000“ zur Diskussion über die Zukunftsaufgaben beizutragen (Modernisierung der Union und neue Ziele wie Bundesstaat Europa, Verantwortung Deutschlands für die Menschenrechte in der Welt, Auseinandersetzung mit dem Fundamentalismus, Abschied von der Männergesellschaft, technologische Innovation, ökologische und soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität, Umbau des Sozialstaats mit Konzentration auf das Wichtige, grundsätzliche Änderung der Steuerpolitik). Die allfälligen Reformen

74 Heiner GEIBLER, *Gefährlicher Sieg. Die Bundestagswahl 1994 und ihre Folgen*, Köln 1995.

verlangten, Streit anzufangen über die Antworten auf diese großen Herausforderungen. Dabei gelte es zu beachten: „Der soziale Friede ist ein Produktionsfaktor.“ Es handelt sich um Aktualisierungen sattsam bekannter Geißler'scher Ansichten und Positionen.

Die lange Amtszeit der Regierung Kohl hat das Forschungsinteresse besonders auf Themen des Policy-making gelenkt. Der Regierungstechnik Bundeskanzler Kohls wird nicht selten nachgesagt, das eine parteipolitisierte, informalisierte Entscheidungsfindung im politischen Prozess den grundgesetzlich vorgeschriebenen „formalen“ Verfahrenswegen vorgegangen sei. Es wird sogar eine Dominanz der parteipolitisierten, informalen Komponenten der Politikformulierung in der Ära Kohl unterstellt. Der Wirkungsweise von Informalisierung und Parteipolitisierung in den Legislaturperioden von 1982–1994 ist *Frederik A. Petersohn* konkret zugespitzt auf das Beispiel der Steuerpolitik und des informalen wie informellen Einflusspotentials des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) als organisierter Interessenvertretung auf den Grund gegangen.⁷⁵ Er vermag in seiner Spezialfallstudie zu zeigen, dass es im Bereich der Steuerpolitik für den gesamten Untersuchungszeitraum nicht durchgängig-einheitlich und in der gleichen Ausprägung eine „Informalisierung und Parteipolitisierung ehemals formal-exekutiver Prozesse“ durch Formen und Gremien der Koalitionszusammenarbeit gegeben hat. Nach dem Verlust der strategischen Mehrheit im Bundesrat hätten informale interfraktionelle Konsultationen innerhalb der Koalition sogar an Bedeutung verloren. Die steuerpolitischen Positionen des BDI habe nur die FDP in wesentlichen Punkten vertreten, sei aber damit gegenüber den Koalitionsparteien CDU und CSU nicht durchgedrungen. Da der BDI keinen direkten Zugang zu den Koalitionsgremien gefunden habe und informelle Interaktionen wie Kontakte und inneres Lobbying für ihn nur bedingt zu aktivieren gewesen seien, habe er bei seiner Einflussnahme auf die Öffentlichkeitsarbeit gesetzt. Die Zugeständnisse der Koalitionsregierung seien für den BDI insgesamt enttäuschend gewesen. Lediglich während der relativ kurzen Amtszeit von Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (1991–1993) sei es ganz offen zur „Verzahnung wirtschaftspolitischer Forderungen des Spitzenverbandes und der Agendabildung eines Bundesministers“ (S. 205) gekommen. Die ablehnende Haltung des Koalitionspartners habe aber damals eine Steuerpolitik im Sinne des BDI verhindert. Die Untersuchung eröffnet interessante Einblicke in die Lenkungsmöglichkeiten und Beeinflussungswege eines Spitzenverbandes der Wirtschaft bei Gesetzgebungsverfahren. Gewünscht hätte man sich allerdings für die Darstel-

75 *Frederik A. PETERSOHN, Zur Bedeutung von Informalisierung und Parteipolitisierung im Politikformulierungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der steuerpolitischen Positionen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) zwischen 1982 und 1994* (Uni Press Hochschulschriften 112), Münster 2000.

lung, dass sie nicht ganz so verwickelt und verwirrend ausgefallen wäre wie ihr „Gegenstand“.

Historisch gibt es sicherlich gute Gründe, die Regierungszeit Kohls als „Höhepunkt der Kanzlerdemokratie“ zu charakterisieren,⁷⁶ der „periodischen Ausprägung der deutschen Verfassungswirklichkeit“, wie es *Werner Kaltefleiter* einmal ausgedrückt hat.⁷⁷ Nach seiner Meinung hätten für Kohl „die Parameter des Parteiensystems wieder auf Kanzlerdemokratie gestanden“; später habe auch noch das Profil des „Kanzlers der zwei Einheiten“, der deutschen und der europäischen, seine Kanzlerdemokratie geprägt. Auch *Karlheinz Nicolauß* hat nach den von ihm in seiner Monographie über die „Kanzlerdemokratie“⁷⁸ herausgearbeiteten Merkmalen die Kanzlerschaft Kohls mit diesem Regierungstyp identifiziert. Abstriche macht er jedoch beim „Kanzlerprinzip“, dem Kohl Mitte der 1980er und in der Endphase seiner Regierungszeit mit wechselndem Erfolg oder sogar unvollkommen gerecht geworden sei (S. 292). Hingegen sei sein Verhältnis zur „Kanzlerpartei“ der „Schlüssel zum Verständnis“ seiner Kanzlerdemokratie. Eine derart enge Verbindung zwischen Kanzleramt und Parteivorsitz habe es bei keinem anderen Kanzler gegeben. Die Dominanz des Bundeskanzlers über seine Partei sei bei Kohl als Merkmal der Kanzlerdemokratie – für sie gibt es offenbar einen Messbereich mit eingeschränkten Toleranzen – „zu stark“ (!) ausgeprägt gewesen. Voll gegeben gewesen sei während Kohls Kanzlerschaft der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition als weiteres Merkmal der Kanzlerdemokratie, nur im letzten Regierungsjahr sei die Polarisierung zwischen den Lagern nicht so zur Geltung gekommen. Von Anfang an vorhanden gewesen seien aber Engagement und Kompetenz des Kanzlers in der Außenpolitik. Das persönliche Prestige Kohls („Personalisierung“) wiederum habe Mitte der 1980er Jahre deutliche Einbußen erlitten; so sei die Bundestagswahl 1987 keine ausgesprochene Kanzlerwahl gewesen. Doch die Wiedervereinigung und die dadurch erworbene Reputation als internationaler Staatsmann hätten die Image- und Umfragewerte Kohls enorm gesteigert. In der Bundestagswahl 1994 habe er politisch stark von Medienpräsenz und Personalisierung profitiert.

Als „Kanzlerdemokratie im Parteienstaat“ hat *Karl-Rudolf Korte* die Regierungspraxis Kohls typisiert; sie habe auf „Machtabstärkung seiner Richtlinien-

76 Vgl. Henning KÖHLER, *Höhepunkt der Kanzlerdemokratie. Helmut Kohl hat Deutschland und Europa entscheidend vorangebracht*, in: *Die Politische Meinung* 55 (2010) 485, S. 43–49.

77 Werner KALTEFLEITER, *Die Kanzlerdemokratie des Helmut Kohl*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 27 (1996), H. 1, S. 27–37, hier S. 28.

78 Karlheinz NICLAUß, *Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Paderborn 2004. (Akt. Fassung seines erstmals 1988 erschienenen Buches).

enkompetenz durch die unbestreitbare Herrschaft über die CDU“ beruht.⁷⁹ Der Führungsstil wird als persönlich geprägt und personenbezogen definiert. Kohl habe vor allem vermittelt durch Personen seines Netzwerkes regiert. Das habe sich unter anderem in einer geschickten Personalpolitik geäußert. Ein „stilles Regieren“ durch Integrieren und Moderieren habe ebenso dazu gehört wie eine „Verflüssigung der Richtlinienkompetenz“ durch informelle Verfahren in Verbindung mit relativer Offenheit in Sachfragen. Das und eine subtile Ausbalancierung der Machtarchitektur habe das „System Kohl“ ausgemacht. Korte stellt am Ende der Ära Kohl – noch unbeeinflusst vom Sturm des CDU-Spendenskandals – die interessante These auf, dass das System Kohl „durchaus auch als eine moderne, zeitgemäße Antwort“ auf die Herausforderungen durch Parlamentsstrategien, Amtshierarchien, Verbandspositionen, Länderinteressen, Parteikonstellationen und die Züge anderer Vetospieler angesehen werden könne. Wie solle eine parlamentarisch-demokratische Regierung auf die „Globalisierung der Politik“ reagieren, wie auf die Entgrenzung politischer Entscheidung, auf die zunehmende Bürokratisierung und auf die neuen Mittel der Kommunikation?

Der Parteispendenskandal 1999/2000, der die CDU bis ins Mark erschütterte und das Ansehen ihres nunmehrigen Ehrenvorsitzenden Kohl rampoanierte, machte solche Überlegungen obsolet. Regierungsleistung und Führungsstil Kohls gerieten ins Zwielficht. Neben das Bild des „Kanzlers der Einheit“ schob sich das des „Bimbos-Kanzlers“ („Der Spiegel“, 21. Februar 2000). Das „System Kohl“ wurde schlagartig ein Pejorativ, ein „giftiges System“, wie es *Georg Seeblen* in der taz beschrieb, bei dem „bloße Berührung genügt, um Biografie und Moral entscheidend aus der Bahn zu werfen“.⁸⁰ Nicht nur, dass Kohl durch seinen Umgang mit Spenden und seine illegalen Parteifinanzierungspraktiken die CDU in die größte Krise ihrer Geschichte stürzte, seine Regierung geriet auch durch Schmiergeldaffären wie um die Privatisierung der Leuna-Raffinerie und um Panzerlieferungen an Saudi-Arabien in den Verdacht der Korruption. Mehr noch: Es zeigte sich die Macht des Geldes als Element politischer Führung und personalistischen Machtanspruchs. Wie ein großes Fragezeichen heftete sich dieser Affärenkomplex der Ära Kohl an und modifizierte deren öffentliches Bild in Wissenschaft, Politik und Publizistik. Für die Nachfolgerregierung kam sie gerade recht, um aus dem gewaltigen Schatten des „Kanzlers der Einheit“ heraustreten zu können.

Als „System Kohl“ ist die Auslagerung politisch wichtiger Sachverhalte aus der Regelorganisation der Partei oder Regierung in Einzelkontakte, die über

79 Karl-Rudolf KORTE, *Kommt es auf die Person des Kanzlers an? Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der „Kanzlerdemokratie“ des deutschen „Parteienstaates“*, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998) H. 3, S. 387–401.

80 Georg SEEBLER, „Das Kohlgate-Lächeln“, in: taz vom 26.1.2000.

einen „personalistischen Machtanspruch“ durch Verparteilichung, politische „Tischgemeinschaft“ und Verpfändung gesteuert werden, von *Rainer Weinert* auf die soziologischen Aspekte hin untersucht worden.⁸¹ Die politischen Führungsstrukturen der CDU wie der Regierung seien von Kohl „durch eine eigentümliche Form der Personalisierung“, ein undurchschaubares Geflecht persönlicher Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse, „überwölbt“ worden. Das „System Kohl“ wird so als „Überwölbung verfassungsmäßiger Zuständigkeiten und institutioneller Kompetenzräume durch personalistische Direktkontakte“ (S. 377) definiert. Die „personalistische Kompetenzappropriation“ habe sich dabei nicht auf alle Ressorts, sondern nur auf jene politischen Bereiche bezogen, die für den Kanzler bedeutsam gewesen wären. Diese Struktur personaler Abhängigkeiten und Verpflichtungen sei wiederum durch ein umfangreiches Pfründensystem gefestigt worden. Der Verfasser sieht das politische System in Deutschland auch künftig der Informalisierung und Oligarchisierung ausgesetzt. Die „personalistische Versuchung“ bestehe angesichts der aufwendigen Verfahren politischer Entscheidungsfindung für jeden Kanzler und Parteiführer: „Oder anders ausgedrückt: Kohl kommt wieder“.

Als „Tatzeuge“ hat *Friedbert Pflüger* (1977/78 RCDS-Bundesvorsitzender, 1981–1989 Mitarbeiter von Richard von Weizsäcker, seit 1984 als Pressesprecher des Bundespräsidenten, 1990–2006 MdB, 2006 Spitzenkandidat des CDU für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, seit 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 2006–2008 dort CDU-Fraktionsvorsitzender)⁸² einen Bericht über das „System Kohl“ abgeliefert. Laut Klappentext erwarb er sich in der Ära Kohl „den Ruf eines unabhängigen Politikers, der auch vor deutlicher Kritik am Bundeskanzler nicht zurückschreckte“. Sein Buch, das auf persönlichen Aufzeichnungen über die Ereignisse in der CDU und um Kohl von 1999/2000 beruhen soll, ist zu jenen „Rette sich, wer kann“-Äußerungen zu zählen, mit denen CDU-Politiker in dem öffentlichen Wirbel des CDU-Parteispendenskandals ihr Verhältnis zu Kohl zu erklären und zu korrigieren suchten, um möglichst ohne Beschädigung ihrer Position und ihres Ansehens zu bleiben.

In diesem Sinn werden zunächst eigene Erfahrungen mit dem „System Kohl“ geschildert („Innenansichten“) und daraus 21 „Lehrsätze“ formuliert, die aus Kohls politischer Praxis allgemeine Regeln der Machttechnik in der Parteiendemokratie ableiten. Nur – Kohl ist kein „Principe“ gewesen, und Pflüger ist kein Denker von Machiavelli-Format! So ist denn fast alles ziemlich banal, was da an Machtkunstlehre der Parteiendemokratie ausgeführt ist. Etwa: Nimm die ‚Neuen‘ ernst; erweise Politikern auf allen Ebenen kleine

81 Rainer WEINERT, *Politischer Personalismus in Deutschland. Soziologische Aspekte des „Systems Kohl“*, in: Berliner Journal für Soziologie 11 (2001) 3, S. 375–390.

82 Friedbert PFLÜGER, *Ehrenwort. Das System Kohl und der Neubeginn*, Stuttgart 2000.

Gefallen; suche dir für deine engste Umgebung eine absolut treu ergebene Mitarbeiterin; lade ab und zu politische Mitstreiter zu Essensrunden in den kleinen Kreis deiner Vertrauten ein; wenn du Bundeskanzler bist, dann verzichte nicht auf die Führung von Partei und Fraktion usw. Nach Auskunfterteilung darüber, wie er die drei Monate vom Bekanntwerden der „schwarzen“ CDU-Konten bis zum Rücktritt Schäubles erlebte, vom „ersten Schock“ bis zu „Rühes Wunder“ (Wahlergebnis in Schleswig-Holstein: 35,2 Prozent), lässt Pflüger sich über seinen Spaß an der Politik und seinen politischen Beruf aus. Er setzt sich mit den geläufigen Vorurteilen gegenüber der Abgeordnetentätigkeit auseinander (Gauner, Mittelmaß, Absahner, Faule, Traumtänzer) und spart auch das mühsame Spendensammeln für Wahlkämpfe und Parteiarbeit im Wahlkreis nicht aus. Zum Schluss wird unter dem Motto „Den Neubeginn wagen“ eine Agenda 2050 (!) der Parteireform ausgebreitet. Der Respekt und die Anerkennung, die dem Staatsmann Kohl und seiner historischen Leistung gezollt werden, dienen dabei zugleich als Legitimation für eine Auseinandersetzung mit den Schattenseiten der „Herrschaft“ Kohls, die „zur Komplettierung des Machtsystems“ selbst vor illegalen Methoden nicht zurückgeschreckt sei. Kohl wird von Pflüger in einer Doppelgestalt porträtiert, geteilt in den Staatsmann, der die Verbindung von deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einheit verwirklichte, und den „Demokrator“, der einen absoluten Führungsstil praktizierte, schwarze Konten unterhielt und sich nicht scheute, das Parteiengesetz zu brechen. Beides sei jedoch nicht gegeneinander aufzurechnen: Kohls historische Leistungen blieben ebenso bestehen wie die Rechtsbrüche und der „nicht erträgliche“ Umgang mit dem Ehrbegriff. Das Bild, das Pflüger von Kohl zeichnet, bewegt sich zwischen Verehrung und Verurteilung.

Tonart und Tonstärke der schrillen Auseinandersetzung mit dem System Kohl wurden jedoch von der journalistischen Publizistik bestimmt, die Kohl als einen „Systempolitiker“ abzustempeln suchte. Als erprobte Vertreter der investigativen Reportage erzählen *John Goetz*, *Conny Neumann* und *Oliver Schröm* den Schmiergeld- und Parteispendenskandal⁸³ um die berichtigten Lobbyisten Dieter Holzer und Karlheinz Schreiber aus der Perspektive der Steuerfahnder und Staatsanwälte, wobei sie sich mangels nicht zugänglicher Dienstunterlagen auf Dokumente stützen, die sie „aus anderen Quellen erhalten haben“, etwa auf Handakten oder Protokolle des Bundestagsuntersuchungsausschusses wie auch auf mündliche Informationen von Ermittlern, Zeugen und sonstwie Beteiligten. Im Mittelpunkt der Darstellung steht der Augsburger Staatsanwalt Winfried Maier, der wie der Held eines Kriminalromans genrekundig in Szene gesetzt wird. „Es war ein nasskalter Wintermorgen, als Winfried Maier aus der zweimotorigen Propellermaschine der Augs-

83 John GOETZ/Conny NEUMANN/Oliver SCHRÖM, *Allein gegen Kohl, Kiep & Co. Die Geschichte einer unerwünschten Ermittlung*, Berlin 2000.

burg Airways stieg. Berlin empfing ihn mit dunklen Wolken“, so fängt es an – Raymond Chandler lässt grüßen. Im „Epilog“ wird dann Kohl als selbstherrlicher „Pate“ dieses Systems festgemacht (S. 209f.). Neben Einzelheiten über die schwierige Ermittlungsarbeit in diesem Politikskandal ist bei der Lektüre nach zehn Jahren vor allem zweierlei festzuhalten: Je aktueller solche Reportagen aufgemacht sind, desto schneller sehen sie alt aus. Und wenn etwas den Autoren nicht in den Kram gepasst hat, ist ihr investigativer Ehrgeiz plötzlich wie verfliegen.

Das gilt auch für die „Zeit“-Redakteure *Thomas Kleine-Brockhoff* und *Bruno Schirra*. Bei ihrem Buch⁸⁴ handelt es sich um eine Zusammenstellung und Ausarbeitung von Artikeln, die schon im „Dossier“ der „Zeit“ erschienen sind. Man begegnet hier dem „investigativen Journalismus“ in der abstoßendsten Form, weil er einseitig-polemisch und in untersuchungsrichterlicher Anmaßung betrieben wird. Als selbsternannte Volkstribunen, die ihre Rechercheergebnisse und Schlussfolgerungen allein als Wahrheit gelten lassen, nehmen sie sich aufgrund ihrer zur Schau gestellten „Verpflichtung“ auf das „Prinzip Öffentlichkeit“ (S. 14) das Recht zur Schmähung. Das Rezept ist bekannt und bewährt: Man formuliert Verdächtigungen und konstruiert Zusammenhänge, die eine „Schuld“ suggerieren, und wenn der Betroffene sich dagegen verwahrt, wird das als Reaktion eines Ertappten gedeutet. Weitere Zutaten sind inkriminierende Fragen, die andere Feststellungen als die eigenen prinzipiell in Zweifel ziehen, und eine diskriminierende Wortwahl wie „Täter“, „Tatort“, „Staatskriminalität“, „unappetitlich“, „ehrenwerte Gesellschaft“, „übel Riechendes“ usw.

Hauptquellen der Recherchen sind auch hier neben veröffentlichtem Material vor allem Interviews, geheime Informanten, Dokumente, die auf anonymem Weg oder bei „klandestinen Treffen“ erworben wurden. Der Kauf der Leuna-Werke durch den französischen Ölkonzern Elf-Aquitaine wird als Schlüsselereignis der Finanzaffären in der Kohl-Regierung dargestellt. Leuna erscheint als bloßer Ausschnitt eines „Kartells der Begünstigung“, in dem die Käuflichkeit von Politikern der Dreh- und Angelpunkt gewesen wäre. Gemeint, obzwar nur gleichsam nebensächlich genannt, ist das „System Kohl“ (S. 139), in dem „viele einzelne Akteure in Regierung, Partei und Wirtschaft ‚spezielle Vorteile‘ genossen hatten. Ein ganzes System zur wechselseitigen Befriedigung partikularer Interessen ist entstanden ...“ (S. 159). Nach Definition hätte es sich bei diesen „unappetitlichen Geschäften“ um handfeste Korruption gehandelt, die durch Aktenraub aus dem Bundeskanzleramt schließlich sogar zu „kruder Regierungskriminalität“ geworden wäre, zu einem „deutschen Watergate“ (S. 88). Zu dem „System“ hätte gehört, dass von den Staats-

84 Thomas KLEINE-BROCKHOFF und Bruno SCHIRRA, *Das System Leuna. Wie Politiker gekauft werden. Warum die Justiz wegschaut*, Hamburg 2001.

anwaltschaften gegenüber dieser „offenkundigen Staatskriminalität“ jahrelang Ermittlungsverweigerung betrieben worden wäre und sich die Justiz in skandalöser Weise von der Politik abhängig gezeigt hätte (Nachwort: „Die Täter müssen ans Licht – Wider die Abhängigkeit der Aufklärer“). Das Buch behandelt auch den Max-Strauß-Fall, die Affäre um die verschwundenen Kanzleramtsakten („Bundeslöschtag“)⁸⁵, den Pfahls-Komplex sowie die Ehlerding-Spende an die CDU und ihren Hintergrund. Ein „System“ soll deutlich gemacht und angeprangert werden. Die Polemik des Buches richtet sich weniger direkt gegen Kohl, aber es wird sehr deutlich gemacht, dass mit dem „System Leuna“ das „System Kohl“ gemeint ist. Gleich im Vorwort wird Kohl zusammen mit seinem „Hausmeister“ (!) Friedrich Bohl als Verantwortlicher für die „Staatskriminalität im Kanzleramt“ apostrophiert.

Das Buch von *Klaus Dreher* über das Parteifinanzierungssystem der CDU in der Ära Kohl mit Sonderkonten, Schwarzgeldzahlungen und verdeckten Großspenden ist ein Nachtrag oder besser Nachschlag zur Kohl-Biographie des Autors von 1998.⁸⁶ Kohl wird darin im Umgang mit Spendengeldern und geheimen Konten als machtbessener, selbstgerechter, charakterlich deformierter Politiker gezeichnet, der sich Loyalität und Ausbau seiner Machtstellung in der Partei „gekauft“ hätte. Er sei zwar persönlich nicht korrupt, aber er habe um der Macht und des Machterhalts willen seine Mitarbeiter, seine Partei und die Parteigelder instrumentalisiert. Seine Skrupellosigkeit habe ihn dabei bis zu illegalen Finanzpraktiken und bis zum vorsätzlichen Verstoß gegen die Verfassung getrieben. Kurz: Das vielberufene „System Kohl“ habe aus 25 Jahren dubioser, mit List und Tücke ausgebaute Parteifinanzierung und illegaler Spendenpraxis bestanden. Dreher übernimmt die These von Bösch (siehe S. 350f.), wonach Kohl die von ihm zuerst heftig kritisierte verdeckte Parteifinanzierung und die „schwarzen Kassen“ der „Adenauer-CDU“ nicht nur übernommen, sondern das ganze „System“ auch in seinen illegalen Methoden weiter ausgebaut habe, nachdem er selbst Parteivorsitzender geworden sei (S. 35ff.). Selbst der Konflikt zwischen Kohl und Geißler 1987/89 wird im Wesentlichen auf die Differenzen in Sachen Kontenwirtschaft Kohls zurückgeführt. Die Trennung von Geißler in Bremen 1989 soll nicht das Ergebnis eines Machtkampfes im Anschluss an die enttäuschende Bundestagswahl von

85 Vgl. Günter BUCHSTAB, *Bundeslöschtag? Ein Lehrstück über die Skandalisierung der Politik*, in: Bernhard LÖFFLER/Karsten RUPPERT (Hg.), *Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag*, Köln 2006, S. 633–661. Nach der Lektüre dieses Kabinettsstücks historischer Konkretisierung stellt sich auch die Frage, wie es kommt, dass sich Journalisten eines renommierten Blattes derart zu Laufburschen der Parteipolitik machen lassen.

86 Klaus DREHER, *Kohl und die Konten. Eine schwarze Finanzgeschichte*, Stuttgart 2002. – Die Biographie (DERS., *Helmut Kohl, Leben mit Macht*, Stuttgart 1998) ist im ersten Teil dieses Literaturberichts (wie Anm. 1), S. 400f. vorgestellt worden.

1987 gewesen sein, sondern eine moralische Veranstaltung, in der sich der Mitwisser Geißler, von Gewissensbissen gequält, dem illegalen Finanzgebaren Kohls verweigert habe. „Jetzt wissen wir es besser. Es waren die schwarzen Konten“ (S. 106). Kohl habe die Partei gekauft und bestochen, um ihre Zustimmung zu bekommen. Wie die Parteifinzen habe Kohl auch die politischen Ereignisse vom Herbst 1989 für seine innerparteilichen Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Denn, so Dreher, ohne die deutsche Einheit wäre die Regierung Kohl 1991 beendet worden und er „einer der mittelmäßigen Bundeskanzler geblieben, die von der Geschichte vergessen werden.“ Rezensionen haben dem Verfasser eine diffuse und fehlerhafte Zusammenschreibung von Nachrichtenmaterial und Pressestimmen vorgeworfen. Noch mehr missfällt der schrille Grundton dieses Machwerks, das darauf angelegt ist, Kohl als monströsen Seelen(ver)käufer, als jeden „erdrückende Riesengestalt“ (S. 196) zu denunzieren. Der hämische Ton, der auch im Schlussabschnitt über den Tod Hannelore Kohls nicht zu überhören ist, disqualifiziert nicht nur sachlich das Buch, sondern auch charakterlich den Autor.

Auch die SZ mit ihren prominenten Redakteuren *Hans Leyendecker*, *Michael Stiller* und *Heribert Prantl*⁸⁷ tat sich darin hervor, den CDU-Spendenskandal als Signum der Ära Kohl darzustellen. Leyendecker liefert eine Reportage des Spendenskandals, den er als logischen Endpunkt des Aufstiegs Kohls zur Macht biographisch „verortet“. Die Story setzt mit Kohls politischen Anfängen in Ludwigshafen und Rheinland-Pfalz ein. In süffisant ausgemalten Einzelheiten und immer im launigen Präsens: Steueroase Rheinland-Pfalz, Schiebereien mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung, Flicks schwarze Kassen „wg. Kohl“ einschließlich des „Black out“ vor dem Untersuchungsausschuss, Geldsegen von der Ost-CDU, Leuna-Affäre usw., ab „November 1999“ nur noch in Monatskapiteln bis „Mai/Juni 2000“, ein Indiz dafür, mit welcher heißen Nadel das alles gestrickt wurde. Das Finanzsystem der CDU ist als bewegender Mechanismus des Systems Kohl beschrieben. Erst durch Kohl habe die von Anbeginn „schief gelaufene“ – das heißt illegale – Parteifinanzierung der CDU jene fatale Beziehung zur Erhaltung persönlicher Macht bekommen, in vollem Bewusstsein der Ungesetzlichkeit des Finanzgebarens und daher „konspirativ“.

Prantls Botschaft ist: Nicht nur die CDU, sondern auch die CSU, nicht nur Kohl, sondern auch die Amigos, ergo: Die Union insgesamt und ihre Politiker überhaupt sind im Wesenskern so verdorben! Das Hauptanliegen ist, Kohl als Rechtsbrecher anzuprangern. Zu diesem Zweck werden die bekannten Vorgän-

87 Hans LEYENDECKER, *Helmut Kohl, die CDU und die Spenden. Eine Fortsetzungsgeschichte* (S. 11–244); Michael STILLER, *Strauß, Schreiber & Co. Das weißblaue Amigo-System* (S. 245–472); Heribert PRANTL, *Herrschaft und Barschaft. Von der Veralltäglichen des Ungesetzlichen. Ein Skandal und seine Folgen* (S. 473–595), in: *Helmut Kohl, die Macht und das Geld*, Göttingen 2000. Auch als Hörbuch im Radoropa Verlag Berlin 2006.

ge und Vorwürfe wie Szenen eines Dramas aneinandergereiht und alle Klischees über und zu Kohl bedient, flockig-locker und affektiert-selbstverliebt.

Kohls Vita: „ein politisches Märchen von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen“ (S. 477). Bis zuletzt im Finanzskandal habe der „Furchtlose“ jede Kritik an sich ablaufen lassen. Die kleine Welt der Provinz habe er zum Muster für die große genommen. Für das geistige Deutschland sei er die Verkörperung der Geistlosigkeit gewesen, aber er merkte das nicht, weil er seine stoische Selbstgefälligkeit mit Machtinstinkt verbunden habe. Sein Machtwillen und seine Machtverwirklichung seien bis zur Beschädigung des Rechtsstaates gegangen, ja er habe das Vertrauen in die Lauterkeit des parlamentarischen Systems untergraben. Kurz: Kohl stehe für den „Notstand der Republik“ (S. 585). Es ist ein Buch aus „aktuellem“ Anlass, das offensichtlich die heiße Konjunkturphase des Spendenskandals nutzen wollte, um die Gier des Publikums nach Enthüllung zu befriedigen. Ein Fertiggericht nach bewährten Rezepten, das – abgekühlt – reichlich abgestanden schmeckt.

Ob all diesen Autoren bewusst war, dass sie mit ihrem eifernden „System“-Gebrauch einen diffamierenden Kampfbegriff der Weimarer Republik wiederbelebten?⁸⁸

Kohl und die Medien

Im Rahmen einer vergleichenden Medienporträtierung der deutschen Kanzler hat der Publizist und Medienberater *Lars Rosumek* auch das Verhältnis Kohls zu den Medien auszuleuchten versucht.⁸⁹ Gestützt auf Interviews mit PR-Be-

88 Dazu der Leserbrief von Winfried BECKER (Universität Passau), „Wer ohne stichhaltige Beweise das angebliche ‚System Kohl‘ brandmarkt, sollte als guter Demokrat einmal darüber nachdenken, in welch fatale Nachbarschaft er sich begibt.“, in: „Die Welt“ vom 30.3.2000.

89 Lars ROSUMEK, *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel*, Frankfurt/M. 2007, S. 157–220. – Einen wissenschaftlichen Zugang zur Kanzlerdarstellung im Fernsehen bietet das aus einer Hildesheimer Dissertation hervorgegangene Buch von Christoph SCHEURLE, *Die deutschen Kanzler im Fernsehen. Theatrale Darstellungsstrategien von Politikern im Schlüsselmedium der Nachkriegsgeschichte*, Bielefeld 2009. Am Beispiel von Kanzlerdarstellungen wird das „Theater-Modell“ für Vorgänge der Politik in einem „Wahrnehmungsdreieck“ von Inszenierung, Rolle und Figur analysiert und diskutiert. Als empirische Materialgrundlage dienten Nachrichtensendungen, Live-Übertragungen, Rededuelle, Interviews, Wahlwerbung, Politische Magazine sowie Unterhaltungssendungen. Allerdings ist die Vorgehensweise bei der Untersuchung nicht historisch-deskriptiv, sondern eher systematisch-funktionalistisch, so dass kein komplexes Bild der Kanzlerdarstellung in der Ära Kohl vermittelt wird. Von Kohl heißt es, dass die Mühe, die er mit dem Öffentlichkeitssystem der Medien gehabt habe, sich auch bei seinen Auftritten zeigte, was ihn aber „in den Augen der Menge nicht nur sympathisch, sondern auch glaubwürdig erscheinen ließ“ (S. 192). Kohls persönlicher Stil habe nicht aufgrund von Medienkompetenz überzeugt, sondern weil er die Mühe, die er mit den Medien gehabt habe, als „Eigen-Art in seine Darstellung integriert“. Sein Darstellungstalent habe nicht im „dramatischen Dialog“ gelegen, sondern in der „episch ausgebreiteten Geschichtsdarstellung,

ratern und Regierungssprechern analysiert er fachkundig und urteilssicher die medienbezogene politische Öffentlichkeitsarbeit (Public Relations) der Kanzler seit Adenauer. Die Kanzlerdemokratie, das ist die Ausgangsfeststellung seiner Arbeit, verschaffe dem Kanzler einerseits einen deutlichen Vorsprung in der medialen Selbstdarstellung, andererseits sei die PR-Gestaltung immer auch von dessen persönlichen Kompetenzen und Präferenzen abhängig. So habe Kohl auch noch in den 1990er Jahren, als sich seine Imagewerte infolge der Wiedervereinigung verbesserten, „erkennbare Schwierigkeiten“ mit seiner Mediendarstellung gehabt. Seine Rolle sei gewissermaßen die des „Antihelden“ gewesen (S. 289/290), obwohl er der erste deutsche Regierungschef gewesen sei, „der unter ‚Vielkanalbedingungen‘ agieren konnte.“ Er habe aber die Optionen, die ihm das Privatfernsehen zur Selbstdarstellung geboten hätte, bis 1990 praktisch ungenutzt gelassen. Einen Grund dafür sieht der Verfasser im Misstrauen Kohls gegen Journalisten und deren Arbeit. Als erster Kanzler habe Kohl wesentliche Teile der politischen Öffentlichkeitsarbeit aus dem Bundespresseamt ins Bundeskanzleramt verlagert und auf professionelle Einzelberater zurückgegriffen.

Auch in der Medienarbeit während seiner Regierungszeit lassen sich zwei Phasen deutlich unterscheiden: Bis 1989 seien die persönlichen Kompetenz- und Imagewerte Kohls „auf bescheidenem Niveau“ geblieben; sein Image sei überwiegend negativ („Kanzler-Malus“), ja „teilweise tragisch-komisch“ gewesen. Das aber habe sich mit der deutschen Einheit grundlegend geändert und praktisch ins Gegenteil verkehrt: Kohl habe sich mit Beginn der 1990er Jahre „vom Medientolpatsch zum Medienliebbling“ entwickelt. Dabei habe als „entscheidender Faktor“ die Etablierung des Privatfernsehens gewirkt, im Besonderen sei für diesen Imagewandel aber auch der neue PR-Berater für Kohls Fernsehauftritte, der 1991 aus der CDU-Zentrale ins Kanzleramt gewechselte Andreas Fritzenkötter, verantwortlich gewesen. Kohl sei der erste Bundeskanzler gewesen, der für seine politische Öffentlichkeitsarbeit Formate der Fernsehunterhaltung statt der klassischen Formate genutzt habe. Trotz allen Prestigegewinns seit 1990 und trotz des im Wahlkampf von 1994 inszenierten Personenkults um ihn sei aber Kohl „kein charismatischer Kanzler im klassischen Sinn“ gewesen.

Als einen Beitrag zur politischen Kommunikationsforschung hat *Christoph Kahlenberg* die Präsentation des Politikers Kohl am Beispiel des SWF-Hörfunkprogramms und der Zeitungartikel der „Rheinpfalz“ untersucht.⁹⁰ Seine

die immer auch die eigene Person innerhalb der Erzählung verortet“ (S. 197). Pointiert heißt es, dass ‚Kanzler Kohl‘-Darstellungen dann gelungen seien, wenn er sich nicht als Kanzler präsentierte, sondern wenn er über sich als Kanzler erzählte und so „das Volk an der Politik teilhaben“ ließ.

90 Christoph KAHLENBERG, *Helmut Kohl in der Berichterstattung des Südwestfunk-Hörfunkprogramms und der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“* (Südwestrundfunk-Schriftenreihe, Rundfunkgeschichte 7), Baden-Baden 1999.

Arbeit konzentriert sich dabei auf die qualitative Analyse der Darstellung und Bewertung Kohls anhand von drei zeitlich wie thematisch voneinander unabhängigen Ereigniskomplexen: der Wörner-Kießling-Affäre 1984, dem Bitburg-Besuch Kohls und Reagans und der Ablösung von Heiner Geißler als CDU-Generalsekretär 1989. Die formulierten Untersuchungsergebnisse demonstrieren geradezu die methodische Schwierigkeit, die Vielfalt medialer Nachrichten und Kommentare codiert zu erfassen und auf einen Nenner zu bringen. Danach gilt generell, dass im Vergleich der beiden Medien ihre Gemeinsamkeiten gegenüber den Unterschieden überwiegen. Die Analysebefunde werden jedoch derart differenziert dargelegt, dass der Erkenntnisgewinn, den man aus dieser Arbeit in Bezug auf das Thema „Kohl in den Medien“ ziehen kann, nur gering ist. SWF und RP hätten Kohl in ihrer Berichterstattung über die Wörner-Kießling-Affäre und die Geißler Ablösung „taktisches Geschick“ zugeschrieben, ihn aber das eine Mal als „entscheidungsschwach“, auch als „führungsschwach“ (SWF), das andere Mal als „entscheidungsstark“ bzw. auch als „führungsstark“ hingestellt.

In beiden Medien bilde die Berichterstattung über den Bitburg-Besuch einen „Sonderfall“, weil das vermittelte Bild von Kohl „einen eher unklaren, bisweilen sogar widersprüchlichen Eindruck“ hinterlasse (S. 243). Das trifft auf diese Studie selbst zu. Wenn zum Schluss bestätigt wird, „was andere Autoren durch ihre Arbeit herausgefunden haben“, dass nämlich die Medien Politiker „gemäß ihrer redaktionellen Linie beurteilen“, fühlt sich der Leser ob dieser Weisheit fast gefoppt. Wichtiger als das relative Kohl-Bild sind in dieser Studie allemal die über die explizite Themenstellung hinausgehenden allgemeinen Beobachtungen und Reflexionen zum Verhältnis zwischen Medien und Politik und zur Rolle der Medien als Konstrukteure politischer Vorstellungsbilder.

Die „printmediale Perzeption“ europapolitischer Entscheidungen in der Ära Kohl ist das Thema einer Gießener staats- und wirtschaftswissenschaftlichen Dissertation von *Peter Walter*.⁹¹ Er sieht die Zweiteilung der europäischen Integrationspolitik durch die Zäsur von 1990 und den danach verfügbaren größeren politischen Handlungsspielraum auch in der Berichterstattung und den Kommentaren der Printmedien gespiegelt. Die Ausgangsfrage ist, „wie erfolgreich oder erfolglos“ Kohl und sein Handeln im europäischen Kontext von den ausgewählten Zeitungen und Magazinen („Spiegel“, „Focus“, FAZ, FR, taz, SZ) perzipiert und bewertet worden seien. In der Analyse der Texte geht es

91 Peter WALTER, *Die Darstellung der europäischen Integrationspolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl in ausgewählten deutschen Printmedien*, Diss. Gießen 2001 (pdf); mit einem informativen Kommentar des Forschungs- und Literaturstandes unter verschiedenen Themenaspekten. – Einen Hinweis in diesem Zusammenhang verdient auch die Magisterarbeit von Frank FINKBEINER, *Die Berichterstattung des „Spiegel“ über Helmut Kohl zwischen 1982 und 1998 am Beispiel der Titelgeschichten* (hbz-Verbund NRW), masch., Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster 2000.

dabei nicht nur um die inhaltliche Perzeption, sondern auch um die sprachlichen Mittel, mit der die Person des Kanzlers dargestellt ist.

Insgesamt, so wird herausgearbeitet, sei die Perzeption der Europapolitik Kohls in den Medien stets von zurückhaltender Skepsis bis Ablehnung geprägt gewesen. Erfolg oder Misserfolg seiner Politik seien an den Zielen gemessen worden, die er offensichtlich nicht erreicht hatte. So sei besonders kritisiert worden, dass Kohl die DM für eine „weiche“ europäische Währung geopfert habe, obwohl er sein erklärtes Ziel einer Politischen Union nicht habe erreichen können. Im Presseurteil erschien Kohl „eindeutig“ als eigentlicher „Verlierer von Maastricht“ (S. 335). Lediglich zwischen der Vollendung der deutschen Einheit und Maastricht sei der Kanzler als „Chef“ und „Super-Europäer“ herausgestellt worden. Aber schon in der Diskussion um den Maastricht-Vertrag hätten die Medien begonnen, die Notwendigkeit einer nationalen deutschen Interessenwahrung in den Vordergrund zu stellen und ihre Ablehnung der Europapolitik Kohls deutlich zu verstärken. Spätestens seit dem Gipfel von Amsterdam 1997 hätten die untersuchten Medien in der Auffassung übereingestimmt, dass Kohl „mit seiner Europapolitik gescheitert sei“ (S. 339) und dass er „als Verräter an seiner eigenen Sache“ erscheine.

Was sich so inhaltlich nachweisen lässt, hatte auch linguistische Entsprechungen, wie der Verfasser zeigen kann. Die medialen Wertungen hätten bis zu persönlich diffamierender Diktion zugenommen, und zwar auffallend mehr in den Innenseitenberichten als auf den Titelseiten. Die taz habe sogar „Kohl ganz unverhohlenen Unfähigkeit vorgeworfen“. Im Fazit wird konstatiert, dass Kohl, ganz gleich wie er aufgetreten sei und was er getan habe, sich stets einer „negativen Resonanz der Medien“ gewiss sein konnte. „Über Kohl positiv zu berichten ... gehörte nicht zum ‚guten Ton‘ der Pressearbeit“ (S. 344). Eine Ausnahme wird nur für den Kontext der Wiedervereinigung erkannt. Es sei einzigartig, heißt es am Schluss, dass ein Bundeskanzler über seine gesamte Amtszeit hinweg gegen ein negatives Presse-Image habe ankämpfen müssen, und es sei erstaunlich, dass diese permanente Negativdarstellung offenbar nicht vermochte, „den Rezipienten und damit den Wähler davon zu überzeugen, dass Helmut Kohl wohl nicht die richtige Persönlichkeit für das Amt des Bundeskanzlers sei“ (S. 345).

Eine vergleichende Untersuchung der „Kommunikationstypen“ Helmut Kohl und Gerhard Schröder hat *Heinrich Georg Neumann* mit seiner Dissertation vorgelegt.⁹² Die mit Grafiken und Tabellen anschaulich aufbereitete Auswertung des audiovisuellen und verbalen Quellenmaterials lässt es zu, Kohl als

92 Heinrich Georg NEUMANN, *Konfidenz und Faszinationskommunikation. Vertrauen generierende und Faszination stimulierende Situativstrategien der Bundeskanzler Helmut Kohl und Gerhard Schröder am Beispiel der Neujahrsansprachen, ZDF-Sommerinterviews und Bulletins 1994 bis 2002*, Universität der Künste, Diss. masch., Berlin 2006.

„Kommunikationsasketen“ zu charakterisieren, der die „Frontalkommunikation“ in stereotypen Inszenierungen durch Erklärungen, Reden und Ansprachen bevorzugte. Schröder wird demgegenüber als „Kommunikationshedonist“ gesehen, der eine Präferenz für die Diskurskommunikation und multifunktionale Inszenierungen durch elektronische Medien hatte. Auf die Fülle interessanter Befunde, die diese Arbeit präsentiert, kann hier nur hingewiesen werden. Die Analyse der vertrauenerweckenden und faszinierende Wirkung beider Kommunikationstypen ergibt: Kohl stützte sich mit „Wertofferten und Anerkennungsreferenzen“ stärker auf idealisierende Vertrauensfaktoren, während Schröder häufiger auf „Erfolgsparadigmen und Zuversichtsofferten“ setzte. Kohls besondere Faszination durch Persönlichkeit beruhte auf der Aktivierung von Selbstaufwertungen. Bei Schröder blieb die Faszination durch Visionen dominierend; er sei intensiver als Kohl auf die Rezipienten eingegangen und habe damit seinen Faszinationswert erhöht.

Theoretisch fundiert und empirisch überzeugend ist diese Arbeit sprachlich, trotz des umfangreichen Glossars, ziemlich gewöhnungsbedürftig. Auch wenn man einer relativ jungen Wissenschaft zugute halten muss, dass sie ihre eigene Terminologie pflegt, fühlt man sich manchmal an jene „Phrasendreschmaschine“ der 1970er Jahre erinnert, die mit drei gegeneinander drehbaren Pappscheiben beliebige Kombinationen möglichst fremdwörtlicher Adjektive und Komposita produzieren konnte, im vorliegenden Fall etwa „konkrete Regulierungsofferten“, „situative Faszinationspotenziale“ oder „optimierende Konfidenzfaktoren“; als Solitär darf wohl „Kanzlerkommunikationsrealisat“ verbucht werden. Gleichwohl erfüllt die Studie ihren Anspruch, mit ihrem Erklärungsmodell einer „Konfidenz- und Faszinationskommunikation“ dem Rezipienten ein „Instrumentarium zur Dekodierung“ und dem politischen Akteur eine Grundlage zur Verbesserung seiner „Vertrauens- und Faszinationspotenziale“ an die Hand zu geben.

Die Studie von *Herbert Kubicek*, Professor für Angewandte Informatik in Bremen, über die Medien- und Kommunikationspolitik in und nach der Ära Kohl ist in ihrer ersten Internet-Fassung⁹³ nicht mehr zugänglich. So ist man auf seinen entsprechenden Aufsatz in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“⁹⁴ angewiesen. Darin äußert er sich kritisch zur Politik der Deregulierung und Privatisierung des „Fernmeldewesens“ zwischen Bildschirmtext-Staatsvertrag (1983) und Mediendienste-Staatsvertrag (1997). Einen „Netzettbewerb und damit einen technologischen Innovationsansporn“ habe die Regierung Kohl damit nicht eingeleitet. Auch positive Beschäftigungseff-

93 <http://infosoc.informatik.uni-bremen.de>.

94 Herbert KUBICEK, *Von der Angebots- zur Nachfrageförderung. Die Medien- und Kommunikationspolitik in und nach der Ära Kohl*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1998), S. 1093–1104.

fekte in der informations- und kommunikationstechnischen Industrie seien langfristig ausgeblieben. Bei den medien- und kommunikationspolitischen Weichenstellungen der Ära Kohl sei zudem verkannt worden, das eine neoliberale angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die den Erwerb und die Nutzung von Kommunikationsmedien als reines „Wirtschaftsgut“ betrachte, nicht auch zugleich eine Veränderung von Kommunikationsweisen hervorbringe. Als Ergänzung zu den technischen Innovationen werden deshalb entsprechende soziale Innovationen gefordert, insbesondere im Umbau des Bildungssystems.

Ende der Ära Kohl

Ein beachtenswertes Aufsatzbändchen über die Bundestagswahl 1998 und das Ende der Ära Kohl ist von den amerikanischen Deutschlandkennern *David P. Conradt* (Univ. of East Carolina), *Gerald R. Kleinfeld* (Arizona State Univ.) und *Christian Søe* (California State Univ.) herausgebracht worden;⁹⁵ es schließt damit an den von ihnen 1995 vorgelegten Sammelband über das deutsche Parteiensystem im vereinigten Deutschland an.⁹⁶ Die Autoren, unter ihnen auch deutsche Politikwissenschaftler und Wahlforscher (*Wolfgang-Uwe Friedrich*, *Wolfgang G. Gibowski*), haben im Wahlausgang von 1998 einen „Meilenstein“ der politischen Entwicklung in Deutschland gesehen, weil er erstmals eine vollständige Auswechslung der Regierungsparteien zur Folge hatte und die erste „postwar generation“ an die Macht brachte. In den Einzelbeiträgen wird die Bedeutung der Wahl und des Wahlergebnisses für die im Bundestag vertretenen Parteien sowie der ökonomische und außenpolitische Kontext analysiert. *Clay Clemens* (College of William & Mary) hat seinen Artikel über die Unionsparteien witzig mit dem Titel von Edwin O’Connors preisgekröntem Roman „The Last Hurrah“ überschrieben, der auch das Ende einer politischen Ära schildert. Das Erlöschen der Ideologien der Ost-West-Auseinandersetzung, die Krise des politischen Mitte-Rechts-Lagers in den Industrienationen, die ökonomische Unsicherheit durch die Globalisierung ebenso wie die Zunahme von Regionalismus und Multikulturalismus hätten sich „in a time of policy wonks and media magnates“ (S. 54/55) gegen Kohl und die Union ausgewirkt. Doch damit sei Deutschland auf keinen „Sonderweg“ abgewichen, sondern habe sich genauso „normal“ verhalten wie die anderen westlichen Demokratien; mit der einzigen Ausnahme „in regard to the relative poor showing of the far-right parties“ (*David F. Patton*).

95 David P. CONRADT/Gerald R. KLEINFELD/Christian SØE (Hg.), *Power Shift in Germany. The 1998 Election and the End of the Kohl Era* (Modern German studies 5), New York 2000.

96 DIES. sowie George K. ROMOSER (Hg.), *Germany’s News Politics: Parties and Issues in the 1990s* (Modern German Studies 1), New York 1995.

Als „historische Zäsur“ hat *Werner Weidenfeld* in einem lesenswerten Essaybändchen⁹⁷ den Kanzlerwechsel von 1998 verstanden wissen wollen. Merkwürdig sanft sei die Ära Kohl entschwunden; fast leise habe sich mit ihr, dem Oberflächenbefund nach, eine prägende Zeit der Bundesrepublik verabschiedet. In der Tiefendimension von Politik und Gesellschaft hätten sich jedoch währenddessen „relevante Verschiebungen“ vollzogen, zu deren Ausläufern auch Kohls Abwahl gehört habe. Die Ära Kohl sei der letzte Nachhall der Ära Adenauer. Mit ihr, so Weidenfeld, verließ eine Generation die politische Arena, die ihre politische Prägung in den Nachkriegsjahren erhalten hatte und die noch persönliche Erinnerungen an Krieg, Not und Ruinen besaß. Diese Grunderfahrungen hätten ihr ein „ebenso emotionales wie programmatisches Gerüst“ zur Orientierung geboten, aber sie sei nicht mehr imstande gewesen, zu neuen Orientierungen jenseits der bipolaren Weltordnung, im Zeitalter der Globalisierung und der digitalen Revolution, zu gelangen. Der „Europäer“ Kohl habe alles getan, um die gesellschaftliche Dimension des Integrationsprozesses ins Blickfeld zu rücken; der Deutschlandpolitiker habe wie Adenauer die enge Verbindung der deutschen und europäischen Frage zur Grundlage seines Handelns gemacht und am Ziel der deutschen Einheit festgehalten. Mit dem Ende der Teilung Deutschlands und Europas, mit der Europäischen Integration sei praktisch der „Aufgabenkatalog“ der Nachkriegszeit erledigt worden. Danach habe sich der Motor der Politik „im Leerlauf“ gedreht. Weidenfelds scharfsinniger, ja auch scharfzüngiger Kommentar zur „Zäsur der Führungsgeneration“ 1998, vorgetragen mit überschäumender, manchmal bis zum „Bildrauschen“ gehenden Metaphorik („rudern auf dem medienumtosten Meer der Augenblicksdramatik“), enthält darüber hinaus höchst anregende Betrachtungen über die künftigen Aufgaben in Europa, in den transatlantischen Beziehungen und im Prozess der Globalisierung. Zum Schluss steht die „Frage nach Ziel und Perspektive in der neuen Zeit“: Die Suche nach Antworten sei „die zentrale politisch-kulturelle Herausforderung an das Deutschland nach der unbemerkten Zäsur, zu deren Bearbeitung es nur seine historischen Erfahrungen heranziehen kann“ (S. 135). Geschichtsbewusstsein als reflektierte Vergangenheit präge Gegenwart und Zukunft.

Ist Helmut Kohl in die Reihe der „charismatischen Führer der deutschen Nation“ zu stellen? Der Frankfurter Historiker *Dieter Hein* hat zu dieser Frage einen differenziert argumentierenden, überlegenswerten Essay verfasst.⁹⁸ Kohl gelte zwar gemeinhin als „anticharismatische Figur“, aber die Frage sei, ob sich in seinem Fall die an der Begrifflichkeit Max Webers orientierte Unter-

97 Werner WEIDENFELD, *Zeitenwechsel. Von Kohl zu Schröder. Die Lage*, Stuttgart 1999.

98 Dieter HEIN, *Helmut Kohl. Ein charismatischer Führer der deutschen Nation?*, in: Frank MÖLLER (Hg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2004, S. 259–281.

scheidung von Charisma als Bezeichnung einer sozialen Beziehung zwischen Herrscher und Beherrschten und Charisma im Sinne persönlicher Qualitäten und Ausstrahlung aufrechterhalten lasse. Sein personenbezogener Politikstil, zu dem politische Gefolgschaften gehörten, habe durchaus charismatische Elemente aufgewiesen. Dazu habe auch Kohls Abneigung gegen Institutionen und starre Regelwerke gepasst. Die Distanz zur rational-bürokratischen Herrschaft zeige eine „Affinität zum Modell charismatischer Führung“ (S. 270). Von daher vermag der Verfasser bei Kohl gewisse Fähigkeiten und Ansätze zum Aufbau einer charismatischen Beziehung zu identifizieren, die sich gerade im Zeitablauf deutlicher abzeichnete. Die Blütezeit in Kohls politischem Wirken, für die im engeren Sinne der Charisma-Begriff zutreffen würde, umfasse aber nur die Monate vom September 1989 bis zur gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990. Dessen ungeachtet sei der von Kohl entwickelte Führungs- und Regierungsstil ein „Musterbeispiel für den Prozeß gleichzeitiger Zunahme von rationaler und charismatischer Herrschaft“ (S. 281).

Die Frage nach den Desideraten der Forschung über die Ära Kohl, die Frage also, was von ihr mit Dringlichkeit der Bearbeitung harrt oder was überhaupt ganz fehlt, erscheint heute im zeitlichen Abstand von rund einer halben Generation noch verfrüht. Selbst bei der – am häufigsten behandelten – Geschichte der deutschen Einheit sind noch allenthalben Defizite der Erforschung dieser sechzehn Jahre der Bundesrepublik zu registrieren. Doch zugleich gilt, dass keine andere Kanzlerregierung nach deren Ablauf und noch bei Lebzeiten ihres „Chefs“ eine derart intensive wissenschaftliche Zuwendung erfahren hat, ganz zu schweigen von der publizistischen und medialen. Auch daran ist ihr historischer Stellenwert abzulesen: Sie fiel in eine Zeitenwende, deren Dimensionen wir nur erahnen können, ja sie deckte sich zum Großteil mit ihr; Bundeskanzler Helmut Kohl wirkte darin als nicht unwichtiger Agent und Akteur des Wandels mit. Mit welchem unmittelbaren oder mittelbaren Anteil? Erst eine breitere Quellenkenntnis und das Wissen um die Wirkung auf die „Nachgeschichte“ würden eine angemessene Beurteilung der Persönlichkeit Kohls und seiner Regierungszeit erlauben, hat Horst Möller zu recht angemerkt. In diesem Sinn stellt die Aufarbeitung der Ära Kohl „eine Herausforderung für die Zeitgeschichtsschreibung“ (Andreas Rödter)⁹⁹ dar.

99 Rezension der „Erinnerungen“ Kohls, in: sehepunkte 4 (2004), Nr. 12 (15.12.2004), <<http://www.sehepunkte.historicum.net/2004/12/5793.html>>.